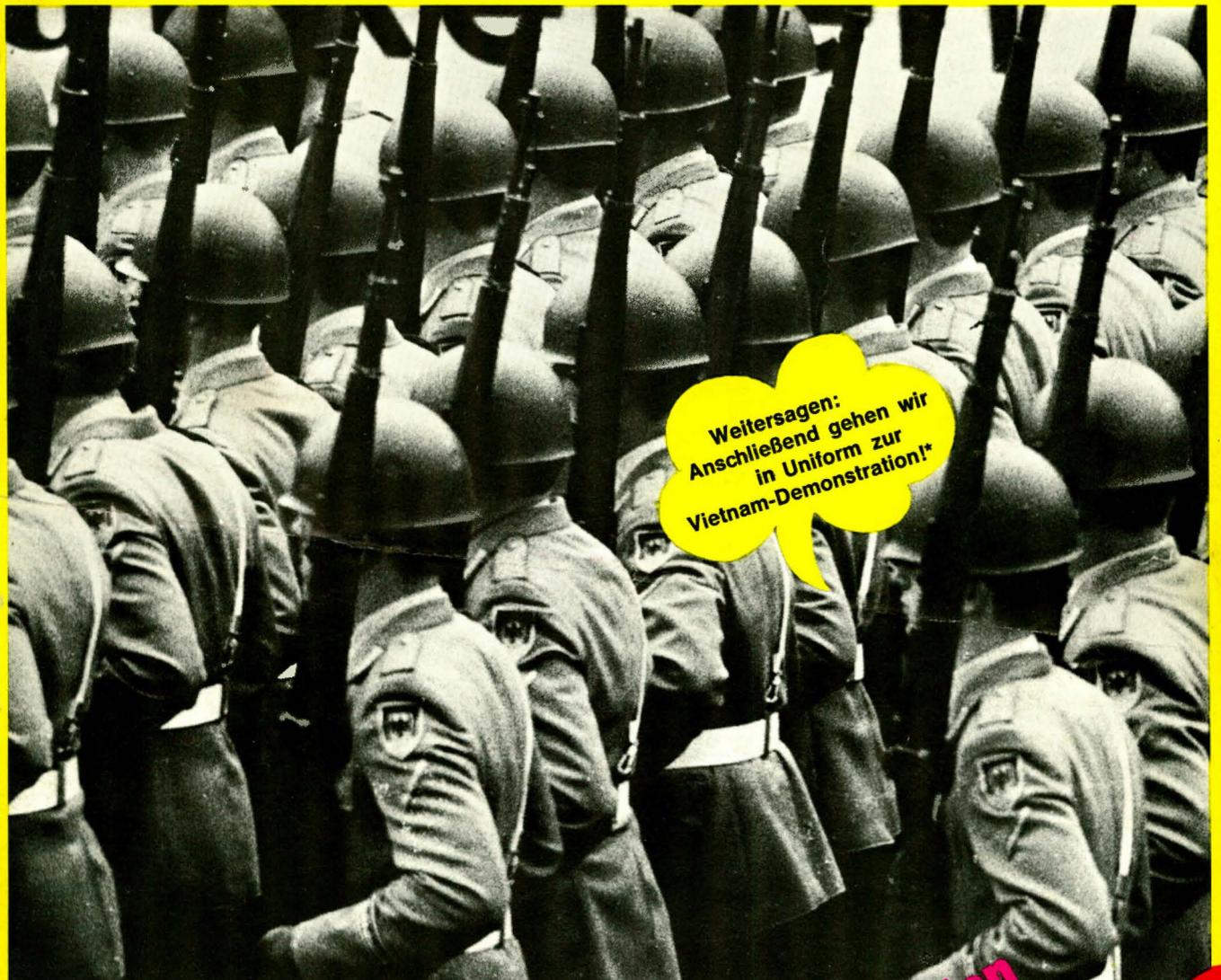


# elán

D 2835 E

MAGAZIN FÜR  
JUNGE LEUTE

6 Frankfurt/M. 1 April 4/70 1,— DM



Weitersagen:  
Anschließend gehen wir  
in Uniform zur  
Vietnam-Demonstration!\*

Bundeswehrreform  
**Schmidt sorgt  
für  
Kanonenfutter**

jour fixe in Hamburg  
**DGB-Jugend  
auf  
neuen Wegen**

**Im elán  
ist der  
Wurm  
drin**

\* Der hat offenbar  
die Seiten 6 und 7  
schon gelesen!



Agitpropwurm  
Willi

### HERAUSGEBER

Pfarrer Willi Heintzeler / Bernhard Jendrejewski / Rolf Jürgen Priemer / Karl Hubert Reichel / Karl Heinz Schröder / Pastor Horst Stuckmann / Werner Weismantel

### CHEFREDAKTEUR

Ulrich Sander

### STELLV. CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke, Dortmund (verantwortlich)

### STALTUNG

Ken Diederich

### AKTION

Dortmund, Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

### LAG

Itkreisverlags GmbH.  
4 Jugenheim a. d. B.  
Bocher Straße 65

### DMUNDER BÜRO

Dortmund, Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

### LAGSGESCHÄFTSFÜHRER

Erner Maletz

### PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,— einschl. Mehrwertsteuer / Jahresabonnement DM 13,— einschl. Zustellgebühr

### KONTEN

Weltkreisverlag  
Deutsche Bank Darmstadt /  
Kto.-Nr. 290 221  
Postscheckkto. Frankfurt/M.  
Kto.-Nr. 203290

Druck:  
Hosch GmbH.,  
Frankfurt/M.



# PFÜNDS SACHEN

## Alarmierend — Bein ab — Der Bergbau zahlt

Sagen wir es mit aller Offenheit: Lieber an Altersschwäche im Bett sterben, als in jungen Jahren dem Unfalltod unter Tage in die dürren Hände fallen. Und mit zwei Beinen läuft es sich doch besser als nur mit einem.

Überschrift und Text aus dem Organ der IG Bergbau „Einheit“, 15. 2. 70

## Willy, weißt du noch?

Eine der ersten Forderungen wird sein, den Junkern die Güter wegzunehmen. Darüber hinaus steht die Mitverantwortung der Schwerindustrie und der Großfirmen für den Nazismus außer Zweifel. Will man die Macht des kriegerischen Monopolkapitals brechen, so muß man Monopole und Finanzindustrie in öffentliche Verwaltung überführen.

Willy Brandt „Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten“, Stockholm 1944

## Spitze

Jedes Unternehmen ist so gut wie der Mann an der Spitze. Springer-Blatt „Welt am Sonntag“, 15. 2. 70

## Modern live

Der Sohn raucht Haschisch, die Tochter lebt in Scheidung und morgen wird Hans Kern vielleicht seine Stellung an einen Computer verlieren. Wie soll es weitergehen? Anzeige der Zeitschrift „Vital“ im „Stern“ vom 15. 2. 70

## Postalischer Rückstand

HALLE 20.2.70 401  
Alle Kraft für die Verwirklichung des Siebenjahrplanes  
RAT DES STADTBEZIRKES WEST DER STADT HALLE (SAALE)

Postfreistempler aus Halle/DDR. Der Siebenjahrplan wurde 1965 erfüllt.

## Vorsorge

Von US-Seite in Genf verlautete gestern, die Flucht Ojukwus aus Biafra sei vom amerikanischen Geheimdienst organisiert worden. Schwierigkeiten habe es gegeben, weil Ojukwu nicht auf die Mitnahme seines Mercedes, eines weißen Mercedes, verzichten wollte. Schließlich sei er mit Familie, Adjutanten und Auto ausgeflogen worden. Sein Vermögen soll Ojukwu bereits vorher im Ausland angelegt haben.

„Ruhrnachrichten“

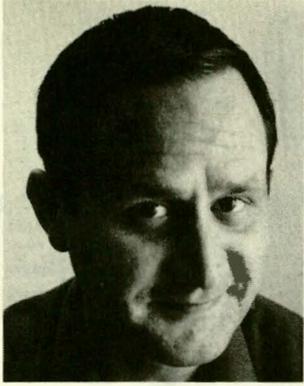
## Polizeiknüppel-Pflege

Betrifft Aufbewahrung und Pflege der Heda-Gerte. Aus gegebener Veranlassung wird nachstehende Anleitung für die Aufbewahrung und Pflege der Heda-Gerte mitgeteilt: Heda-Gerten werden am besten hängend in einem mäßig warmen nicht zu feuchten Raum aufbewahrt. Die Nähe von künstlichen Wärmequellen (Öfen, Heizungen und dergleichen) und die Einwirkung direkten Sonnenlichtes sind unbedingt zu vermeiden. Die Lederteile der Heda-Gerte bleiben wesentlich länger geschmeidig, wenn sie in Zeitabständen von einem Vierteljahr leicht mit Vaseline oder einem farblosen Lederpflegemittel eingerieben werden. Lederpflegemittel können auf Anforderung beim Technischen Dienst bezogen werden. Wir bitten die unterstellten Beamten zu unterrichten und gelegentlich Kontrollen durchzuführen.

Anweisung von Regierungsdirektor Haas, Landespolizeidirektion Südbaden, an alle Polizeidienststellen.

Zeichnung: Horst Günther Gölzenleuchter





Lieber Leser, der März hat gebracht, wofür diese Zeitschrift mit Ausdauer gestritten hat: das erste Treffen zwischen den Regierungschefs der beiden deutschen Staaten. Erstmals hat ein Bonner Kanzler seinen Fuß auf den Boden jenes Staates gesetzt, der für die BRD-Regierer von Adenauer bis Kiesinger nie ein souveräner Staat war, sondern eine Art elftes Bundesland, das es „heimzuholen“ galt. An dieser Konzeption der Leute von gestern, die über Macht und Einfluß verfügen, auch wenn sie die Regierungsbank räumen mußten, hat sich nichts geändert. Es war, es ist und es bleibt ihr Ziel, den Sozialismus auf deutschem Boden zu liquidieren. Daran hat CDU-Fraktionseinpeitscher Barzel in der Bundestagsdebatte nach dem Erfurter Treffen keinen Zweifel gelassen. Und das hat der starke Mann der Rechten, Strauß, mit Nachdruck ausgesprochen, noch während im „Erfurter Hof“ verhandelt wurde. Willy Brandt fuhr nach Erfurt. Und er sprach am Konferenztisch das goldene Wort: „Wir müssen von der Lage ausgehen, wie sie ist.“ Er sprach von der Notwendigkeit, „eine geregelte Form friedlicher Koexistenz zu suchen“, um „den Frieden in Europa sicherer zu machen“. So weit, so gut. Aber warum dann so zaghaft, Herr Brandt? Wo bleibt dann der Schritt, der den Frieden in Europa sicherer machen würde: die völkerrechtliche Anerkennung der DDR? Was soll das Geschwätz von „Nichtdiskriminierung“ und „Gleichberechtigung“, wenn die Diskriminierung der DDR durch eine Verweigerung völkerrechtlicher Anerkennung fortgesetzt werden soll? Man muß Willy Brandt empfehlen, seine Grundsatzklärung von Erfurt noch einmal nachzulesen. Bei sorgfältigem Studium werden ihm eklatante Widersprüche nicht entgehen. Zum Beispiel dieser: Brandt spricht von ausgewogener „Beschränkung der Streitkräfte und Rüstungen in Ost und West“; die Deutschen sollten in der Abrüstung „beispielhaft“ sein. Er verschweigt dezent, daß der Rüstungsetat Bonns um eine runde Milliarde DM erhöht wurde und daß sein Freund Helmut Schmidt unter keinen Umständen auf atomare Trägerwaffen verzichten will.

Was sind das für seltsame Rüstungsbeschränkungen, wenn ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister und seine Bundes-Generalität fieberhaft bemüht sind, die Bundeswehr schlagkräftiger und „effektiver“ zu machen? Und wenn der gleiche Verteidigungsminister im Rahmen der Nuclearen Planungsgruppe der NATO den Einsatz von Atombomben an der DDR-Grenze und die Verminung der Ostsee mit atomaren Sprengsätzen plant? Ohne Zweifel wäre es wünschenswert, wenn beide deutsche Staaten beispielhaft in der Abrüstung sein und wenn sie die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems tatkräftig fördern würden. Das würde den Wünschen vieler Menschen entsprechen, die mit ihrer Entscheidung in der Septemberwahl einen Neuanfang ermöglichten. Es würde den Forderungen von Millionen Menschen aus allen Kreisen der Bevölkerung Rechnung tragen, die Frieden und Entspannung wollen. Es würde in allererster Linie den Interessen der arbeitenden Menschen in diesem Lande entsprechen, die Hochrüstung und kalten Krieg teuer bezahlen mußten. Aber: Wenn die Begegnung Brandt-Stoph ein neues Kapitel einleiten soll, dann kann man nicht in Erfurt vom Frieden sprechen und in Bonn weiterrüsten, als stünde morgen ein Krieg vor der Tür! Wenn das nächste Treffen in Kassel greifbare und positive Resultate haben soll, dann heißt der nächste Schritt: völkerrechtliche Anerkennung der DDR und Anerkennung der Nachkriegsgrenzen. „Schreibe jeder Leser ein Telegramm an Willy Brandt“, hat Ulrich Sander in der letzten Ausgabe des *elan* vorgeschlagen. Es sind viele Telegramme und Briefe an Brandt geschrieben worden – ins Kanzleramt und in den „Erfurter Hof“. Die Absender waren prominente Persönlichkeiten und einfache Bürger, Arbeiter und Schriftsteller, Verbände und Organisationen. Nach Erfurt wissen wir einmal mehr: Wir müssen lauter sprechen, wenn wir in Bonn gehört werden wollen. Deshalb meine ich, daß wir die Vorbereitung der Begegnung in Kassel nicht den Beamten und Bürokraten der zuständigen Ministerien überlassen dürfen. Überzeugen wir unsere Kollegen, unsere Nachbarn, unsere Freunde davon, daß auch sie ein Telegramm an Brandt schicken, in dem es heißt: „Erkennen Sie die DDR völkerrechtlich an! Jetzt!“ Machen wir uns stark für diese Forderung. In diesem Sinne: Auf Wiedersehen in Kassel!

Herzlichst

Karl Hubert  
Reichel

# INHALT

## Bundeswehr

### Friedhelm Baukloh über Helmut Schmidt:

Zum Kanonenfutter taugt jeder	4
In Uniform zur Demonstration	4
Sieben Geschichten vom Schützen W.	33
Arno Ploog über Schnez und Schmidt	40

## Arbeiterjugend

Lehrlinge in Aktion: DGB-Jugend Hamburg, Siemens-Lehrlinge in München	8
So macht man eine Lehrlingszeitung	30

## Sport

Olympia in München 1972	12
-------------------------	----

## Bombenstimmung

„Linke“ Terroristen und Pop-Industrielle	15
--	----

## Rauschgift

Hasch ist top — für wen?	27
--------------------------	----

## Blätter für den Jugendleiter

Was ist faul in unseren Jugendheimen?	19
Arbeiterjugendorganisation der USA	20

## elan-Monats-Magazin

## Satire

Briefmarken für die Bundeswehr	32
--------------------------------	----

## Agitprop und Songs

Gespräch mit Walter Mossmann	36
------------------------------	----

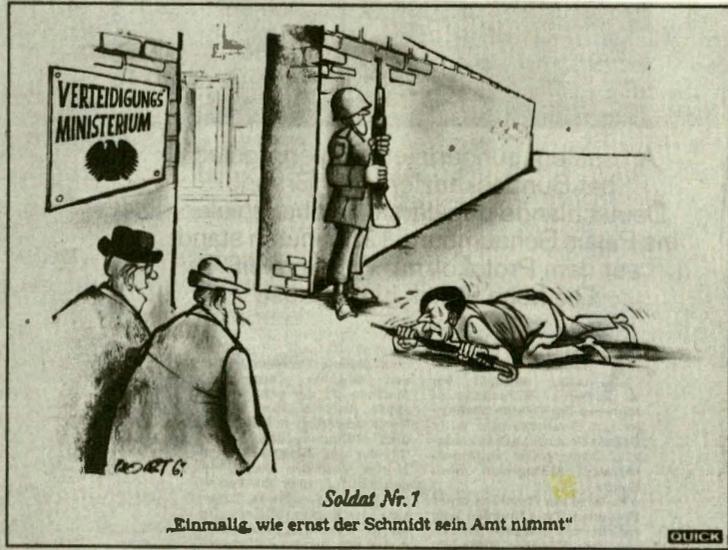
## Leserpost

FOTOS: ap (2), Braun, dpa (8), Hollmann, Meyer, Proletenpresse, Rosenbach (2), Rose (3), Scholz, Zentralbild (2).  
TITELFOTO: Klaus Rose



Er verschafft ihnen zehn Prozent mehr für die Rüstungskasse. Er will ihnen die offensive Elitetruppe schaffen, der die Wehrpflichtigen – diese unsicheren Kantonisten – als Kanonenfutter dienen sollen. Er sieht den Generalen jeden Wunsch von den stahlgrauen Adlerraugen ab. Friedhelm Baukloh untersucht, was hinter Helmut Schmidts „Reformplänen“ steckt:

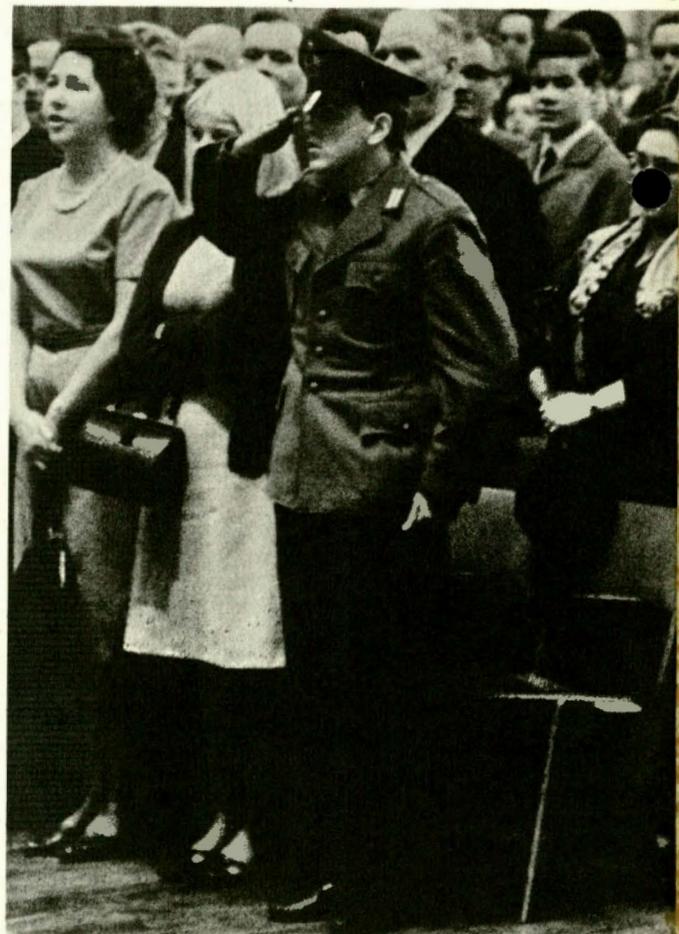
# Zum Kanonen futter taugt jeder!



## elan enthüllt: Kleiderordnung erlaubt Demonstration in Uniform

Wolfgang Hoffmann ist 19 Jahre alt, zur Zeit Funker und Staatsbürger in Uniform. Als Staatsbürger nahm er seine Bürgerrechte wahr und demonstrierte gegen den US-Krieg in Vietnam — selbstverständlich in Uniform. Das brachte ihm die Inhaftierung durch Feldjäger ein, die ihm eröffneten, daß die Teilnahme an politischen Veranstaltungen in Uniform verboten sei. Gegen dieses angebliche Verbot hatten vor ihm auch die Soldaten Walter Listl, Sepp Baumgartner, Hans-Walter von Oppenkowski und viele andere verstoßen, die dafür einige Zeit die Arrestzellen beim Bund bevölkerten.

Damit ist jetzt Schluß. elan ist in der Lage, die gültige Kleiderordnung der Bundeswehr zu veröffentlichen, die sich bei zahllosen politischen Veranstaltungen bewährt hat. Hier das wichtigste aus dieser Kleiderordnung:



„Mit Helmut Schmidt machen wir alles“, hat ein maßgeblicher Bundeswehrgeneral über den ersten SPD-Verteidigungsminister der Bundesrepublik gesagt. Und sie machen auch alles mit ihm. Jetzt gehen alle Wünsche in Erfüllung, welche die Generale lange gehegt haben. – Sie bekommen vor allem ihren Hauptwunsch erfüllt: Wenn es nach ihnen und Helmut Schmidt geht, bekommt die Bundesrepublik ein Berufsheer, eine neue Reichswehr. Manche denken: „Dann wird doch die Wehrpflicht abgeschafft, das ist doch ein Fortschritt.“ So sagten es die Zwanzigjährigen, die in Köln von einem Reporter des Westdeutschen Rundfunks gefragt wurden, als Helmut Schmidt öffentlich angekündigt hatte, er wolle der Bundesrepublik ein Berufsheer verschaffen. Diese Antworten dem Thema Berufsheer Befragten kamen aber dadurch zustande, daß man ihnen nicht mitgeteilt hatte, was der zweite Teil des Schmidt-Planes ist: Die Wehrpflicht wird nicht abgeschafft sondern voll beibehalten. Allerdings soll der Wehrpflichtige schlechter gestellt sein – in jeder Beziehung – als der Berufssoldat der neuen Reichswehr. Der Wehrpflichtige soll hauptsächlich zum Meer gezogen werden. Luftwaffe und Marine sowie technische Spezialeinheiten sollen hingegen möglichst nur mit Berufssoldaten besetzt werden. Der Wehrpflichtige muß seinen Dienst bei einer „Miliz“ ableisten, vor allem als Panzergre-

nadier. (Es sollen mehr Wehrpflichtige als bisher eingezogen werden.) Helmut Schmidt hat eine Herabsetzung der Wehrpflicht von achtzehn auf fünfzehn Monate in sehr unbestimmten Redewendungen in Aussicht gestellt. Nach Möglichkeit sollen aber künftig so gut wie alle Wehrpflichtigen eingezogen werden. Also mehr Wehrpflichtige anstatt weniger! Angeblich zwecks größerer „Wehrgerechtigkeit“. In Wirklichkeit, weil Helmut Schmidt die Ansicht teilt die von führenden Offizieren auf der Hardthöhe, dem Sitz des Bundesverteidigungsministeriums in Bonn so formuliert worden ist: „Zum Kanonenfutter taugt jeder“

#### Trettner hatte die Idee: Offensive Kampfführung

Im Oktober 1968 legte der frühere Generalinspekteur des Heeres, General a.D. Trettner, im Auftrag des damaligen CDU-Verteidigungsministers Schröder eine Studie vor, die Untersuchungen darüber enthielt, wie die Bundeswehr zum „Kern einer Reform der NATO“ werden könne, welche die „militärische Leistungskraft des westeuropäisch-atlantischen Militärbündnisses entscheidend erhöht“. Trettner schlug dabei bereits vor, Bonn müsse stets hochgradig kampfbereite „Eingreifdivisionen“ der Bundeswehr zur Verfügung haben. Diese „Eingreifdivisionen“ erlaubten heute allein eine „offensive Kampfführung“. Das sei

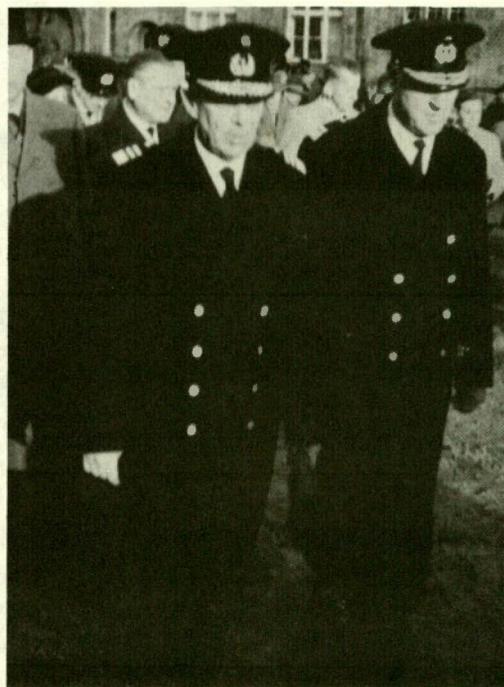
wahrscheinlich nur mit Berufssoldaten zu erreichen. Die Wehrpflichtigen müßten dann als Miliz hinter diesen Eingreifdivisionen stehen und eventuelle Gegenschläge des Gegners auffangen, „weniger durch ihre Qualität, als durch ihre Quantität“, also durch die Menge, als „Kanonenfutter“. Denn die „Eingreifdivisionen“ müßten davor geschützt werden“, frühzeitig „auszubluten“ (!).

Trettners Konzeption fand 1968 noch nicht die Unterstützung der damaligen Regierung der Großen Koalition. Helmut Schmidt aber übernahm die Forderung der Generale nach einem Berufsheer in sein Pfingsten 1969 erschienenen Buch „Strategie des Gleichgewichts“ und empfahl sich damals schon der Bundeswehrrführung als künftiger Verteidigungsminister, unter anderem mit der Bemerkung, eine Prüfung könne ergeben, daß „eine kleinere, hochmobile (!) Berufsarmee aus Längerdienenden und Berufssoldaten mit einer in der Masse aus kurzfristig Dienenden bestehenden Territorialarmee kombiniert wird“. Daran hat sich bei Schmidts heutigem Plan als Verteidigungsminister zur Wiedereinführung der Reichswehr nur eines geändert: Es ist nicht mehr davon die Rede, daß die „Masse“ nur „kurzfristig“ dienen soll.

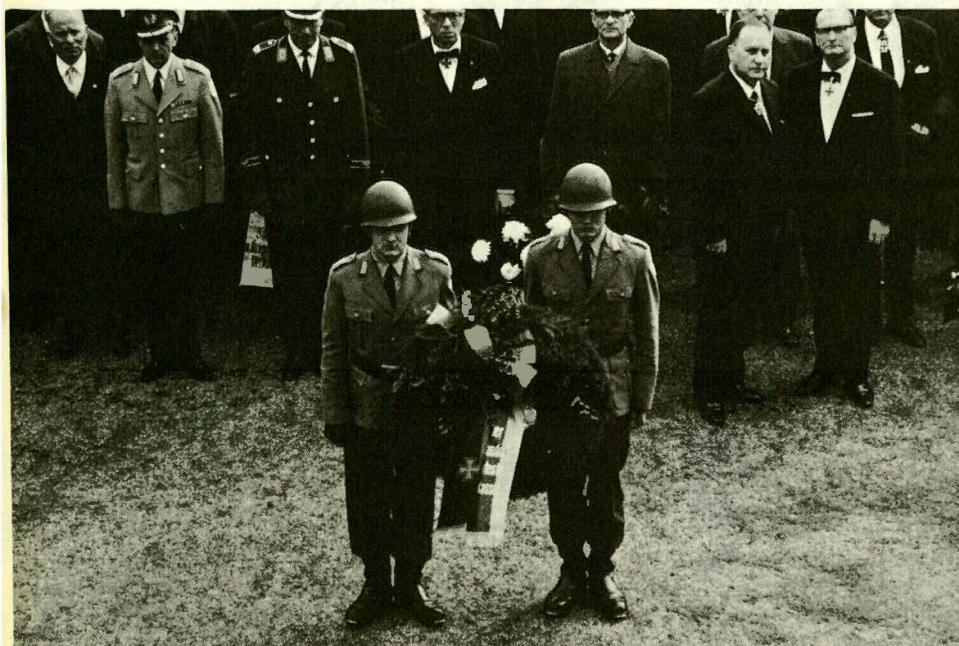
Im Gegenteil: Vor dem SPD-Parteivorstand und Parteirat, wo Schmidt zuerst seine Pläne vortrug – weil sie in seiner eigenen

◀ Der Soldat erscheint bei örtlichen NPD-Veranstaltungen im Ausgehanzug. Seine Vorbilder sind die vielen Offiziere, die Funktionen bei der NPD bekleiden. Kommt es zum Singen aller Strophen des Deutschlandliedes – und das ist bei der NPD ziemlich oft der Fall –, so steht der Soldat stramm und legt die Hand vorgrüßmäßig an die Mütze.

▼ Auch die alten Kämpfer, die Hitler mit dem Ritterkreuz für ihre großen Taten geehrt hat, bedürfen der Unterstützung durch unsere Rekruten. Diese geben durch ihre Anwesenheit den Treffen der Ritterkreuzträger das notwendige zackige Drum-Rum. Außerdem können die jungen Leute den alten Haudegen mit den schon etwas wackligen Knien die schweren Trauerkränze abnehmen.



▲ Respekt und Trauer bekunden Uniformierte auch, wenn ein Großadmiral a. D. und ehemaliger Oberbefehlshaber der Kriegsmarine (1933 bis 1945) trotz monatlicher Nachkriegspension von 2.246 Mark so geschwächt ist, daß ihn das Zeitliche segnet. So versammeln sich dann Inspekteur Vizeadmiral Ruge und Konteradmiral Rogge sowie Führerstellvertreter a. D. Dönitz friedlich am Grabe des Dr. h. c. Erich Raeder – um Tradition zu bekunden.



Partei umstrittener sind als beispielsweise in der CSU, die Schmidt darin ausdrücklich unterstützt – sagte der Minister: „In der Frontlage der Bundesrepublik“ müsse eine „starke Miliz“ die „mobile Berufsarmee“ ergänzen. „Indessen haben kurzausgebildete Wehrpflichtige keinen ausreichenden Kampfwert“. Deshalb könne „allerhöchstens“ mit einer Herabsetzung der Wehrpflicht von 18 auf 15 Monate gerechnet werden. „Aber auch das muß erst mal durchgerechnet werden“, sagte Helmut Schmidt. Er hat sich bis jetzt auf keine Kürzung der Wehrpflicht festgelegt!

Interessant ist auch, daß der neue stellvertretende Pressesprecher von Verteidigungsminister Helmut Schmidt, der frühere Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“ Armin Halle, Journalisten darauf hingewiesen hat, Helmut Schmidt plane „im Einklang mit der Generalität“, die Berufssoldaten in „Fachschulen mit qualifizierten Lehrkräften“ dazu auszubilden, daß sie nach ihrer Soldatenzeit auch „verantwortliche Ordnungsfunktionen in der Gesellschaft“ übernehmen könnten. Reichswehr also nicht nur als Staat im Staate in Form der Spezial-Eingreifdivisionen, sondern auch als „Ordnungsfaktor“ „möglichst in Schlüsselstellungen der zivilen Verwaltung und etwa der Rüstungswirtschaft“ nach der aktiven Dienstzeit. Das sind die Aussichten auf eine total militarisierte „innere Ordnung“!



# Zum Kanonen futter taugt jeder!

**Helmut weiß, was Generale lieben. . .**

Man muß auch das Berufsheer in Verbindung mit der kürzlich bereits gefallenen Entscheidung sehen, daß jetzt die Generalinspektoren des Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine oberste Befehlshaber ihrer Truppenteile sind. Generalinspekteur Schnez beispielsweise ist heute Oberbefehlshaber des Heeres. Bisher war dieser Oberbefehl über Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine dem Verteidigungsminister überlassen, der ihn, seit der Minister Helmut Schmidt heißt, den Generalen übergeben hat.

Werfen wir noch einen Blick auf einen Kommentar aus dem Umkreis von Franz Josef Strauß zu dem Plan einer Wiedereinführung der Reichswehr in der Bundesrepublik durch den Sozialdemokraten Helmut Schmidt. In der „Allgemeinen Sonntagszeitung“, die in Würzburg erscheint, spendet Peter Hornung, der regelmäßige Mitarbeiter des „Bayern-Kurier“ ist, Helmut Schmidt in einem offensichtlich von Strauß angeregten Artikel dreispaltig großen Beifall. (Der Artikel ist auch in der „Deutschen Tagespost“ erschienen, die ebenfalls der CSU verpflichtet ist und eng mit der „Deutschlandstiftung“ zusammenarbeitet). „Aus seiner Kasernen-Tournee zog Verteidigungsminister Schmidt eine entscheidende Konsequenz“, schreibt der Strauß-Freund Peter Hornung. „Er kün-



▲ Klar, daß man auch zu einem CDU-Parteitag und einer Fronleichnamprozession in demütiger Frömmigkeit, aber dennoch mit uniformiertem Stolz in großem Anzug erscheint. ▼



◀ Schon beinahe dienstlich erfolgt die Anwesenheit bei sogenannten Heimkehrer-Treffen, wo man jene suchen hilft, die beim letzten ganz großen Einsatz (1939–45) verloren gingen. Klar auch, daß Bundeswehrangehörige bei den Treffen der Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) nicht fehlen dürfen. Begleitet von KZ-Aufsehern und Genickschußspezialisten schreitet man — uniformiert und würdig — durch das Städtchen. ▼



digte an, daß . . . die Bundeswehr eine neue Konzeption erhält. Sie wird in einem Teil aus Berufssoldaten bestehen und in einem anderen, sehr viel größeren, aus einer Milizarmee. Damit wird eine seit langem anstehende militärpolitische Entscheidung endlich verwirklicht“. Die Bundeswehr erhalte jetzt eine „Eingreifreserve“ heißt es zur politisch-strategischen Bedeutung des geplanten Berufsheeres. Dabei sei Helmut Schmidt und die Bundeswehrgeneralität offensichtlich an dem Beispiel Frankreichs orientiert. Frankreich habe, nach dem Algerienkrieg, „eine hochqualifizierte Eingreifdivision aus den Regimentern der Fremdenlegion und der ehemaligen Kolonial-Fallschirmjäger gebildet, die jederzeit als Feuerwehr für Krisen in Übersee zur Verfügung steht. Fünf weitere Divisionen mit beinahe ausschließlich länger dienenden Soldaten wurden . . . bereitgestellt.

Auch hier handelt es sich um mobile Eingreifdivisionen. Für die Heimatverteidigung entwarfen die französischen Armeepoliten Milizregimenter“.

. . . und was Strauß erfreut

In der Tat hat sich auch General Trettner bereits 1968 in dem von der „Deutschlandstiftung“ herausgegebenen „Deutschland-Magazin“ auf dieses französische „Vorbild“ berufen. In diesem Blatt, zu dessen Autoren Franz Josef Strauß gehört, warb

Trettner erstmals für die Berufsheerpläne der Generalität, die sich Helmut Schmidt nun zueigen machte.

Die stillschweigende Koalition Helmut Schmidt-Franz Josef Strauß, von der Scheingefechte zwischen beiden Politikern im Bundestag nicht ablenken können, zeigte sich also auch in dieser Frage. Schmidt wird jedenfalls von Peter Hornung in den Gazetten „Allgemeine Sonntagszeitung“ und „Deutsche Tagespost“ ausdrücklich die Unterstützung der Pläne für ein Berufsheer angeboten, gegen „die Gewerkschaften“ die, wie die CSU das sieht, „in schwärzesten Farben ausmalen“, daß „aus einem bundesdeutschen Berufsheer eine unkontrollierbare Putscharmee werden könnte“. (Moment mal, wollte sich Strauß nicht des „Ordnungsfaktors“ Bundeswehr bedienen, um einen demokratischen „Machtwechsel“ nach den Bundestagswahlen zu verhindern? Er und seine Freunde sollten die Sorgen der Gewerkschaften vor einer Putscharmee in Form einer neuen Reichswehr, also in ihrer Berechtigung, am gründlichsten kennen!)

**Der Traum von der Putscharmee mit Offensivcharakter**

Zum Thema „Putscharmee“, wird man dann an anderer Stelle dieses CSU-Zustimmungsartikels zu Helmut Schmidts Politik schon etwas deutlicher, nämlich bei der Erläuterung der Funktionen, die Frank-

reichs „Eingreifdivisionen“ von Berufssöldnern im Augenblick gerade wahrnehmen. Die „interkontinentale Eingreifreserve, wie sie die Einheiten der Fremdenlegion und der kolonialen Fallschirmjäger darstellen“, sei „im Augenblick“ gerade „mit der Niederwerfung eines Aufstandes arabischer Rebellen beschäftigt“. Und zwar im Tschad, wo eine Marionettenregierung – ähnlich dem Regime in Saigon – diese französischen Söldner „zur Hilfe gerufen“ hat, weil die „arabischen Rebellen“ – wie sie die CSU nennt – auch auf ihrem Territorium endlich das Kolonialzeitalter beenden und eine sozialistische Demokratie errichten wollen. Mit dieser Kolonial-Söldner-Armee als „Vorbild“ ist ein entlarvendes Muster für den „Ordnungsfaktor“ aufgestellt, den die Berufsarmee, die neue Reichswehr, abgeben soll. Dazu darf es nicht kommen!

Im Kampf gegen solche Pläne ist jetzt unbedingt der Rücktritt Helmut Schmidts als Verteidigungsminister zu fordern. Denn er ist es, der immer mehr zum Organisator der militärischen Offensive wird – Stoßrichtung gegen Osten – und damit alle Bemühungen um Frieden und Entspannung in Europa erbittert bekämpft. Wir brauchen keine Eingreifdivisionen zur Ost-Offensive. Wir brauchen eine glaubwürdige Friedenspolitik. Mit einem Beitrag der Bundesrepublik zur europäischen Sicherheit, durch Abrüstung.



Die Fotos 1 bis 7 beweisen, daß die Teilnahme uniformierter Soldaten an politischen Veranstaltungen durchaus erlaubt ist. Funker Hoffmann wurde von den Feldjägern demnach falsch informiert. Aus Unkenntnis der vorgesetzten Behörde, die allein Friedensdemonstrationen für politisch hält, neonazistische Auftritte hingegen unter unpolitischer Traditionspflege einordnet.

▲ Aber nun wissen wir ja Bescheid. Funker Hoffmann: „Die Lehre, die ich ziehe, ist: bei der nächsten Demonstration gegen den Krieg und für den Frieden werde ich wieder dabelseln. In Uniform!“ Recht so.

**BILDQUELLEN**

Bild 1 Großkundgebung der NPD am 13. 3. 66 in der Stadthalle in Wuppertal-Elberfeld. – Bild 2 Jahreshauptversammlung der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ am 22. 9. 68 in Kassel. – Bild 3 Beisetzung des Nazi-Großadmirals Erich Raeder am 11. 11. 60 in Kiel. Links die Abordnung der Bundesmarine mit Vizeadmiral Ruge und Konteradmiral Rogge im Trauerzug, dabei: die Nazi-Orden Raeders auf einem Samtkissen. – Bild 4 15. Bundesparteitag der CDU, Braunschweig, Mai 1967. – Bild 5 Fronleichnamprozession 1969 in Köln. – Bild 6 4. Heimkehrer-Deutschlandtreffen am 22./23. 7. 61 in München, veranstaltet vom „Verband der Heimkehrer“ (VdH). – Bild 7 „Suchdienst und Kameradentreffen“ der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, Pfingsten 1960 von der Hiag veranstaltet in Windsheim/Kreis Uffenheim (Mittelfranken). „Unser Ziel ist es, daß Freiheit, Ehre und Vaterland wieder die Begriffe werden wie sie waren,“ sagte der letzte Kommandeur der 6. Gebirgsdivision der Waffen-SS, Oberst a. D. Franz Schreiber auf dem Treffen, dem auch der Kommandeur der ehemaligen SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“, Sepp Dietrich, beiwohnte. – Bild 8 Funker Wolfgang Hoffmann (erster Soldat von links) bei einer Demonstration gegen die US-Aggression in Vietnam, Dortmund, am 14. Dezember 1969. Als Hoffmann Anfang Januar 1970 in Düsseldorf ebenfalls in Uniform gegen die US-Aggression demonstrierte, wurde er festgenommen.

# LEHRZEIT - KEINE LEERZEIT!

WIR FORDERN: AUSBILDUNG IN  
ANERKANNTEN LEHRWERKSTÄTTEN



## Beim jour fix packen Lehrlinge aus

Hamburger DGB-Jugend koordiniert Aktionen  
der Lehrlinge und Jungarbeiter

Die Hansa-Motoren-Werke in Hamburg werden stillgelegt. Die 60 Lehrlinge sollen vereinzelt von anderen Betrieben übernommen werden. Noch keinen Monat zuvor, als die Firma bereits wußte, daß der Konkurs auf sie zukommt, waren neue Lehrlinge eingestellt worden. Ein skandalöser Vorgang – Beispiel von Unternehmermoral, und ein Fall für den „jour fix“ der Hamburger Gewerkschaftsjugend. Ab September vorigen Jahres findet regelmäßig mittwochs ein solcher „offener Tag“ statt. Ohne feste Tagesordnung kommen junge Gewerkschaftsmitglieder zusammen, um die Situation der jungen Arbeiter und der Lehrlinge zu diskutieren, Mißstände offenzulegen und Aktionen vorzubereiten, mit denen Veränderungen erreicht werden sollen. Im Falle der Hansa-Lehrlinge fordert die Versammlung die Verwaltung der IG Metall auf, alle juristischen und sozialen Möglichkeiten auszunutzen, um zu helfen. Denn auch die Einwirkung auf den „Apparat“ haben sich die jungen Gewerkschafter vorgenommen.

Es fing damit an, daß Gewerkschaftsfunktionäre und Studenten im Sommer 1969 eine Organisationsmüdigkeit und „teilweise Gewerkschaftsfeindlichkeit“ unter der arbeitenden Jugend feststellten. Als Ursache wurden die Hauptsünden des Apparats genannt: geringe Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit der Jugend, Schwerfälligkeit in den Fragen des gewerkschaftlichen Handelns für die Probleme der arbeitenden Jugend, zu geringe organisatorische Unterstützung und zu wenig Selbständigkeit für die Jugend.

Es entstand der „jour fix“ als Teil eines jugendpolitischen Sofortprogramms der Gewerkschaftsjugend. Der dort versammelte Kreis von Lehrlingen, Jugendvertretern, Berufsschulklassensprechern und Gewerkschaftsfunktionären erarbeitet Material für die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Gremien und hat die technischen Möglichkeiten, seine Aussagen und Forderungen schnell zu vervielfältigen und zu verbreiten. Und was besonders wichtig ist: die Mitglieder von Arbeiterjugend-

organisationen und Lehrlingsgruppen können hier ihre Aktionen koordinieren und gemeinsam planen, wovon besonders Jungsozialisten und SDAJ Gebrauch machen.

Die Arbeit läuft beispielsweise so ab: Barbara G. berichtet, daß ihre Lehrfirma, eine Buchhandlung, ihr den Besuch der zur Prüfung notwendigen Berufsschulstunden verweigert, nachdem die Lehrzeit gekürzt worden war. Solidaritätsaktionen werden vereinbart; der DGB soll Rechtsschutz gewähren.

Nun wird beraten, wie man mit Flugblättern und Transparenten eine Podiumsdiskussion der Jungsozialisten über „Lehrlingsausbildung und Hamburger Berufsschulwesen“ aufmuntern kann. In Hamburg läuft der Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl. Die regierende SPD muß sich gefallen lassen, daß die jungen Gewerkschafter ihr Re-

gierungsprogramm sehr kritisch zerpfücken. In dem Programm wird versprochen: „Der Ausbau des Berufs-, Berufsfach- und Fachschulwesens wird erheblich intensiviert.“ Genau gesagt: die SPD bietet den Bau von zwei Berufsschulen an. Eine Arbeitsgruppe des „jour fix“ hat aber errechnet, daß bis 1975 in Hamburg ein Mehrbedarf von 10 weiteren Berufsschulen besteht, Kostenpunkt ca. 80 Millionen Mark. Um rund ein Drittel muß der Berufsschulraum anwachsen. Gefordert wird ferner die Einstellung von 300 weiteren Lehrern, Kosten: rund 10 Mill. DM. In einer Dokumentation wird eine Äußerung des verantwortlichen Oberlehrers Kreyman zitiert: „Die Bildungsmisere blöblegt: „Es ist zugegeben, daß keine Lehrerbedarfsplanung für die berufsbildenden Schulen besteht.“ Und weiter: Frühestens



Nach dem „Fog-in“ folgt die Enthüllung des Denkmals für den bundesdeutschen Lehrling, der die typischen Insignien seiner Würde wie Besen, Schrubber, Elmer und Einkaufstasche in Händen hält. Ein „Unternehmer“ hält eine felerliche Rede. Mit dem „jour fix“ der Hamburger Gewerkschaftsjugend gehen die Arbeiterjugendverbände der Hansestadt neue Wege.

in zwei Jahren sei eine erneute Diskussion (!) darüber möglich, wann mit der von den Kultusministern geforderten Ausdehnung des wöchentlichen Berufsschulunterrichtes auf 12 Stunden zu rechnen sei. Dazu die Gewerkschaftsjugend: Wenn es nicht gelingt, in der Politik andere Prioritäten (Vorrangigkeiten) zu setzen, komme man erst in 20 Jahren zu dem, was heute notwendig ist.

Jetzt berichtet der Arbeitskreis Berufsschulen, der eine Umfrage unter den Vertrauenslehrern der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an den Berufsschulen durchgeführt hat. Ergebnis: „Fast regelmäßig fallen in einigen Schulen Stunden aus. Oft ist Gemeinschaftskunde betroffen. Vielfach fehlen Räume. Lehrer sind überlastet.“ Es wird beschlossen, die Zusammenarbeit mit den Lehrern weiter zu entwickeln.

Überhaupt wird billige Polemik gegen Lehrer und Ausbilder abgelehnt. Hier gibt es kein „Hurra, die Schule brennt“. Ein Fernmeldelehrling der Bundespost verliert ein Flugblatt, das tags darauf verteilt werden soll und sich an die Lehrlinge richtet: „Die Kritik an der Ausbildung beim Fernmeldeamt 4 kann nicht gegen die Ausbilder gerichtet sein. Die Hauptschuld an den Mißständen trägt die Verwaltung! Sie muß die Arbeit der Ausbilder attraktiver gestalten, indem sie die Ausbilder bezahlt und pädagogisch schult.“

Die Projektgruppe Agit-Prop legt den Entwurf eines Flugblattes vor, das zum 1. Mai in großer Auflage vor den Berufsschulen verteilt werden soll. Inhalt ist ein Dialog zweier Lehrlinge über die Berufsausbildung. Überschrift: „Leere Lehre – volle Taschen für Unternehmer“. Ein scharfer Ton. Wird es Schwierigkeiten geben? Einer: „Das können wir nicht in den Schulen verteilen. Das macht Oberschulrat Kreyman nicht mit. Die Unternehmer werden zu sehr angegriffen.“ Und auch: „Was wird Hans Saalfeld (der DGB-Vorsitzende) sagen?“ Ganz gleich, die rund 50 Jugendlichen in dem überfüllten Beratungszimmer sind sich einig: Das Flugblatt muß verteilt werden. Notfalls muß man die Tagessprecher in den Schulen einschalten oder an den Nahverkehrs-Haltestellen, wo die Lehrlinge vorbeikommen, die Zettel verbreiten.

## Streit zwischen Hamburgs DGB und seiner Jugend

Berufsschuldemonstration untersagt / Gewerkschaftsjugend will Konflikt „bis zum letzten“ austragen

14.3.70

Frankfurter Rundschau

Von unserem Korrespondenten Dieter Stücker

HAMBURG, 13. März. Zwischen Vorstandsmitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg und einer gewerkschaftlichen Jugendgruppe ist es im Verlauf dieser Woche zu einem offenen Konflikt gekommen. Der geschäftsführende Kreisvorstand des DGB verbot am Dienstag eine bereits angelaufene Berufsschuldemonstration der jungen Gewerkschaftsmitglieder, die dem Vorstand darauf in einem Offenen Brief „objektiv gewerkschaftsschädigendes Verhalten“ vorwarfen.

Die im gewerkschaftlichen Arbeitskreis „jour fix“ organisierten Hamburger Lehrlinge und Jungarbeiter der verschiedensten Berufe hatten in der Hamburger Innenstadt von den Passanten ein „symbolisches Notopfer“ gefordert, um dadurch auf den Raummangel und Lehr-

mangel an den Hamburger Berufsschulen hinzuweisen.

Bei dieser Aktion wurde auch ein mit „Deutscher Gewerkschaftsbund“ unterzeichnetes Flugblatt verteilt. Wie der Hamburger DGB-Kreisvorsitzende Saalfeld der „Frankfurter Rundschau“ sagte, ist ihm dieses Flugblatt von den jungen Gewerkschaftsmitgliedern nicht vorgelegt worden. Deshalb sei die Aktion verboten worden. Als weiteren Grund für das Verbot nannte Saalfeld terminliche Unklarheiten. In Verhandlungen mit dem Arbeitskreis habe man vereinbart, die Aktion erst am 16. März stattfinden zu lassen. Die Jugend habe aber ohne sein Wissen schon früher begonnen.

Vorstandsmitglied Hugo Schreiber (IG Metall) nannte den für das Verbot wichtigsten Grund: der DGB wolle die Position der Sozial-

demokraten im augenblicklichen Bürger-schaftswahlkampf nicht schwächen, sagte Schreiber in einem Gespräch mit Jugendlichen sein r Gewerkschaft. Der Ortsjugendausschuß der IG Metall nahm darauf „mit Befremden“ zur Kenntnis, daß die Aktion „aus politischen Rücksichten“ verboten wurde. Ein Mitglied des Arbeitskreises „jour fix“ erklärte der „Frankfurter Rundschau“, daß man die Aktion trotz des Verbotes weiterführen werde.

„Wir sind doch hier in Hamburg die eigentliche Gewerkschaft. Wir sind es, die die Interessen der Arbeitnehmer formulieren und wir werden den Konflikt bis zum letzten austragen“, sagte er. Inzwischen hat sich auch die Jugend der Deutschen Angestellten-gewerkschaft (DAG) mit den DGB-Jugendlichen solidarisch erklärt.

**Schwierigkeiten für „jour fix“ auch durch den Gewerkschaftsapparat**  
Reportage entstand, berichtete die Presse über den Krach im DGB-Haus am Besenbinderhof in Hamburg.

**Wenige Tage nachdem unsere**  
Bierholen lernen. Wir wollen eine moderne Ausbildung. Wir wollen bei unserer Ausbildung – und damit über unsere Zukunft – mitbestimmen. Helfen Sie uns dabei. Helfen Sie Ihren Kindern dabei.“ Auf Sandwich-Plakaten verkündeten die Lehrlinge: „Ausbeutung nein – Ausbildung ja“, „Einholen, Ausfegen ist ganz groß, in der Ausbildung ist nichts los“ und „Wir wollen das Maul nicht mehr halten, sondern die Lehre mitgestalten“. Auf einem weiteren Plakat der Lehrlinge konnten die staunenden Passanten erfahren, daß sich die jungen Arbeiter bei Blohm & Voss zur „Verrichtung natürlicher Bedürfnisse“ schriftlich abmelden mußten. Das „Feg-in“ wurde schließlich zur Enthüllung des Denkmals für den bundesdeutschen Lehrling unterbrochen. Ein jugendlicher „Unternehmer“ hielt die Festansprache („... fordert uns die Ausbildung eines jeden Lehrlings unerhörte Opfer ab...“). Ein Lehrling antwortete: „Das dumme Gelabere der Unternehmer hören wir täglich im Betrieb und auf jeder Freisprechungsfeier. Schluß damit.“

Jetzt berichten „jour fix“-Beobachter von einer Betriebsjugendversammlung bei dem Rheinstahlbetrieb Eggers-Kehrhahn. Dort hatten die jungen Gewerkschafter vor einiger Zeit eine Aktion vor dem Betrieb durchgeführt, um die Beschäftigung der Lehrlinge mit berufs-fremden Nebenarbeit anzuprangern. Nun war man neugierig, ob sich etwas geändert hatte. Es hatte, aber wie! Die Lehrlinge dürfen nur noch Getränke einkaufen, aber keine Brötchen. Personalchef von Meier, verantwortlich für diese geistreiche Regelung, berichtete stolz von Taschenkontrollen.

„Das heißt doch, der Lehrling wird angeschissen, nicht der Angestellte, der ihm den Auftrag gibt, außer Cola auch Wurstbrot zu kaufen“, meint einer in der Runde empört. „Die Nebenarbeiten, die mit der Ausbildung nichts zu tun haben, müssen insgesamt aufhören!“ „Und die Betriebsräte müssen sich endlich einschalten“, fordert ein anderer. Besondere Empörung löst die Mitteilung aus, daß die Vorsitzende der Jugendvertretung zwar keine freie Zeit für ihre Arbeit als Jugendsprecherin erhält – angeblich weil's die Ausbildung stört! – aber für Ablegen, Einkaufen und Aufräumen ständig Zeit aufbringen muß. Aufbringen müssen die Rheinstahl-Lehrlinge auch das Geld für die Sicherheitsschuhe, obwohl es nach dem Berufsbildungsgesetz vom Arbeitgeber gezahlt werden muß. Dagegen wurde – so berichteten die „jour fix“-Beobachter – von den Lehrlingen auf der Jugendversammlung erfolgreich protestiert. Mit dem Betriebsrat wurde verabredet, daß er die Realisierung einer Betriebsvereinbarung mit der Unternehmensleitung zur Beseiti-

gung der Mißstände durchsetzt und einen Jugendvertreter zu seinen Betriebsratssitzungen einlädt. Die Versammlung im Hamburger Gewerkschaftshaus beschließt, die Entwicklung in dem Rheinstahl-Betrieb weiterhin sorgfältig zu beobachten.

Zum Schluß des „jour fix“ wird eine öffentliche Aktion vor dem Altonaer Bahnhof beschlossen. Der Arbeitskreis Gewerbeschule X im „jour fix“ der Gewerkschaftsjugend hat alles vorbereitet: Mit Sandwich-Plakaten, Sprechchören und Flugblättern auf sich aufmerksam machend, wollen die Lehrlinge in Waschmitteleimer milde Gaben für die „leidende Berufsschule“ sammeln. Die „Spenden“ sollen später von einer Delegation im Rathaus abgegeben werden – mit ironischer Geste und zwecks Beseitigung der „Mittelknappheit“, von der der Senat so oft faselt. Einer der Anwesenden macht den Vorschlag: „Sollen die Parteien doch mal ihre kostspieligen Wahlkampf-Pavillons der Schulbehörde schenken. Das wäre was gegen die Raumnot.“

Mit ihren öffentlichen Aktionen erregten die jungen Gewerkschafter in Hamburg bisher die größte Aufmerksamkeit. So als auf Anregung von SDAJlern, die selbstverständlich zu den Aktivsten bei der Umsetzung des jugendpolitischen Sofortprogramms gehören, ein „Feg-in“ auf der größten Geschäftsstraße Hamburgs, der Mönckebergstraße, abrollte.

Rund 50 Lehrlinge fegten dabei, angetan mit Arbeitskleidung und ausgerüstet mit Besen, die Straße fast blank. Andere verteilten Flugblätter an die Passanten: „Wir wollen den Mund nicht mehr halten. Wir wollen nicht mehr Ausfegen lernen. Wir wollen nicht mehr

Wir wollen eine moderne Ausbildung. Wir wollen bei unserer Ausbildung – und damit über unsere Zukunft – mitbestimmen. Helfen Sie uns dabei. Helfen Sie Ihren Kindern dabei.“ Auf Sandwich-Plakaten verkündeten die Lehrlinge: „Ausbeutung nein – Ausbildung ja“, „Einholen, Ausfegen ist ganz groß, in der Ausbildung ist nichts los“ und „Wir wollen das Maul nicht mehr halten, sondern die Lehre mitgestalten“. Auf einem weiteren Plakat der Lehrlinge konnten die staunenden Passanten erfahren, daß sich die jungen Arbeiter bei Blohm & Voss zur „Verrichtung natürlicher Bedürfnisse“ schriftlich abmelden mußten. Das „Feg-in“ wurde schließlich zur Enthüllung des Denkmals für den bundesdeutschen Lehrling unterbrochen. Ein jugendlicher „Unternehmer“ hielt die Festansprache („... fordert uns die Ausbildung eines jeden Lehrlings unerhörte Opfer ab...“). Ein Lehrling antwortete: „Das dumme Gelabere der Unternehmer hören wir täglich im Betrieb und auf jeder Freisprechungsfeier. Schluß damit.“

Die Aktion auf der Mönckebergstraße fand ein nachhaltiges Echo in Presse, Funk und Fernsehen. Mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit haben die „jour fix“-Leute überhaupt eine glückliche Hand. So wird am 16. April im Abendprogramm des Fernsehens (1. ARD-Programm) eine Sendung über Berufsausbildung laufen, in der sich auch die „jour fix“-Runde wiederfindet. Das Hamburger Beispiel strahlt aus. Auch in Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland wurden jetzt jugendpolitische Sofortprogramme der Gewerkschaftsjugend erarbeitet.

Ulrich Sander

# Krach vor der Haydn-Sonate

## Empörte Münchener Siemens-Lehrlinge ließen Freisprechungsfeier platzen

Nachdem Lehrling Wolfgang F. seine Lobrede auf die Siemens-Ausbildung beendet hatte, brach am 27. Februar im Münchner Siemens-Werk an der Hofmannstraße die Hölle los. Die letzte Haydn-Sonate wurde nicht mehr gespielt. Statt dessen bemächtigte sich der 21jährige Lehrling Gert T. des Mikrofons, um die von der Ausbildungsleitung konzipierten Ausführungen seines Vorredners zu korrigieren. Verlesen wurde eine von 133 Lehrlingen unterzeichnete Resolution. Mehr als die Hälfte der zur „Freisprechungsfeier“ erschienenen Lehrlinge hatten den Protest unterschrieben, der sich gegen das „Profitinteresse der Minderheit“ richtete, „das uns zu nützlichen Fachidioten ausbilden ließ“.

In der zum Entsetzen der Siemens-Honoratioren verlesenen Resolution heißt es weiter:

– „Wir protestieren gegen eine Ausbildung, in welcher Jugendliche mit unpädagogischen Mitteln genötigt werden, sich in eine Betriebshierarchie einzufügen, die nicht geeignet ist, einen jungen Menschen zu demokratischer Haltung zu erziehen. Jeder Gedanke an Kritik wird autoritär niedergedrückt.“

– „Es ist an der Zeit, den Betriebsfrieden des Hauses Siemens zu stören, ein Friede, der durch die Macht weniger auf dem Rücken der Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge hergestellt wird.“

– „Wir solidarisieren uns mit allen, die in der Ausbildung stehen, die in ähnlicher Weise wie wir unterdrückt werden. Wir wollen den Kampf gegen diese Ausbildung aufnehmen.“

Und sie nahmen den Kampf auf! Während der Rede ihres Kollegen Gert verteilten andere Lehrlinge eine 16seitige Dokumentation, in der unzählige Fälle von Schikanen, körperlichen Züchtigungen und Beschimpfungen aufgeführt sind. Direktoren und Ausbildungsleiter bekamen aschfahle Gesich-

ter. Sie vergaßen ihre feierlichen Redemanuskripte in den Taschen („ein ehemaliger Siemens-Lehrling gibt nie auf“) und forderten Ruhe. Einer: „Sonst holen wir den Werkschutz.“

Es trat aber keine Ruhe ein. Vielmehr forderten die Lehrlinge eine sofortige Diskussion. Mit der Zusage, die Diskussion zu einem späteren Zeitpunkt durchführen zu wollen, versuchten sich die Bosse aus der Affäre zu ziehen. Als daraufhin der Religionslehrer Ulrich Schulte um einen genauen Termin bat, wurden die Mikrofone abgeschaltet und die „Feier“ für beendet erklärt.

Die Dokumentation der Siemens-Lehrlinge ist eine erschütternde Anklage gegen den jugendfeindlichen Kapitalismus: Jugendliche wurden zusammengeschlagen. Machten sie sich unbeliebt, bekamen sie schlechte Noten ins Berichtsheft notiert. Sie wurden für berufsfremde Privatarbeiten ausgenutzt. Lang ist die Liste der Verstöße gegen die Menschenwürde:

+ Ein Ausbilder zwang einen Lehrling, eine verstopfte Toilette mit der Hand zu reinigen.

+ Der Lehrling K.M. wurde solange am rechten Ohr gezogen, bis es einriß.

+ Lehrling R.H. wurde beim Onanieren ertappt und vor allen Lehrlingen von den Ausbildern als „Schwuler“ und „Schwein“ beschimpft.

Es war den Lehrlingen nach und nach klar geworden, daß die Ausbildung für die Firma keinen materiellen Verlust bedeutet, wie die Unternehmer oft behaupten. Im Gegenteil: „Wir mußten im Werk Facharbeiterarbeit durchführen und nach Facharbeiterzeit arbeiten. (75 % der Zeit eines normalen Facharbeiters.). Wenn man bedenkt, daß wir DM –,80 Stundenlohn bekamen und die Facharbeiterstunde vielfach höher verrechnet wird, kann man sich den Gewinn dabei ausrechnen.“

Behindert wird bei Siemens auch die Arbeit der Jugendvertreter, die in der Ausbildung

nichts zu sagen haben. Seit Dezember 1969 fordern sie eine Jugendversammlung, aber es wurde kein Saal genehmigt.

Jetzt wollen sie die Jugendversammlung auch ohne die Zustimmung der Betriebsleitung durchführen. Die vorzeitig beendete Feier vom 27. Februar, bei der sich die Lehrlinge wirklich freisprachen, hat allen Mut gemacht: Noch während des offiziellen Festessens in der Gaststätte „Deutsche Eiche“ im Anschluß an die Freisprechung unterschrieben zahlreiche weitere Lehrlinge die Resolution. Aber nicht nur in München

wehren sich die Siemens-Lehrlinge. Die Unruhe wächst auch in den vielen anderen Siemenswerken der Bundesrepublik und Westberlins. So ergab eine Umfrage des Arbeitskreises „Siemenslehrlinge“ unter mehreren Hundert Hamburger Siemens-Lehrlingen, daß 63,2 Prozent von ihnen produktive Fertigungsarbeit bei billigem Lehrlingslohn leisten müssen. Bei 28,8 Prozent ist Strafarbeit an der Tagesordnung; 44,8 Prozent müssen Privatarbeiten für Vorgesetzte leisten. Ihre Ausbilder halten 58,4 Prozent der Lehrlinge für pädagogisch ungeeignet.

Uwe Sommer

## Informationen

### NGG-Protest gegen Jugendvertreter-Entlassung

Die Jugend der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten verteilte in Hamburg Protestflugblätter. Sie hatte allen Grund dazu. In den Flugblättern heißt es:

„Karsten Schmidt, 19 Jahre alt, beschäftigt als Kfm. Angestellter in der Versandabteilung, wurde im Mai 1968 zum Jugendvertreter der Firma Stockmann-Rowntree gewählt. Er nahm seine Aufgabe, sich um die Belange seiner jungen Arbeitskolleginnen und -kollegen zu kümmern, nicht auf die leichte Schulter.“

Im Gegenteil! Das war der Geschäftsleitung nicht recht. Mit eingeschriebenem Brief, der per Eilboten zugestellt wurde, hat sie Karsten Schmidt jetzt entlassen.

Noch am 25. März 1969 erhielt Karsten Schmidt von der Geschäftsleitung einen Brief. Darin bot ihm die Firma eine besser bezahlte Stellung in ihren Außenlagern an. In diesem Brief wird Karsten Schmidt als sehr befähigter Mitarbeiter gelobt. Es heißt dort u. a.: „... erledigen Sie die Ihnen übertragenen Arbeiten sehr ordentlich, so daß Ihre Vorgesetzten mit Ihren Leistungen zufrieden sind, und Sie werden schon erkennen, daß nur ein versierter Mitarbeiter in Betracht kommen kann.“ Doch Karsten Schmidt wollte sich nicht aus Hamburg ‚wegloben‘ lassen! Er lehnte das Angebot ab.

Als die ‚elegante‘ Methode des Weglobens keinen Erfolg hatte, kam die Entlassung per Einschreiben und Eilboten.“

### Aktion „Wahres Berichtsheft“

Die Arbeitsgemeinschaft Oberhausener Lehrlinge möchte den Schwandel aufdecken, der mit Berichtsheften getrieben wird. Alle Lehrlinge wurden durch

Flugblätter aufgefordert, zu notieren, was sie während ihrer Ausbildung wirklich tun und was im Berichtsheft steht, nachdem es der Chef frisiert hat. In Dortmund-Hörde wurde eine ähnliche Aktion begonnen.

### Schweinishche Ausbeutung

Herr Antonius Korzilius, CDU-Mitglied in Sulzbach, Inhaber der Firma Korzilius GmbH, fühlt sich zutiefst beleidigt; er hat deshalb den SDAJ-Vorsitzenden von Sulzbach, Norbert Becker angezeigt. Die SDAJ hatte der Firma „schweinishche Ausbeutung“ vorgeworfen.

Vom rücksichtslosen Profitstreben des Herrn Korzilius zeuge das Übertreten der Unfallverhütungsvorschriften, sagt die SDAJ. Für Herrn Korzilius haben diese Übertretungen natürlich andere Gründe. Es sei eine weitere Lagerhalle noch nicht errichtet worden, sagte er. Doch die SDAJ will gar nicht einsehen, was die fehlende Lauerhalle mit der Ablehnung zu tun hat, sichere Leitern zu kaufen. Jedenfalls: als die Feuerwehr die Lagerhallen abnahm, standen plötzlich keine Paletten mehr in den Gängen, plötzlich hingen Verbandskästen und Feuerlöscher an den Wänden, als sei es noch nie anders gewesen.

Die Chefin der Firma nahm den Hausärzten viel Arbeit ab. Kürzlich meinte sie: „Im Radio hieß es, die Grippewelle ist vorbei, aber die sind angeblich immer noch krank. Na ja, wir werden uns alles merken!“ Die SDAJ meint, hier helfen keine Drohungen, sondern nur eine ordentliche Heizung.

Um diese Mißstände abzuschaffen, fordert sie, die sofortige Einberufung einer Belegschafts- und einer Jugendversammlung, Wahl eines Betriebsrates und einer Jugendvertretung, strikte Einhaltung der Unfallverhütungs-

vorschriften und menschenwürdige Behandlung der Belegschaft durch die Firmenleitung. Zu der Beleidigungsklage meint die SDAJ: „Wir lassen uns von Herrn Korzilius nicht einschüchtern. Wir behaupten nach wie vor: Jede Ausbeutung ist eine Schweinerei und die Firma Korzilius hat sich da besonders hervorgetan.“

**Lehrlinge fordern Streikrecht!**  
Jetzt zogen Augsburger Lehrlinge die Konsequenz aus den alarmierenden Ergebnissen ihrer Umfrage (elan 3/70). In Arbeitskleidung fegten sie den Augsburger Königsplatz sauber — so, wie sie es gelernt hatten. Bei dem SDAJ-„Kehrin“ machten sie der Öffentlichkeit

klar: Wir wollen nicht mehr für ein Trinkgeld Mädchen für alles spielen. In Flugblättern forderten sie Streikrecht für Lehrlinge (alle befragten Lehrlinge hatten sich dafür ausgesprochen), eine durch Mitbestimmung starke Jugendvertretung in den Betrieben, eine starke Gewerkschaft („bist Du schon dabei?“) und eine fortschrittliche Berufsausbildung, die den Anforderungen der Zukunft entspricht und „uns nicht der Willkür der Bosse ausliefert“.

**Lernen bei Bosch — Start zum Erfolg?**

Die DKP-Betriebszeitung „Unser Zünder“ in Stuttgart ist da aber anderer Meinung. Seit Jahren

fordert die IG Metall wenigstens 12 Stunden Berufsschulunterricht in der Woche, außerdem betrieblichen Unterricht. Doch so ist die Wirklichkeit bei Bosch: kein Werksunterricht, 6 Stunden Berufsschule. „Unser Zünder“ fragt: „Glaubt die Firma etwa, daß insgesamt vier Monate Feilübungen z. B. einen Ersatz darstellen für die Grundkenntnisse der Physik, der Elektronik oder der Datenverarbeitung? Wir geben jedoch gerne zu, daß das Feilen ganz wesentlich zur Vorbereitung auf das künftige Berufsleben dient. Denn nichts dient so sehr der Disziplinierung, als das stumpfsinnige tagelange Feilen an einem U-Profil. Der Lehrling lernt sich ein- und unterordnen, auch wenn er keinerlei Sinn in der Arbeit sieht, und er wird die künftige Arbeit an Maschinen direkt als Befreiung empfinden. Wäre es nicht sinnvoller, die Lehrlinge endlich auch an programmgesteuerten Werkzeugmaschinen auszubilden?“

#### Polizeispitzel am Werk

„An der Gewerbeschule Göttingen bespitzelt ein gewisser Herr Günther von der Politischen Polizei Lehrlinge und Schüler.“ Das teilte die SDAJ den Kollegen und Mitschülern mit. Die Erklärungen für das Erscheinen der PoPo überstürzten sich: die einen sprachen von Diebeshascherei und Haschlschnüffelei (was in Göttingen wohl politische Straftaten sind), die Schulleitung erklärte, der Spitzel habe sich über „Spannungen zwischen der Lehrerschaft und der SMV“ informieren wollen.

Dazu die SDAJ in einem Flugblatt: „Sind die Forderungen der SMV nach einer besseren Berufsausbildung so unerhört, daß die Schulleitung die Hilfe der politischen Polizei braucht, um uns einzuschüchtern?“

Angesichts der Proteste gegen die PoPo verstand der Regierungspräsident Rabus die Welt nicht mehr. Ganz empört gab er gegenüber der „Göttinger Presse“ zu, daß die Überwachung von kritischen Schülern und Lehrlingen „routinemäßig“ erfolge.

Die SDAJ fordert auf: „Kollegen! Nutzen wir die Schülervollversammlung, um unsere Probleme auf den Tisch zu packen. Wir lassen uns nicht mit der Antwort abwimmeln: Für die Bildung gibt es kein Geld, aber PoPo wird bestellt!“

**Jetzt reicht's: In Ludwigshafen gingen Lehrlinge auf die Straße**

Es liegt schon eine Weile zurück, daß einige Lehrlinge in Ludwigshafen meinten, man könne sich nicht mehr mit Murren und Hoffnung auf Einsicht der Unternehmer über die ungenü-

gende Berufsausbildung begnügen. Sie schrieben an den Kultusminister Vogel (CDU). Sie sandten ihm den Entwurf einer SMV-Satzung. Doch sie blieben ohne Antwort. Als das Kultusministerium dann anstelle einer Antwort auf fortschrittliche Lehrer, die sich für die Belange der Lehrlinge einsetzten, Druck ausübte, protestierten sie. Da plötzlich wollte Kultusminister Vogel mit den jungen Arbeitern diskutieren. Doch bei der Diskussion blieb es. Nichts änderte sich.

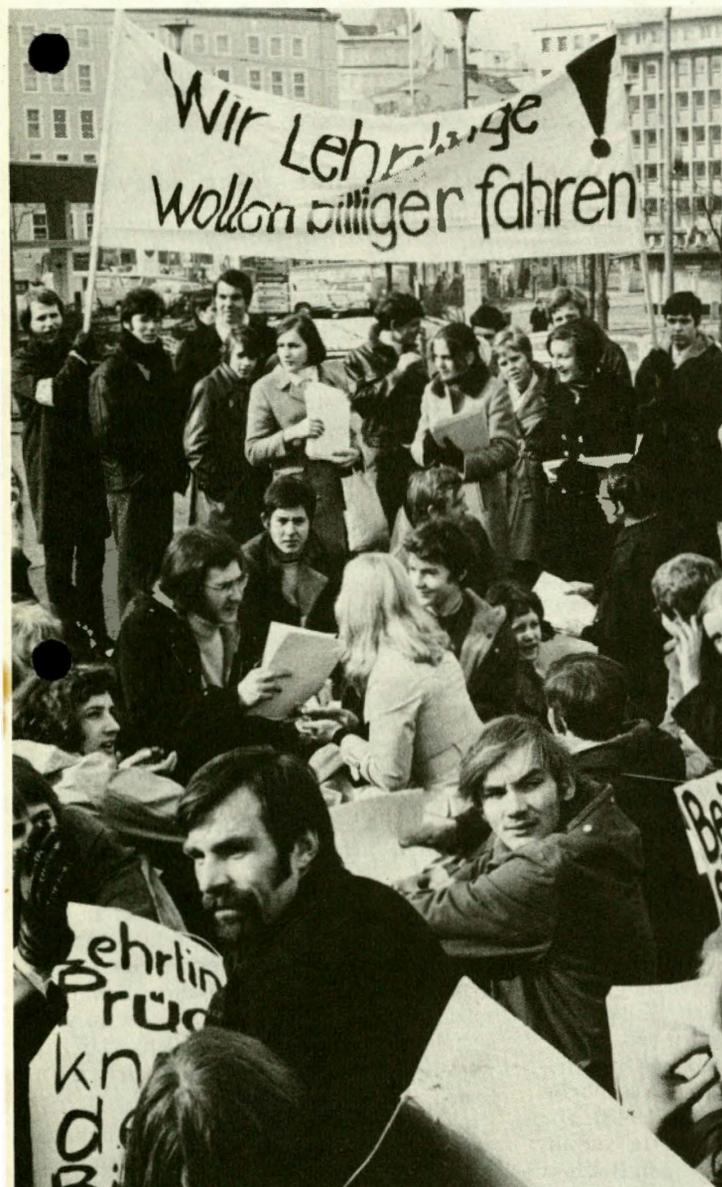
Als Handwerkskammern in Rheinland-Pfalz den Prüfungstermin willkürlich um ein halbes Jahr verschoben, lief das Maß über (elan 3/70). Für die Lehrlinge bedeutete das ein halbes Jahr länger Tätigkeit für ein Almosen, für die Unternehmer mehr als 100 000 DM Profit. Mehrere hundert Lehrlinge gingen in Ludwigshafen auf die Straße und demonstrierten unter Losungen wie „Eurer Kinder Kraft bringt den Unternehmern Saft!“.

Nach allen erfolglosen Versuchen wollten sie ihre Angelegenheiten an die Öffentlichkeit bringen.

In Flugblättern klärte die SMV der Berufsschule I darüber auf, daß die Lehrlinge bei den Angehörigen sogenannter freier Berufes tariflos sind, also nach Lust und Laune bezahlt werden, daß eine Abhaltung von zwei Prüfungen (eine in der Schule, die andere in der Kammer) paradox ist, daß für die Behebung der Raumnot und des mangelhaften Unterrichts (z. B. kein regelmäßiger Deutschunterricht) nichts getan worden ist, daß die Lehrlinge im Betrieb keinerlei Mitbestimmungsrechte haben, daß es keine Kontrolle der Ausbilder gibt.

Die Jugendgruppen der IG Druck und Papier und der IG Bau-Steine-Erden, die IG Chemie und IG Metall, die Betriebsjugendvertretung der BASF, Jungsozialisten, Naturfreunde, Falken, Jungdemokraten, SDAJ und DKP unterstützten die Forderungen und die Demonstration. Die SMV fordert in ihrem Flugblatt: „Neufassung des Berufsbildungsgesetzes und die vom DGB geforderte Novellierung des Betriebsverf.-Gesetzes.“ Sie ist der Meinung: „Jetzt reicht's! Briefe haben nichts genützt! Diskussionen haben nichts genützt! Und wenn Demonstrationen nichts nützen und man Resolutionen überhören will, werden wir andere Mittel finden!“

**Lehrlingszeitungen in der Aktion**  
Bei Hauni in Hamburg-Bergedorf wurden zwei Jugendvertreter entlassen, weil sie eine Betriebszeitung herausgegeben hatten. Über die Freuden und Leiden von Lehrlingszeitungsredakteuren berichtet Doris Wichard auf Seite 30/31 „So macht man eine Lehrlingszeitung“.



**Runter mit den Fahrpreisen!** Die Arbeitsgemeinschaft Essener Berufsschüler (AEB) rief, und zahlreiche Essener Lehrlinge gingen auf die Straße: sie wollen die gleichen Fahrpreisvergünstigungen wie die Oberschüler und Studenten. Da der Lehrling sowieso nur eine unzureichende „Erziehungsbeihilfe“ bekommt, sind sie der Meinung, daß es unzumutbar ist, sie auch noch mit hohen Essener Fahrpreisen zu belasten. Viele von ihnen fordern, daß die Betriebe diese Kosten übernehmen. Außerdem treten sie für einen Einheitstarif von 40 Pfennig ein.

# 72=2 MAL 36?

Münchens magischer Termin steht fest: 26. August 1972, Beginn der XX. Olympischen Spiele der Neuzeit. Der große Werbefeldzug läuft. Mit „Trimm dich durch Sport“ will man uns fit machen zu einem „Volk von Sportbürgern“.

Dort, wo im Ausland bundesdeutsche Botschaften bestehen, stapeln sich bald massenhaft die Reklameprospekte. Die Olympia-Sprüchemacher werben so:

„München hat viel zu bieten – 1972 noch mehr“

„München, Stadt der Lebensfreude – Deutschland, Land der Gastfreundschaft“. Die Weißmacher von Persil, Pril und Ariel sind diesmal für die Olympia-Politik Bonns unterwegs!

## Ereignis von großer Bedeutung

Die Wirkung der Olympischen Spiele reicht weit über den Kreis der Sportler und Sportinteressenten hinaus. Experten schätzen beispielsweise, daß 1968 mehr als 500 Millionen Menschen in der Welt mit den Olympischen Winterspielen bekannt wurden. Die Olympischen Spiele – ob im Sommer oder Winter – sind also Ereignisse von weltumfassender Bedeutung.

Wie sich die Spiele entwickelten, sollen einige Zahlen untermauern: Nahmen 1904 ca. 500 Sportler aus 11 Staaten an der Olympiade teil, so waren 20 Jahre darauf rund 3.000 Sportler aus 44 Staaten, 1948 dann rund 4.000 Sportler aus 58 Ländern und 1968 in Mexiko-Stadt mehr als 6.000 Sportler aus 111 Staaten. Bis zum vergangenen Jahr wuchs die Zahl der Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) auf 125 an.

## Humanistischer Inhalt der Spiele

Seit Begründung der Olympischen Spiele der Neuzeit im Jahre 1894 gab es Höhen und Tiefen im Weltsport. Die olympischen Prinzipien, die den Olympischen Spielen zugrunde lagen und liegen, trugen von Anfang an humanistischen Charakter. Wenn der Begründer der modernen Olympischen Spiele, der französische Pädagoge und Historiker Pierre de Coubertin



(1.1.1863 bis 2.9.1937) auch kein revolutionäres Gegenprogramm zur bestehenden bürgerlichen Gesellschaft schuf, so entwickelte er aber wohl sportpolitische und pädagogische Leitlinien gegen die reaktionäre Kriegspolitik des Militarismus, gegen den Völkerhaß, gegen den Rassismus und Nationalismus. Dieser humanistische Inhalt, der in den olympischen Regeln enthalten ist, erhält heute im Kampf gegen die reaktionären Kräfte, gegen die Ewiggestrigen, z.B. gegen die US-Kriegspolitik in Vietnam sowie gegen ihre Helfer in Bonn, gegen den Rassismus – nicht nur in den USA – große Bedeutung. In einer Zeit also, in der sich im Kampf gegen den Imperialismus drei mächtige Kräfte der Gegenwart vereinigen: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung.

## Großkapital und Olympische Spiele

Die vergangenen 75 Jahre Geschichte Olympias weisen aus, daß die aggressive Politik des Großkapitals und deren Hauptparteien für die olympische Bewegung eine ernste Gefahr darstellt. Gerade das deutsche Großkapital fügte der Weltsportbewegung großen Schaden zu. Es war Hauptschuldiger an zwei Weltkriegen und den 70 Millionen Toten des zweiten Weltkrieges, dem namhafte Medaillengewinner, Olympioniken und viele Sportler zum Opfer fielen. Auf dieses Konto geht der Ausfall von drei Olympiaden (1920, 1924, 1948). Die gleichen gesellschaftlichen Kräfte verhinderten bei der Olympiade 1952 in Helsinki den Start der Sportler aus der DDR. Es gibt Grund genug, das Augenmerk unserer Bevölkerung, insbesondere der Jugend, auf die Absichten der herrschenden Kreise der BRD hinzulenken, die die Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spiele 1972 in München erneut für die Realisierung ihrer reaktionären Politik zu mißbrauchen versuchen.

## Hintergründe der Bewerbung Münchens

Fragen wir zunächst nach den Motiven für die Bewerbung Münchens für Olympia 1972, so erhalten wir eindeutig politische Antworten.

Willi Daume, Kapitalist der Gießereibranche und höchster bundesdeutscher Sportfunktionär, gestand, daß die Bewerbung als Gegengewicht eingereicht worden sei zum Madrider Beschluß des IOC von 1965, der DDR eine eigene Olympiamannschaft zuzubilligen. Daume hoffte, daß damit „das beklagenswerte Ereignis von Madrid... eine Wendung zum Guten nehmen“ könne. (Die Zeit, 6.5.66)

Daume stand und steht nicht allein mit dieser Meinung. Das großkapitalistische „Handelsblatt“, Kiesinger, die Finanz- und Innenminister sowie Herbert Wehner bezogen folgende Stellung:

„Politik und nationales Prestige, verbunden mit handfesten wirtschaftlichen Interessen sind... die Triebfeder bei der Bewerbung (gewesen)“. Handelsblatt, 28.10.1968

Nachdem Kiesinger im November 1968 als Bundeskanzler die Münchner Spiele zu seiner „persönlichen Sache“ erklärt hatte, schrieben die o.g. Minister in einer Stellungnahme: „Die Olympischen Sommerspiele werden in München so oder so veranstaltet, auch wenn noch nicht klar ist, was sie kosten. Das Vaterland braucht sie.“ (Nach „Handelsblatt“, 18.5.67)

„Wir müssen die Dinge in den Griff bekommen (und) die Spiele so ausrichten, daß alle erscheinen und uns sympathischer finden, als sie es bisher taten.“ (H. Wehner im „Hamburger Abendblatt“, vom 17.11.1968)

Wofür, muß man fragen, wollen Großkapital, CDU/CSU und Sportführer wie Willi Daume die Spiele nutzen? Ausnutzen? War es Zufall, daß die Bewerbung Münchens 1965 in die Zeit fiel, wo der damali-

ge Kanzler Erhard nicht nur das Ende der „Nachkriegsperiode“ propagierte, nicht nur die „formierte Gesellschaft“ als Programm entwickelte, sondern von Strauß die Forderung kam, aus dem „ökonomischen Riesen“ BRD nun den politischen zu machen? Münchens Oberbürgermeister Dr. Vogel gab zu, daß die „außenpolitischen Aspekte“ der Bewerbung im Sinne Bonns lagen. (I. Fernsehen, 13.12.1968)

## Kostenexplosionen

Welche Vernebelungsmanöver gewisse Olympia-Planer auch immer anstellen, Tatsache ist, die Münchner Spiele werden immer teurer.

Die Ausgangsplanung 1965 lag bei:	497 Mio. DM
Die Kostenschätzung am 30.7.67 bei:	520 Mio. DM
Der Vorbericht der Bundesregierung vom 30.1.1969 sah vor:	787 Mio. DM
Am 2.7.1969 hieß es:	801 Mio. DM
Im November 1969 dann schon:	1.150 Mio. DM

Und nun gab am 12.2.1970 Bundesinnenminister Genscher die olympiabedingten Ausgaben für Investitionen in München/Kiel und für Veranstaltungskosten mit 1.582 Mio. DM an. (Drucksache VI/382 des Bundestages, v. 12.2.1970, S. 3)

Auch die Kostenpolitik deutet auf die genannten politischen Beweggründe der Bewerbung hin. Nämlich mit allen Mitteln verlorene Positionen auf internationalem Gebiet zurückzugewinnen und z.B. neue Modelle und Formen des Alleinvertretungsanspruches zu entwickeln und durchzudrücken. So wurde eben die „aus der Niederlage geborene... Offensive kühnen Ausmaßes“ gestartet! (Die Zeit, 29.4.66) Denn „das Vaterland braucht sie“!

Kommentare des Schatzmeisters des Organisationskomitees der Olympischen Spiele, Dr. R. Eberhard, am 23.1.1970 auf einer Pressekonferenz: „Ich habe keine Bange, wer die Mehrausgaben abzudecken hat.“ Ja, wer wohl?

## Die „unpolitische“ Olympia-Münze

Der sozialdemokratische Finanzminister A. Möller ließ im Bundesanzeiger vom 14.1.1970 für die Bundesregierung bekanntgeben, daß Olympiamünzen 1970 in den Verkehr kämen mit der eingepprägten Aufschrift: „Spiele der XX. Olympiade in Deutschland“. Der erste Schub ist raus, vergriffen.

Hierbei handelt es sich um einen der Versuche der herrschenden Kreise in Bonn, der im Sport gescheiterten Hallstein-Doktrin neue Impulse zu geben. Die Aufschrift der Münze ist kein Lapsus. Sie verstößt glasklar gegen die olympischen Regeln. Danach wird die Ausrichtung der Spiele jeweils einer Stadt, aber nicht einem Staat oder Land übertragen. Zweitens wird der Eindruck erweckt, daß die BRD die Spiele für

Gesamt-Deutschland, ja, für ein Deutschland von 1937 gestaltet.

Diese Absicht bescheinigt prompt das Leitblatt der CDU, „Rheinischer Merkur“ (27.2.70, S. 2). Dort steht es schwarz auf weiß: „Mit der... Olympia-Münze... und Bauten aus allen deutschen Landen auf Briefmarken dokumentiert... (Die Bundesregierung) ihr von der Verfassung verbrieftes Recht, auch für jene Deutschen zu handeln, die über ihr Schicksal nicht frei bestimmen können“.

Eine klare antikommunistische, von Revanchezielen geprägte Olympiakonzeption der erzkonservativen Kräfte der BRD. Ein Artikel in „Christ und Welt“ legt die Vermutung nahe, daß gewisse Kreise die Olympischen Spiele als einen „Höhepunkt des permanenten ‚Krieges ohne Waffen‘“ ansehen. (Christ und Welt, S. 25, 2.1.1970)

Unter diesem Blickwinkel hat auch F.J. Strauß die Lage charakterisiert, als er die Vorbereitung und Durchführung der Spiele als „eine ungewöhnliche Aufgabe, wie sie in Friedenszeiten selten gestellt wird“ bezeichnete.

Diesen Chor ergänzt mit eigener Stimme Willi Daume. Wir müßten uns bemühen, sagt er, „mehr wiederzugewinnen, als einst verloren gegangen ist“ (Westd. Allg. Zeitung, 10.1.70) und daß die XX. Olympischen Spiele zu einem Modell gegen den Osten werden (April 1969).

Der Sport soll dazu beitragen, wenn es nach den herrschenden Kreisen der BRD ginge, das innen- und außenpolitische Programm des Großkapitals und seiner politischen Hauptparteien zu verwirklichen. Sie versuchen das zu wiederholen, was die olympische Atmosphäre im Jahre 1936 vergiftet hat.

## Den Mißbrauch verhindern

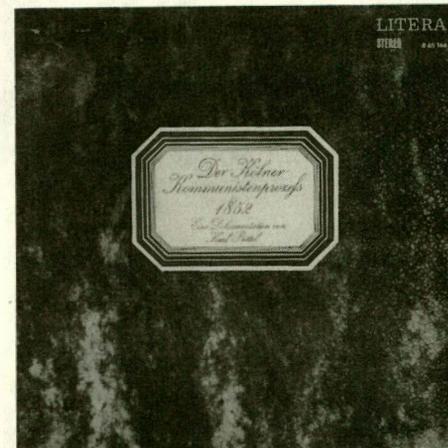
1970/72 ist nicht 1936. Es existiert das sozialistische Lager, die nationale Befreiungsbewegung und eine starke internationale Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern.

Unter Sportlern und Sportinteressierten der BRD wächst das Bemühen, gegen die reaktionäre offizielle Sportpolitik aufzutreten. Wir denken nicht an einen Aufruf zum Boykott dieser XX. Spiele, sondern wir kämpfen um das Recht, daß die Vorbereitung und Durchführung der Spiele in München frei von antikommunistischen, revanchistischen, frei von diskriminierenden Bedingungen für alle Sportler ablaufen können. Alle demokratisch und fortschrittlich gesinnten Kräfte unseres Landes sind angerufen, sich der Vergiftung der olympischen Ideen zu widersetzen, für eine Politik einzutreten, die, wie der Stuttgarter Sportler und Olympiavierte von Melbourne, Heinz Laufer, forderte, „von den olympischen Prinzipien getragen sein“ soll. Mehr denn je gilt die Forderung von 20 Sportlern, die diese vor einiger Zeit erhoben: Tragt dazu bei, daß die olympischen Prinzipien durch euren Willen durchgesetzt werden!



## Er rührte an den Schlaf der Welt

mit Texten von Johannes R. Becher, Wladimir Majakowski und Bertolt Brecht, Musik: Hanns Eisler, Gesang: Ernst Busch, Großer Chor des Berliner Rundfunks  
Bestell Nr.: 8 60 154 Preis: DM 19,—



## Der Kölner Kommunistenprozeß 1852 Eine Dokumentation von Karl Bittel

Der Kölner Kommunistenprozeß im Jahre 1852, dessen Vorgeschichte und Verlauf hier in anschaulicher Weise dokumentiert wird, war der erste großangelegte Versuch der herrschenden Klassen, die revolutionäre Arbeiterbewegung mittels Polizei- und Justizterrors niederzuwerfen.

Bestell Nr.: 8 65 166 (Stereo) Preis: DM 19,—

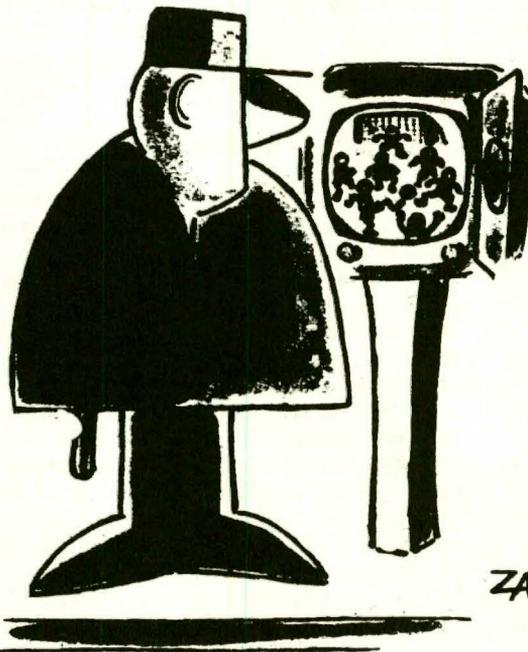
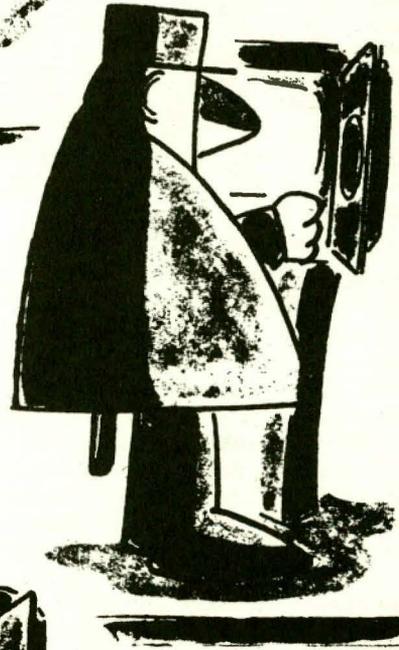
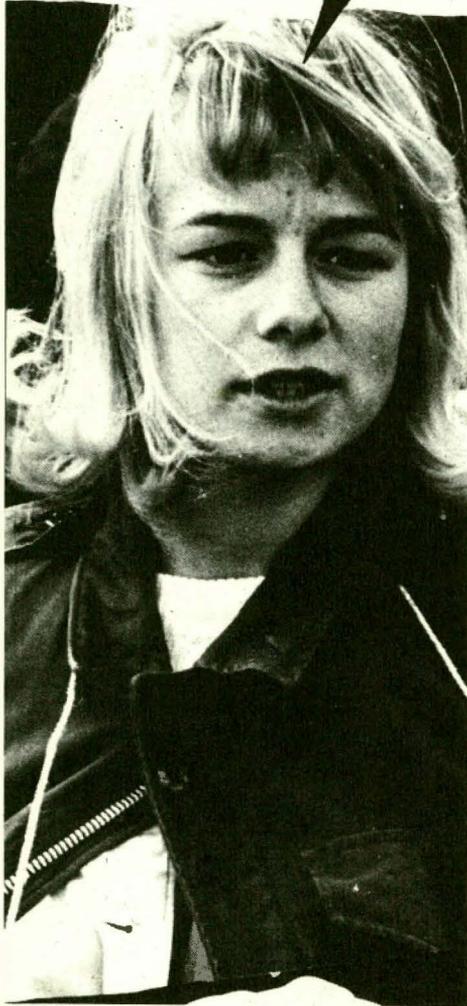
## Die Internationale (Wacht auf, Verdammte dieser Erde)

Bestell Nr.: 4 10 119 Preis: DM 5,—

Bestellungen bitte an:  
Weltkreis-Verlags-GmbH  
Schallplatten  
46 Dortmund, Brüderweg 16

Ich arbeite in  
der Partei mit,  
die für mich  
arbeitet:

**DKP**



Wende Dich, um Mitglied zu werden,  
an die Betriebsgruppen.  
Oder: an die Wohngebietsgruppen.  
Oder: an die Kreisbüros der DKP.  
Oder: an die Büros der Länder und  
Bezirke der  
Deutschen Kommunistischen Partei.

**o.w.**

# Bomben-Stimmung

Peter Wedding



„Die Operation Onkel Tuca-Tupa ist abgeschlossen. Die Genossen haben gute Arbeit geleistet. Dem Feind wurde Sachschaden zugefügt. Wir haben unsere Forderungen in der Öffentlichkeit bekanntgemacht. Alle am Kommando beteiligten Terroristen sind unversehrt in die Basis zurückgekehrt.“

„Die Operation Großer Eimer wurde heute abgeschlossen. Trotz strenger Bewachung des Hauses gelang es dem Kommando, die Aktion durchzuführen. Mit der Technik ging's daneben. Die kriminaltechnische Untersuchungsanstalt ist noch bei der Analyse. Das Ergebnis wird Sender tw erst morgen mitgeteilt.“

„Der geplante Schulbrand heute morgen ist leider frühzeitig entdeckt worden. Die Schülerfront tw wird bei künftigen Aktionsvorbereitungen disziplinierter arbeiten. Ein Sprecher der revolutionären Schüler hat erklärt: „Es gibt in Berlin mindestens so viel Schulen wie Richter und Staatsanwälte. Von rechten Lehrern ganz zu schweigen.“

„Am 31. Jahrestag der faschistischen Kristallnacht wurden in Westberlin mehrere jüdische Mahnmale mit ‚Schalom und Napalm‘ und ‚El Fath‘ beschmiert. Im jüdischen Gemeindehaus wurde eine Brandbombe deponiert. Beide Aktionen sind nicht mehr als rechtsradikale Auswüchse zu diffamieren, sondern sie sind ein entscheidendes Bindeglied internationaler sozialistischer Solidarität. Alle politische Macht kommt aus den Gewehrläufen. Schwarze Ratten TW!“

## „Wildgewordene Kleinbürger“ spielen Revolution

Vorstehende Meldungen wurden der angeblich linken Westberliner Mao-Zei-Tung „883“ (sozusagen der Boulevardausgabe der „Roten Presse Korrespondenz“ von Westberlin) entnommen. In Teilen der APO herrscht seit einiger Zeit ultralinke Bombenstimmung. Und wenn bisher auch die technischen Fehlleistungen die politische Naivität noch überwogen: Die Reaktion will mit diesen Bomben die APO in die Luft sprengen. Wenn jetzt in München beispielsweise ein jüdisches Altersheim brennt, dann ist für ‚Bild‘-Chef Boenisch die Sache klar: „Gestern kämpfte man radikal für Castro und Che Guevara und heute brutal für die El Fatah. Vorgestern brannte ein Zeitungswagen und heute verbrennen Juden in einem Altersheim. Soll das so weitergehen?“ Und damit es so weitergeht, wie Springer will, wird daneben die Balkenüberschrift gesetzt: „JAGT SIE, BIS SIE HINTER SCHLOSS UND RIEGEL SITZEN!“

So entfesselt man Pogrome. Vermeintliche APO-Zeitungen arbeiten mit dem Springer-Haus objektiv Hand in Hand. Bomben-Bastler in Westberlin und München liefern den dringend benötigten Zündstoff für ‚Bild‘. Die schwarzen Ratten sind unter uns.

Während der größte Teil der APO sich über die Konterrevolutionäre empört, bejubelt der ehemalige Kommune-Chef Dieter Kunzelmann die Attentate der „Tupamaros Westberlin“ (tw). Seine in „883“ nachgedruckten Briefe kommen aus seinem angeblichen Exil in Amman, Jordanien, doch er zeigt sich zu schnell und zu gut informiert. Die Polizei und zahlreiche Journalisten, die den Bombenlegern nachrecherchierten, behaupten steif und fest, Kunzelmann halte sich in Westberlin verborgen und dirigiere die „Tupamaros“, die sich nach den Stadtguerillas in Südamerika nennen. In München werden neuerdings die Ex-Kommunarden Ulrich Enzensberger und Fritz Teufel mit Bombenanschlägen in Verbindung gebracht. (In einem TV-Interview mit „Monitor“ machte Teufel dunkle Angaben darüber.)

Egal, ob es stimmt oder nicht: Die Ideologie der Kommune I mußte – wenn man sie folgerichtig weiterdachte – entweder zurück in die Polster des Establishments oder „vorwärts“ in den „Guerillakampf des Großstadtdschungels“ führen. Hin zu den „Kommandos“ Onkel Tuca-Tupa, Großer Eimer, Viva Maria und wie sie sich sonst nennen.

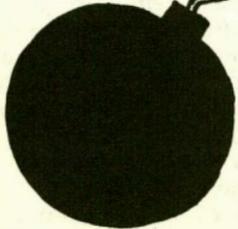
## Am Anfang war Brigitte Bardot

Mit Bomben begann auch die Geschichte dieser Kommune – allerdings mit Bomben auf der Filmleinwand: Louis Malle's Film „Viva Maria“ wurde Anfang 1966 für einige Leute im Sozialistischen Deutschen Studentenbund zur Offenbarung: Brigitte Bardot und Jeanne Moreau machten irgendwo Revolution als kesse Bomben-Weiber. Bernd Rabehl war von dieser Kintopp-Revolution so begeistert, daß er um „Viva Maria“ herum eine ganze SDS-Ideologie aufbaute und sie dann im „Spiegel“ veröffentlichte. Und Ulrich Enzensberger erklärte: „Seit Viva Maria wissen wir, daß Revolution Spaß macht, und zwar einen so ungeheuren Spaß, daß wir das für uns ausnutzen können. Wenn die Leute erst einmal sehen, daß es denen, die Eier auf das Amerika-Haus werfen, Spaß macht, schließen sie sich an. Sie haben dann bei uns gesehen, wie man seine Wut artikulieren kann, wovon sie vorher nichts gehant haben.“ Und: „Selbst wenn es eine durch Rauschgift gelockerte Wut gäbe, müßte man sie einspannen.“

## Opium für die APO

Durch Rauschgift „gelockerte Wut“: Wir kennen das inzwischen. Ein „Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen“ hat heute in Westberlin ebenfalls in „883“ sein Hausorgan. Erst führte dieser „Zentralrat“ eine „Haschkampagne auf marxistisch-leninistischer Grundlage“ (was bedeutet, daß man ohne Mao-Plakette nicht „in“ ist), hauste im letzten Kommune-Hauptquartier in einem Moabiter Fabrikgebäude und bezeichnete sich als „Berlins aktivste Basisgruppe“. Neuerdings berauscht man sich auf gemeinsamen Teach-ins an den „tw“-Nachrichten, die von ominösen Ton-

Wie angeblich Linke  
angefächelt das System  
bekämpfen.  
Und wie Strauß und  
Springer dafür danken.  
Die Reaktion will mit den  
Bomben „linker“  
Abenteurer die  
linke Opposition  
in die Luft  
sprengen.



bändern abgespielt werden und für die westdeutsche Illustrierte vierstellige Summen zählen.

Man nebelt sich ein – und probiert öfter mal was Neues. In letzter Zeit gehen immer mehr „Haschrebellen“ von ihrem „Schiet“ (letzter Jargon-Ausdruck für Haschisch) zum „O“ über. Unter „O“ sind all jene schweren Suchtmittel zu verstehen, die ein „o“ im Namen haben: Heroin, Morphin, Opium. Diese Gifte werden gespritzt: Die Süchtigen, die nach wie vor Wert auf die Anrede „Genosse“ legen, nennen sich ansonsten „Schießer“ oder „Fixer“; sie sind „voll auf der Nadel“. Einer der „Haschrebellen“-Bosse, mit dem wir sprachen (er hört auf den schönen Namen „Hannibal“), behauptet, daß nach Westberlin monatlich 100 Kilo Haschisch und 1 Kilo Heroin eingeführt werden – als Mindestmenge. Der Bedarf steige von Monat zu Monat. Während die Haschisch-Preise in West-Berlin sinken, sind die „O“-Stoffe nach wie vor teuer. Die Süchtigen besorgen sich gelegentlich Geld durch Rauschgift-Kleinhandel oder durch Illustrierten- und Fernseh-Honorare. Die Journalisten finanzieren sie durch ihre Neugier, wie sie einst die Kommune finanziert haben.

„Religion ist Opium fürs Volk“, meinen Marxisten, die im Laufe ihres „Lernprozesses“ noch nicht zum theoretischen Niveau der Haschrebellen vorgestoßen sind. In Wirklichkeit ist es heute anders: Opium, Heroin, Haschisch werden zur Religion gemacht. Die Grundlagen für diesen Kult legten die Kommune und die bürgerliche Öffentlichkeit: Der „Spiegel“ gab sogar genaue Foto-Anweisungen mit „Deutschlands schönster Kommunardin“ Uschi Obermeier, wie man sich fachgerecht einen „Joint“ (ein Hasch-Stäbchen) dreht.

## Von der Kommune I zum Pop-Konzern

Seltsam, daß diese Entwicklung schon aus den ersten theoretischen Papers der noch nicht gegründeten Kommune abzulesen war und nur so wenige es bemerkt haben. Auch andere Tendenzen waren damals schon klar ausgesprochen: „Der SDS muß gespalten werden. Die abgespaltenen Gruppen werden dann... zum Magneten, zum Focus. Über kurz oder lang schließen sich die anderen dann dieser ausgeschlossenen Gruppe an!“ So und nicht anders ist es gekommen.

Die Attraktivität der Kommune beruhte anfangs auf kalkuliert-provozierter Unruhe. Darin liegen auch ihre „historischen“, nicht abzustreitenden Verdienste. Ihre Aktionen waren damals beste Pop-Art – manchmal auch weniger gute: Dadurch, daß Polizei und Justiz stets wie auf Stichwort und immer falsch reagierten, kam eine breite Solidarisierung der intellektuellen Jugend zustande. Die Teufel-Clownen im Gerichtssaal durchbrachen autoritäre Strukturen in unserer Justiz, allerdings nur in Formfragen: Doch mancher Angeklagte nutzt heute davon.

In „Welt“ und „Quick“: dankbar wird die neuste Eskalation des linken Bürgerschrecks aufgegriffen.



Von der Kommune I zur Pop-industrie (WAZ, 17. 12. 69). — und zu den Terroristen (Stern, 14. 12. 69). Ein langer Weg? Oder: getrennt marschieren — vereint die Linke zerstören? Die Grenzen zwischen links und rechts sollen fließend gemacht werden.

Ansonsten wurden politische Fragen zu „Orgasmus-Schwierigkeiten“ degradiert. Es wäre einmal interessant zu untersuchen, inwieweit Kunzelmann mit seinen öffentlich diskutierten Sexual-Nöten den Weg für Oswald Kolle geebnet hat. „Die Kommune ist Voraussetzung zur individuell befriedigenden Praxis.“ Dieser Satz könnte von einem Werbemanager für einen Gruppen-Sexfilm erfunden worden sein. Es geht „um die Organisation der naturwüchsigen Tendenzen der Bedürfnisbefriedigung“, hieß es damals.

Und so heißt es noch heute: Rainer Langhans, der mit seiner barbusigen Uschi in jedem illustrierten Blatt fotogen tändelt, hat die gleiche Formulierung („Organisation der naturwüchsigen Tendenzen der Bedürfnisbefriedigung“) in einem internen Papier gebraucht, mit dem er Geldgeber für einen Pop-Konzern werben will. „Links“-Sein ist zum lohnenden Geschäft geworden: „Wir müssen Pop-Stars werden“, verkündet Langhans heute und müßte doch wissen, daß er noch nie etwas anderes war.

„Popkultur“ ist für ihn eine „erstrebenswerte Existenz, da weitgehend von Repressionen befreit und über alle Möglichkeiten verfügend – millionenfaches feedback durch Fans“.

So arbeiten sie für die angeblich von ihnen bekämpfte Gesellschaft: Langhans, indem er neue Werkstoffe erproben will („Die Industrie wartet geradezu darauf“) oder für die Legalisierung des Hasch-Handels wirbt („Die Zigarettenindustrie ist doch wild darauf, Joints am Fließband zu produzieren“) – seine ehemaligen Mitkommunarden, indem sie sich „millionenfaches feedback durch Fans“ mit Bomben-Publicity sichern. Individuelle Bedürfnisbefriedigung auch dies: Wahrscheinlich will man seine Orgasmus-Schwierigkeiten jetzt durch Bomben-Explosionen ausgleichen. Aber auch da – Ladehemmung.

Als man Mitte November die erste nicht-funktionierende Bombe aus einer ganzen Bombenserie im Westberliner Jüdischen Gemeindehaus fand, distanzierten sich auch die ultralinken Gruppen um die „Rote Presse Korrespondenz“ von dieser Aktion. Der Vorstand des Republikanischen Clubs befand damals, „daß Bomben in der jüdischen Gemeinde und Aktionen gegen die Denkmäler der Opfer des deutschen Faschismus keine geeigneten Mittel“ seien. Der „Berliner Extra-Dienst“ ließ diese laue, halb schon wieder rechtfertigende Haltung nicht kommentarlos durchgehen: „Wie oft gab es schon als links getarnte Aktionen, Flugblätter und Publikationen, die dem Gegner exakt in die Hände arbeiteten. Wehe allerdings, jemand wagte dies laut auszusprechen. Erinnern wir uns an jene RC-Vorstands begründungen zu den Landgerichtsaktionen: ‚Die Identifikation mit dem Stärkeren ist eine aus der Psychologie bekannte individuelle Reaktion.‘ Solche Philosophie hatte man bis da auch nur ganz rechtsaußen vermutet...“ Für uns hört jede – auch die zähneknirschende – Solidarität mit Leuten an dem Punkt auf, wo die Grenzen zwischen der ultralinken Philosophie des Stärkeren und dem Faschismus fließend werden.“

## Robin Hood statt Karl Marx

„Linksfaschismus“ – ein gefährliches Schlagwort gegen alle demokratischen und sozialistischen Kräfte, von der Reaktion als handliche Gleichsetzung von Rot und Braun im Kampf gegen die Opposition gebraucht. In der internen Diskussion der Linken, wo dieser Begriff auch geboren wurde, hat er seine Berechtigung. Der FU-Assistent Wolfgang Fritz Haug, Herausgeber der marxistischen Zeitschrift „Das Argument“ und Faschismus-Experte, schrieb schon im Sommer 1968 über den „linken Faschismus“:

„Auf der Linken notierte der Begriff die verständnislose Überraschung, in eigenen Reihen ideologischen Denkformen zu begegnen, die man im philosophischen Überbau des Faschismus zu finden gewohnt war. Gemeint ist etwa eine sehr starke Be-

tonung der subjektiven Selbsttätigkeit, die Rede vom ‚sich selbst setzenden revolutionären Subjekt‘, ein Moment der Theoriefeindlichkeit bei gleichzeitigem Tatkult, ein Fetischisieren des biologischen Faktums ‚Jugend‘ und anderes von dieser Art. Nicht zuletzt wäre ein linker ‚Antikommunismus‘ zu nennen, der sich ‚antiautoritär‘ und ‚antibürokratisch‘ motiviert, gegen ‚Organisation‘, ‚Leistungsprinzip‘, ‚Arbeitsteilung‘ etc. agitiert und dem als ‚Konsumfaschismus‘ diagnostizierten ‚Bestehenden‘ ein radikal egalitäres distributions-sozialistisches Jetztpathos entgegengesetzt. Dieser Motivkatalog umreißt allerdings nicht ‚linken Faschismus‘, wohl aber die eigene künftige Niederlage. Jedes dieser Motive bezeichnet eine Grenze der Bündnisfähigkeit.“

Ein Motivkatalog, der auffällig zu den Bank-Klischees der „anti-autoritären“ RPK-Richtung gehört – nicht nur zu denen von Kommune-Mitgliedern. Blättert man einmal quer durch die „Rote Presse Korrespondenz“ (RPK), findet man alle früheren Kommune-„Einsichten“ aus berufenem SDS-Munde neu formuliert. So werden Laden- und Warenhaus-Diebstähle, von der Kommune gerichtsnotorisch praktiziert, zu antikapitalistischen Großtaten hochgejubelt. Christian Semmler und Peter Neitzke, Alt-SDSler und nach wie vor anti-autoritäre Autoritäten in Westberlin, formulierten das in der „RPK“ so:

„Massenhafte Aneignung von lebensnotwendigen Gütern... würde einen geschichtlichen Vorgriff gestatten: Das Warenhaus bietet an sich die gesellschaftliche Form für die freie Verteilung der Güter. Darüber hinaus ist ein Akt individueller spontaner Güteraneignung die Idee der kollektiven, geplanten Appropriation der Waren als Moment geschichtlicher Wahrheit vorweggenommen.“

In der „RPK“ las man denn auch einen „antikapitalistischen Erfahrungsbericht“ eines „italienischen Genossen“, der wegen 27 Banküberfällen lebenslänglich im Zuchthaus sitzt. Diese „Kampfstrategie in den Metropolen“ (so die Überschrift) wurde als „Dialektik von schwarzem Terror und Massenaktionen“ gepriesen.

Dazu die SDSler Semmler und Neitzke: „Die Grenzen der symbolischen Aktion, deren Merkmale in der direkten Aktion in doppelter Weise aufgehoben sind, sind bei der geglückten Ausraubung einer Bank oder eines Warenhauses bezeichnet. Der untergründige Haß gegen den Kapitalismus... entläßt sich im Beifall für die erfolgreichen Attacken auf die Zentren des Kapitals.“ So wird das auch für Südamerika umstrittene Konzept der „Tupamaros“, der Stadtguerillas, für westeuropäische Metropolen übernommen: Karl Marx wird durch Robin Hood ersetzt.

### Vom Militanz-Rausch high

Seit man bei der Landgerichtsaktion im November 1968 in Westberlin durch einen massiven Überraschungsangriff zum ersten-

mal die damals darauf nicht vorbereitete und dafür nicht ausgerüstete Polizei für kurze Zeit in Bedrängnis brachte, meint man, „Lehrstücke für die Arbeiter“ liefern zu können und hofft auf die „Identifikation mit dem Stärkeren“. Damals jubelte man, es sei „erfolgreich gelungen, den starren Polizeiparapparat durch die Taktik des Bewegungskrieges zu unterlaufen“.

So spielt man Revolution. Kein Teach-in in der Universität, auf dem nicht irgendein gefeierter „wahrer Revolutionär“ nach Maschinengewehren ruft, kaum ein „linkes“ Papier aus diesen Gruppen, das nicht vom Militanz-Rausch high ist. Und ab und zu wird dieser wortradikale Schwachsinn auch tatradikal wiederholt.

Wer vor einer solchen Entwicklung warnte, wurde sofort als „revisionistisch“ diffamiert. Als im März 1969 in der TU ein Flugblatt verteilt wurde, in dem es von Mollies, Säureflaschen, Knüppeln und Steinen „zum Sprengen der Bullenkettten“ nur so wimmelte („Lang lebe der revolutionäre Kampf!“), riet der „Extra-Dienst“ den anti-autoritären Freunden, „die Differenz zwischen ‚proletarischer Linie‘ und lumpenproletarischem Strich herauszuarbeiten.“ Prompt veröffentlichte der „Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen“ in „883“ die Aufforderung: „In der Kampagne wider den Revisionismus dürfen wir unsere eigenen Revisionisten nicht vergessen; das Motto muß heißen: Zerschlagt den Berliner Extra-Dienst, wo Ihr ihn trifft.“

Der elitäre Zynismus, der diesen Links-Radikalismus prägt, kommt auch dann zum Ausbruch, wenn es internationale Solidarität zu beweisen gilt. Als zahlreiche linke Gruppen in Westberlin zum Moratoriumstag im Dezember vergangenen Jahres zu einer gemeinsamen Demonstration unter dem Motto „Amis raus aus Vietnam – Liquidiert den Vietnamkrieg jetzt“ aufriefen, wurde das in der „Roten Presse Korrespondenz“ als „revisionistische Parole“ diffamiert. Frieden für Vietnam zu fordern, sei „falsch, verlogen und zynisch“: Der „exemplarische Charakter“ des Vietnam-Kriegs lag für die Gruppen um die „RPK“ darin, „daß der US-Imperialismus mit jedem Napalm-Kanister, den er in den vietnamesischen Dschungel schmeißt, seine eigene Niederlage vorantreibt.“ Dadurch würden die alten sozio-ökonomischen Verhältnisse zerstört und neue geschaffen, die die Völker im Kampf gegen den Imperialismus zum Sieg führen.

Logische Schlußfolgerung: Nicht „Frieden für Vietnam“, sondern „Mehr Napalm auf Vietnam“ müßte die „revolutionäre Parole“ lauten. Und so hat man wieder den Anschluß nach rechts gefunden: „Mehr Napalm auf Vietnam“ – das fordern auch, unter anderen Vorzeichen, Rechtsextremisten in aller Welt. Phraseologie von Bombenlegern...

Wie man hört, will der Westberliner Republikanische Club und die „RPK“-Redaktion demnächst in die von der Kommune I geräumte Fabrik in Moabit einziehen: Wirklich nur eine räumliche Nachfolge?



## Monatszeitschrift nachrichten

Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik  
Herausgeber Josef Ledwohn, Heinz Lukrawka, Heinz Seeger  
Einzelpreis 0,75 DM — Abonnement halbjährlich 4,50 DM  
jährlich 9,— DM  
zugänglich Zustellgebühren

## nachrichten

informieren und berichten ständig von allen wichtigen gewerkschaftlichen Veranstaltungen, über aktuelle und grundsätzliche Fragen der Sozial-, Wirtschafts- und Tarifpolitik.

## Marxismus leichtgemacht

mit Lehren aus den Septemberstreiks

Herausgeber Heinz Seeger, Heinz Schäfer

Dezember 1969, 24 Seiten DIN A 4, geheftet mit festem Umschlag 1,50 DM

In der Broschüre wird der Versuch unternommen, die Grundlagen der ökonomischen Lehre von Karl Marx allgemeinverständlich darzulegen. Unter anderem werden die Arbeitswerttheorie, das Wesen des Kapitals, der Arbeitslohn, der Provit und das Monopol erläutert. Zugleich wird die Richtigkeit der marxistischen Lehre anhand der Septemberstreiks 1969 nachgewiesen. Die Broschüre eignet sich auch für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen von Jugendorganisationen, Gewerkschaften und marxistischen Zirkeln.

Nachrichten-Verlags-GmbH, Frankfurt/Main, Friedberger Landstraße 307

# EULENSPIEGEL

VERLAG FÜR SATIRE UND HUMOR

stellt aus seinem Frühjahrsangebot eine Auswahl vor:

## **Ludwig Turek • Die Liebesfalle**

Erzählungen - Illustrationen von Gerhard Bläser  
136 Seiten, Ganzleinen/Schutzumschlag, 5,80 M

Ludwig Turek ist ein urwüchsiger, im besten Sinne volkstümlicher Erzähler. Er ist weit in der Welt herumgekommen. Was ihm in seinem Leben an Spielarten der Liebe begegnete, davon erzählt er in den vorliegenden Geschichten. Wer Spaß hat an ungekünstelter Darstellung und herzhaften Schwänken, wird voll auf seine Kosten kommen.

## **Hansgeorg Stengel • Frühling, Sommer, Herz und Kinder**

Heitere Verse - Illustrationen von Thomas Schleusing  
etwa 96 Seiten, Pappband cellophanisiert, etwa 5,— M

Hansgeorg Stengel verfaßt heitere Lyrik aus dem Alltag und ergötzt sich und seine Leser an waghalsigen Wortspielen. Der Dichter huldigt Miniröcken, Babys auf sonniger Terrasse und Hobbyisten, und er würzt alles mit einem gehörigen Schuß Selbstironie. Ein Bändchen zum Schmunzeln und Nachdenken.

## **Heinz Kahlow • Mit Kleo unterwegs**

256 Seiten, Ganzleinen/Schutzumschlag, 8,40 M

Mit seiner Muse Kleo bereist Heinz Kahlow die DDR. Das weitoffene Rostock, das klassische Weimar, das neuerstandene Potsdam, die pulsierende Messemetropole Leipzig oder die reine Natur Prerow erscheinen dem heiteren Feuilletonisten ebenso betrachtenswert wie andere bekannte Städte und Stätten. Schnurrige Anekdoten und handfeste Fakten werden charmant dargeboten.

## **Wilhelm Busch • Eduards Traum und andere Geschichten**

Herausgegeben von Wolfgang Teichmann - Illustrationen von Wilhelm Busch  
etwa 176 Seiten, Pappband/Schutzumschlag, etwa 6,50 M

Mit diesem Band heiterer Prosa erhält die landläufige Vorstellung vom Bildergeschichten-Busch eine notwendige Ergänzung. Die Prosaschriften, die selten veröffentlicht worden sind, gehören zum Alterswerk des Künstlers und enthalten Züge seines eigenen Lebens.

**EULENSPIEGEL VERLAG - DDR - 108 BERLIN**

# blätter

## Was ist faul in unseren Jugendheimen?

„Nicht nur für Jugendleiter! Seid doch nicht so autoritär!“



Oft fehlt die Mitbestimmung der Jugend / Von Heinrich Mödder

Mit Beat-Musik, Diskussionen und Filmen wollen Jugendpfleger junge Menschen von der Straße und aus Spelunken in Jugendheime locken.

Viele Jugendpfleger sind der Ansicht, in zahlreichen Großstädten des Landes Nordrhein-Westfalen habe sich längst ein „Erfolg“ gezeigt: Die „Heime der Offenen-Tür“ seien ein beliebter Treffpunkt der Jugend. Kann man hier getrost zustimmen? Was wollen diese Häuser? Sind sie auf die Bedürfnisse der jungen Leute eingestellt? Wer sind die Leiter dieser Einrichtungen? Was wollen sie? Werden die investierten Gelder verprast oder kommen den Besuchern zu Gute? All dem kritisch ins Auge gesehen, sieht das Ergebnis zum Beispiel so aus:

Etwa 30 Jugendheime der Offenen oder Teil-Offenen-Tür in Köln stehen Kindern und Jugendlichen zur sinnvollen Freizeitgestaltung zur Verfügung. In Dortmund sind es 20 an der Zahl und etwa gleich soviel in Bielefeld und Aachen. Im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland wird tief in die Tasche gegriffen. Jährlicher Betriebskostenaufwand für die 80 Heime der Offenen-Tür und die 450 Heime der Teil-Offenen-Tür: knapp 8 Millionen DM.

Eine Fülle von Freizeitangeboten – über Skat, Schach, Tischtennis, Judo, Foto, Tanzen oder Diskutieren bis zu Biergesprächen und Kegeln – sollen die jungen Menschen dahin führen, daß sie sinnvoll ihre freie Zeit verbringen. Monatlich oder alle viertel Jahre werden Programmhefte zu hunderten herausgegeben, wo jedem die Möglichkeit gegeben ist, seinen eigenen Interessen nachzukommen. Besucher solcher Einrichtungen kommen aus allen sozialen Schichten. Jedes der Jugendheime hat seinen eigenen Charakter. Entscheidend tragen dazu die Besucher und der Jugendpfleger (Heimleiter) bei. So z.B. im

Jugendheim Niedermühlenkamp in Bielefeld: Eine Hausmitverwaltung, bestehend aus den Besuchern, lauter jungen Leuten und dem Heimleiter, die gemeinsam entscheiden, was im Haus geschieht. Ob es um Programmpunkte oder um das Einrichten eines Clubraumes geht.

Im Bonhoefferhaus in Gelsenkirchen entscheiden ebenfalls die jungen Leute und bringen monatlich eine eigene Hauszeitung heraus, wo Vorschläge, Kritik und sonstiges erscheint.

Genau umgekehrt sieht es im Freizeitheim in Dortmund-West aus. Im Haus der Offenen-Tür, das heute 2 Jahre besteht, werden maßgebende Entscheidungen von oben getroffen. Das Jugendamt und der Heimleiter sind die Mächtigen des Hauses. Das machten sie jetzt deutlich spürbar. Sie waren empört, als Jugendliche in dem Haus einen Partyraum verwüsteten, den sie vor einem Jahr selber ausschmückten.

Was war geschehen?

Bei der Übergabe des Hauses wurde bewußt ein etwa 50 qm großer Raum im unfertigen Zustand gelassen. Dieser sollte im Laufe der Zeit nach den Wünschen der jungen Leute von ihnen selbst unter fachlicher Anleitung geplant und gestaltet werden. Man entschied sich für den Pop-Stil, der derzeit große Mode war. In siebenwöchiger Arbeit entstanden eine große Bar; Wände und Decken wurden mit Elementen, abstrakten Farbkompositionen und Autoteilen gestaltet; eine bunte, intime Deckenbeleuchtung mit Scheinwerfern und Relais sowie ein ausgelegter Teppichboden. Dieser Partyraum wurde von Gruppen für Geburtstags-Feten, Clubzusammenkünfte und Tanzpartys benutzt. Mit der Zeit wurde der Partyraum zu einem großen Treffpunkt nicht nur von Jugendlichen, sondern auch von Erwachsenen, die sich zu

Geselligkeiten hier trafen. Aber die jungen Leute hatten kein Mitspracherecht.

So kam es vor, daß Jugendgruppen nicht in den Partyraum kamen, weil sich Erwachsene dort aufhielten und ihre Tanzabende feierten. So konnte auch ungeniert der Jugendamtsdirektor seine Beförderung begießen. Das ist alles vorbei! Der gemütliche Partyraum existiert nicht mehr. Die angestaute Aggression einzelner junger Leute und Besucher des Hauses entlud sich, nachdem eine Mitarbeiterin des Hauses das Problem der Jugendlichen erkannt hatte und sie ermunterte, doch das zu machen, was sie gerne wollten. Nach zwei Stunden sah der Partyraum wie nach einem Bombenanschlag aus. Das Geschrei des Heimleiters war groß und die Gesichter der Mitarbeiter und des Jugendamtsdirektors (SPD) lang.

Mußte es dazu kommen? Zwei Jahre lang regierte man mit Verboten, „Ordnung und Sauberkeit“; es mußte alles nach der Nase des Heimleiters laufen. Wünsche und Entscheidungen der Jugendlichen werden auf die lange Bank geschoben und „müssen“ erst mit dem Jugendamt besprochen werden. Das Mitspracherecht ist in diesem Hause nicht gewährt. Alle Programmankündigungen und die Ausschmückung bzw. die Ausgestaltung der Räume zu besonderen Anlässen wie Karneval usw. werden von Fachleuten angefertigt, die ein Heidengeld verlangen. Aktivitäten der Jugendlichen werden von dem Heimleiter mit langen, ausführlichen Gesprächen abgefangen. Allgemein ist bekannt, wie hochgestochen und hochgeschwollen seine Reden sind, die den jungen Menschen abschrecken, überhaupt mit ihm Kontakt aufzunehmen. Persönliche Gespräche mit dem Heimleiter enden meistens mit dem Ergebnis: „Der labert so'n Scheiß, da kommt man nicht weiter“. „Selber sagt er, daß er jederzeit bereit ist zum Gespräch, das allerdings für ihn nur einen Sinn hat, wenn er Recht bekommt. Rapide nahm in den letzten Wochen die Zahl der Besucher ab. Waren es früher im Durchschnitt täglich 100 bis 200 junge Leute und an Tanzabenden über 500 zahlende Besucher, so ist davon heute nicht mehr viel übrig geblieben. Nur noch einige Beat-Bands locken Samstagabend

einige Besucher mehr als an den anderen Tagen ins Haus.

In anderen Jugendheimen treten junge Leute als Produzenten für das Haus, als Veranstalter von Tanzabenden auf. Ihnen macht es Spaß, solche Abende durchzuführen.

Der Ruf des Jugendheimes in Dortmund hat viele junge Leute abgeschreckt, hier ihre freie Zeit zu verbringen, weil hier ein Mann befiehlt und über die freie Zeit anderer verfügen will. Wer möchte sich auch schon vorschreiben lassen, was er im Freizeithaus tun soll! Fragt man junge Leute, die früher täglich ein und aus gingen, was sie bewogen hat, das Jugendfreizeithaus nicht mehr aufzusuchen, so kann man als Antwort erhalten:

„Das ist ein reiner Kinder-Puff geworden“, da gehe ich nicht mehr hin. Das Küssen junger Leute in diesem Haus wird nicht gern gesehen. Außerdem wurde trotz aller Hinweise von den Jugendlichen, daß die Preise der Getränke, gegenüber den Preisen in den zahlreichen umliegenden Kneipen zu hoch sind, nichts unternommen, um die

Preise zu senken. Für eine Flasche Bier 0,33 l wird von Montag bis Freitag 0,80 DM erhoben und am Wochenende für die gleiche Flasche 1,- DM. Trotz der vorhandenen schönen Kegelbahn kann es passieren, daß sie mehr von Erwachsenen als von Jugendlichen benutzt wird.

Oft wird von der problematischen Überforderung in dem Haus gesprochen. Das ist auch kein Wunder, wenn neben der Arbeit mit Jugendlichen und Kindern nun auch Erwachsenenarbeit in dem Haus durchgeführt wird. In letzter Zeit nimmt die Erwachsenenarbeit sogar überhand und die Jugendarbeit kommt zu kurz.

Die Heime, in denen Jugendliche ihre Programme selbst gestalten, zeigen, daß den jungen Leuten der Aufenthalt nur dann Spaß macht, wenn sie auch selbst Einfluß auf das Geschehen im Heim haben. Um die Jugendheime attraktiver zu machen, ist also die Mitbestimmung der Jugend über alle die Heime betreffenden Fragen notwendig. Das beweist erneut das hier ausführlich geschilderte Dortmunder Beispiel.

net wurden. „Sie sind eine starke Kraft im Kampf gegen den Rassismus, weil sie nicht mit den Vorbehalten belastet sind wie viele ältere Arbeiter. Sie sind Teil einer radikalisierten Generation, offener für sozialistische Ideen“, erklärte der KP-Generalsekretär.

Über 50 Prozent der Delegierten des Chicagoer Gründungskonvents der marxistisch-leninistischen Young Worker's League waren Jungproletarier. Unter den 62 Abgeordneten von New York City befanden sich junge Textil-, Transport- und Bauarbeiter. Sogar einige hauptamtliche Gewerkschaftsorganisatoren gehörten der Delegation an. Stahlwerker aus Pittsburgh, Vertreter kämpfenden Bergleute Westvirginias, junge Lehrer aus Illinois, Automobilbauer aus Detroit, Chicago und dem Staate New York, Studenten Dutzender Universitäten und Colleges, junge Leute aus der Elektroindustrie von Wisconsin, Warenhausangestellte aus San Francisco – sie alle nahmen am Kongreß teil, der durch Konferenzen in mehr als 30 USA-Bundesstaaten vorbereitet worden war.

Allem Terror zum Trotz waren auch starke Gruppen aus dem Süden nach Chicago gekommen; besonders aus Alabama und Tennessee, dessen junge Avantgarde allein über 30 Delegierte entsandt hatte.

Mehr als die Hälfte der Teilnehmer des Jugendkonvents waren Neger, Puertoricaner und Angehörige anderer unterdrückter Minoritäten. Jarvis Tyner, Mitglied des Nationalkomitees der KP der USA und jetzt Vorsitzender des Exekutivkomitees des „Bundes junger Arbeiter für die Befreiung“, hatte bereits im Zusammenhang mit der Delegiertenwahl nachdrücklich darauf verwiesen, daß die marxistisch-leninistische Jugendorganisation „Teil der nationalen Befreiungsbewegung ist, weil sie die Klassenwurzeln rassistischer und nationaler Unterdrückung aufdeckt“.

Zu begeisternden Höhepunkten des Chicagoer Kongresses, an dem mit Gus Hall und Henry Winston auch die Führer der KP der USA teilnahmen, gestaltete sich die Verlesung der aus aller Welt eingegangenen Grußbotschaften, darunter ein Telegramm der SDAJ der BRD.

Die entscheidende Vorarbeit für die Gründung dieses Bundes hatten die Mitglieder des DuBois-Clubs geleistet. Diese zu Beginn der sechziger Jahre geschaffene lose Vereinigung linkeingestellter Jugendlicher ist jetzt im neuen Arbeiterjugendbund aufgegangen. In Vorbereitung auf den Chicagoer Kongreß hatten populäre junge Kommunisten – unter ihnen der KP-Jugendsekretär und ehemalige Vizepräsidentchaftskandidat Mike Zagerell, der Nationalvorsitzende der DuBois-Clubs, Jarvis Tyner, und Jose Stevens aus New York – ein Organisationskomitee gegründet, um den marxistisch-leninistischen Jugendverband zu

# Sozialistische Arbeiterjugendorganisation der USA gegründet

Aus Chicago berichtet Eldridge R. Jackson (New York)

Als Henry Winston – der in Feindschaft erblindete große amerikanische Arbeiterführer – auf dem XIX. Parteitag der KP der USA über „Voraussetzungen für den Aufbau einer kommunistischen Massenpartei“ referierte, erinnerte er die Delegierten an die Jugendpolitik Karl Liebknechts.

In der politischen Hauptresolution des Parteitages wurden diese Gedanken vertieft und die Forderung erhoben, „eine marxistisch-leninistische Jugendorganisation mit starker brüderlicher Verbundenheit zur Kommunistischen Partei“ zu schaffen, „eine Organisation, mit der die Partei ihre führende Rolle unter der Jugend ausüben“ könne.

Vor wenigen Wochen ist dieser Schritt nun vollzogen worden: In Amerika gibt es wieder einen aktionsfähigen kommunistischen Jugendverband. Nach dreitägiger Diskussion haben die 430 Delegierten des konstituierenden Kongresses am 9. Februar in Chicago die „Young Worker's League for Liberation“ (Bund junger Arbeiter für die Befreiung) ins Leben gerufen.

Nach der Annahme des Statuts und des Programms sowie der Wahl eines 35köpfigen Exekutivkomitees, dessen größere Hälfte aus jungen Produktionsarbeitern be-

steht, erklang im Herzen der alten Proletariermetropole des amerikanischen Mittelwestens – der Stadt des „Haymarket-Prozesses“, in der später Schlachthofarbeiter und Stahlwerker unter Führung Bill Fosters dem Feind grandiose Klassenschlachten lieferten – vielhundertstimmig die Internationale.

## Lebendiger Wall gegen Rechtsextremisten

Fast zu jeder Stunde von den durch Nixons Politik ermunterten Rechtsextremisten physisch bedroht, warfen Amerikas junge Kommunisten die faschistischen Provokateure wieder und wieder aus dem Tagungsgebäude. Einander solidarisch unterhaltend, bildeten Schwarze und Weiße, Puertoricaner und Amerikaner mexikanischer Abstammung in der Geburtsstunde ihres marxistisch-leninistischen Jugendverbandes einen lebendigen Wall des Internationalismus gegen die Feinde der Demokratie und des Fortschritts.

Der Kongreß repräsentierte den besten und progressivsten Teil der amerikanischen Jugend; vor allem aber die jungen Industrieproletarier, die von Gus Hall als „künftige Stoßbrigaden der Arbeiterklasse“ bezeich-

schaffen. Die Mitglieder des Komitees trafen in vielen Städten der Vereinigten Staaten mit interessierten Jugendlichen zusammen, um in freimütiger Aussprache über Ziele und Aufgaben des neuen Verbandes zu beraten. Schon Monate vor dem konstituierenden Konvent war Übereinstimmung darin erzielt worden, einen Bund vor allem der Arbeiterjugend zu formieren, der auch auf junge Menschen anderer sozialer Schichten Anziehungskraft ausübt.

„Die marxistisch-leninistische Jugendorganisation wird auf der Erkenntnis basieren, daß der Arbeiterklasse die entscheidende Rolle bei allen revolutionären Veränderungen im Lande zufällt“, hatte Mike Zagerell hervorgehoben.

**Die Linke hat ein neues unersetzbares Kräfte-reservoir**

Auf einer Zusammenkunft im neueröffneten New-Yorker „Zentrum für marxistische Erziehung“ hatte Henry Winston über die Erfahrungen der amerikanischen kommunistischen Jugendbewegung früherer Jahre gesprochen. Der Vorsitzende der KP der USA – selbst aus der 1922 gebildeten und bei Kriegsende aufgelösten Communist Youth League hervorgegangen – verwies dabei auf die unerläßliche Pflicht der fort-

geschrittenen Arbeiterjugend, jegliches Sektierertum zu vermeiden und sich eng mit nichtproletarischen Schichten der jungen Generation zu verbinden, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen. Eine Forderung, die Jose Stevens – bisher Vorsitzender der New-Yorker DuBois-Clubs und jetzt Mitglied des Exekutivkomitees des neuen Bundes – in die Worte kleidete: „Wir werden für die demokratische Einheit der Jugend eintreten. Wir werden diejenigen, die gegen den Krieg sind, für den Kampf gegen den Rassismus zu gewinnen suchen. Wir werden dafür wirken, die ihre nationale Befreiung verfechtende Negerjugend auch gegen den Krieg zu mobilisieren. Wir werden bestrebt sein, die Studenten mit den Kämpfen der Arbeiterklasse zu verbinden und die Arbeiterjugend wiederum zur Unterstützung der Studenten zu bewegen. In diesem Prozeß werden wir für die Legitimität und führende Rolle unserer Organisation streiten.“

Ziehen wir eine erste Bilanz: Was sich bereits vor dem Chikagoer Konvent abzeichnete, kann heute als Tatsache gelten: Amerikas Linke hat ein neues unersetzbares Kräfte-reservoir erhalten, das deren Aktionsfähigkeit in den großen Klassenschlachten gegen Kriegspolitik, Ausbeutung und Rassenwahn erheblich erweitern kann.

## Informationen

### DBJR schrieb an FDJ

Der Deutsche Bundesjugendring hat durch seinen Vorsitzenden, Dr. Wolfgang Reifenberg (Kath. Jugend), den Ersten Sekretär des Zentralrates der FDJ, Dr. Günther Jahn, in die Bundesrepublik zu einem Gespräch eingeladen. Dabei soll, so heißt es in dem Schreiben des DBJR, die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zwischen DBJR und FDJ erörtert werden.

### WBDJ an der Seite der arabischen Völker

Der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ, Sitz Budapest) hat alle seine Mitglieder und befreundeten Organisationen aufgerufen, ihren Kampf gegen den US-Imperialismus und die israelischen Aggressoren im Nahen Osten zu verstärken. Der WBDJ fordert die bedingungslose Durchführung der UNO-Resolution vom 22. 11. 67, die den sofortigen Rückzug der israelischen Truppen von den arabischen Territorien vorsieht.

### Mehr Jugendliche in der IG Chemie

Die Zahl der jugendlichen Mitglieder der IG Chemie, Papier, Keramik stieg um fast 25 Prozent. Dieses Ergebnis führt die Gewerkschaft auf ihre Aufklärungs- und Jugendarbeit während des abgelaufenen Jahres zurück, wie die „Gewerkschaftspost“ berichtet. Insgesamt gesehen wuchs die Mitgliederzahl der Jugendlichen unter 21 Jahren in der IG Chemie auf über 42000. Von 662 gewählten Jugendvertretern in den Betrieben seien 572 in der Gewerkschaft organisiert.

### DGB zum Bundesjugendplan

Mit Besorgnis hat der DGB Äußerungen der Deutschen Sportjugend in der Presse und persönliche Äußerungen von Kabinettsmitgliedern und Parlamentariern zur Kenntnis genommen, die den Regierungsentwurf zum 21. Bundesjugendplan zugunsten der Deutschen Sportjugend und zu Lasten der anderen Jugendverbände verändert sehen möchten.

Der DGB hat keine Bedenken, wenn die Sportjugend und die Aktivitäten der anderen Jugendverbände auf dem Gebiete des Sports stärker als bisher gefördert

werden. Schärfsten Protest erhebt er jedoch gegen jede Absicht, dies zu Lasten der Mittel zu tun, die den Jugendverbänden für Jugendbildungsarbeit, politische Bildung, internationale Begegnungen und Leitungs- und Führungsaufgaben gewährt werden. Der DGB ist vielmehr der Auffassung, daß die Bundesregierung entsprechend ihrer Regierungserklärung gerade die Jugendaktivitäten im verstärkten Umfang fördern sollte, die der politischen Bildung dienen. In diesem Zusammenhang kommt der Förderung der arbeitenden Jugend, die in der Vergangenheit leider vernachlässigt wurde, besondere Bedeutung zu. Diese Stellungnahme ist in einem Brief enthalten, den der DGB-Vorsitzende Vetter an die zuständigen Ministerien und an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen gerichtet hat. In gleichem Sinne äußerten sich bei einem Parlamentarischen Abend des Deutschen Bundesjugendringes in Bonn Franz Woschek, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, und Walter Haas, Bundes-Jugendsekretär des DGB. Der DGB erkennt, wie Woschek anführte, voll die gesellschaftliche Bedeutung des Sports, gerade für den jungen Arbeitnehmer. Er hat sich seit je für jede mögliche Förderung des Sports ausgesprochen. Die Mittel dafür müßten zusätzlich bereitgestellt werden. Sprecher der Fraktionen der SPD und CDU/CSU versicherten, daß sie sich im Sinne der Vorschläge des DGB und des Deutschen Bundesjugendringes einsetzen werden.

### Naturfreundejugend gegen Tränengas

Gegen die Anwendung von Tränengas und anderer Reizstoffe zur Herstellung oder Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hat sich die Naturfreundejugend Deutschlands ausgesprochen. In Briefen an die Bundesregierung und die Landtagsfraktionen der SPD und FDP hat die Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend aufgefordert, sicherzustellen, daß die Anwendung aller chemischen, bakteriologischen und biologischen Mittel (Tränengas und anderer Reizstoffe) bei jeder Art auch innerstaatlicher Auseinandersetzung verboten wird, so daß eine Anwendung dieser Mittel auch nicht zur Herstellung oder Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zulässig ist.

In ihrem Brief bezieht sich die Naturfreundejugend auf die von dem UN-Generalsekretär U Thant wiederholt vorgetragene Sorge, daß chemische Wirkstoffe

mit wachsender Tendenz zur Kontrolle von Volksaufläufen benutzt werden.

### Europa-Konferenz der Jugend

Eine europäische Sicherheitskonferenz der Jugend des Kontinents wollen die Jugendverbände der Parteien der finnischen Regierungskoalition noch im Laufe dieses Jahres nach Finnland einberufen. Sie verfolgen damit die Absicht, die Initiative der finnischen Regierung für die Durchführung einer gesamt-europäischen Sicherheitskonferenz in Helsinki zu unterstützen.

### Schüler wollen kostenlos fahren

Die Einführung des Nulltarifs bei allen öffentlichen Verkehrsmitteln forderte das Hamburger Schülerparlament (HSP) in seiner letzten Sitzung für Schüler, Studenten und Lehrlinge. Diese Forderung soll durch gezielte Kampagnen und Aktionen der Schüler unterstrichen werden.

### Austritt aus Hamburger Jugendring

In der Vollversammlung des Hamburger Jugendringes haben die Delegierten der Gewerkschaftsjugend, der Beamtenbundjugend und der DAG-Jugend ihren Austritt aus der Dachorganisation der Jugendverbände erklärt. Die drei Verbände werfen dem Jugendring mangelnde Beweglichkeit vor. Sie wollen gemeinsam ein politisches Aktionszentrum bilden. Auch die evangelische Jugend erwägt ihren Austritt.

## Termine

- 4. April 1970  
Solidaritätsveranstaltung für den Kampf des spanischen Volkes gegen die Franco-Diktatur, Essen, Saalbau (Es sprechen deutsche und spanische Antifaschisten)
- 25. 26. April 1970  
Bundestag des Deutschen Sportbundes (DSB), Mainz
- 30. April 1970  
Zentrale Mai-Veranstaltung der DGB-Gewerkschaftsjugend, Hamburg, Audi-Max, Thema: „Leere Lehre – volle Taschen der Unternehmer“
- 30. April 1970  
Zentrale Jugendveranstaltung der IG Metall zum 1. Mai, Köln (Sartory-Säle)
- 30. April – 3. Mai 1970  
Kongreß der Jungen Christlichen Arbeitnehmer (CAJ), Mainz
- 1. – 10. Mai 1970  
Offizielle Delegation der SDAJ besucht auf Einladung des Jugendverbandes ZMS Polen
- 2. – 5. Mai 1970  
Tage des antifaschistischen Films. Veranstalter: Präsidium der VVN, Frankfurt, Cantate-Saal.
- 7. Mai 1970  
Festveranstaltung der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes in Bad Godesberg (Redoute) aus Anlaß des 20. Jahrestages der Befreiung vom Nazismus.
- 8. Mai 1970  
Fahrt der IG-Metall-Jugend Hamburg und Hannover zum ehem. KZ Bergen-Belsen.
- 9. Mai 1970  
Mitbestimmungskonferenz der SDAJ Niedersachsen, Hannover, Freizeitheim Linden
- 9. – 10. Mai 1970  
10. Arbeiterjugendkonferenz der DDR, der Bundesrepublik und Westberlins, Erfurt
- 27. – 31. Mai 1970  
Jugendfunktionärskonferenz der Gewerkschaft ÖTV, Recklinghausen
- 28. Mai 1970  
Jubiläumsveranstaltung zum 75jährigen Bestehen der Naturfreunde-Bewegung, Stuttgart
- 26. – 28. Juni 1970  
Lenin-Kongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend, Hamburg
- 11. Juli – 2. September 1970  
Jugendcamps der IG Druck und Papier am Plattensee/Ungran

25. Juli — 15. August 1970  
250 Mitglieder der SDAJ fahren auf Einladung des Komsomol in die Sowjetunion

25. Juli — 15. August 1970  
Delegationen der SDAJ reisen auf Einladung der dortigen Jugendverbände nach Bulgarien und Ungarn

1. September 1970  
Antikriegstag

2. November 1970  
Volksentscheid in Bremen über die Herabsetzung des Wahlalters

22. November 1970  
Landtagswahl in Bayern

4. — 6. Dezember 1970  
Europäischer Jugenddelegiertenkongress, Veranstalter: Europäischer Jugendrat (CENYC) und Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK), in dem die Verbände des Bundesjugendringes und des Ringes Politischer Jugend zusammengeschlossen sind. Themen: „Emanzipation der jungen Generation in Europa“ und „Gründung eines Europäischen Jugendwerkes“. Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme hält das Hauptreferat; Bundespräsident Heinemann ist Schirmherr. Eingeladen werden die Jugendverbände aus Ost- und Westeuropa, mit Ausnahme Griechenlands, Spaniens und Portugals.

(Weitere Termine siehe elan Nr. 3/70)

## Jugendpresseschau

Zur Herabsetzung des Wahlalters in den Bundesländern nehmen die jugendpolitischen Mitarbeiter verschiedener Zeitungen Stellung. So heißt es in

### Metall

Mit 62 Prozent Ja-Stimmen bewiesen die Hessen in einem Volksentscheid, daß sie Vertrauen zur Jugend haben. Damit ist im achten Bundesland das Wahl-

alter auf 18, die Wählbarkeit auf 21 Jahre herabgesetzt. In Bayern, Rheinland-Pfalz und Bremen, aber auch auf Bundesebene sollte diese Entscheidung bald folgen.

Alle demokratischen Parteien halten die Jungen für mündig — allein die NPD mißtraut ihnen. Bedenklich ist, daß offenbar ein Großteil älterer Wähler, besonders in CDU-Hochburgen mit Nein stimmten.

(17. 3. 70)

Die bayerische Regionalausgabe der Sozialistischen Volkszeitung

### Unsere Zeit

weist auf die Machenschaften der CSU hin, die das Ziel verfehlt, die Jugend zur nächsten Landtagswahl noch nicht zuzulassen:

Wie aus dem Landtag verlautet, soll nach dem Volksentscheid im Mai oder Juni das Gesetz über die Wahlalterherabsetzung erst am 1. Oktober in Kraft treten. Es wäre dann nicht mehr möglich, die Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl ordnungsgemäß durchzuführen, da ja auch die Wählbarkeitsgrenze durch den Volksentscheid herabgesetzt werden soll. Die CSU spricht von einem zu großen Geld- und Zeitaufwand.

(19. 3. 70)

Besondere Probleme gibt es auch in Bremen. Ein Beitrag in der bremischen UZ-Ausgabe geht auf die gesamte Problematik ein:

Am 2. November 1970 werden die Wahlberechtigten unseres Landes in einem Volksentscheid über die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts von 21 auf 18 und des passiven Wahlrechts von 25 auf 21 Jahre entscheiden. Aber: Erst dann, wenn mindestens 50 Prozent aller wahlberechtigten Bremer Bürger zur Urne gehen, und wenn sich von diesen 50 Prozent wiederum die Mehrheit für die Herabsetzung des Wahlalters ausspricht, wird die Jugend mit 18 wählen und mit 21 gewählt werden können.

Den Mitgliedern des Nichtständigen Ausschusses „Wahlalter“ der Bremer Bürgerschaft kam denn auch in ihrer Sitzung vom 6. März die Erkenntnis, daß „eine Art Wahlkampf“ geführt werden müßte, um eine genügende Beteiligung am Volksentscheid sicherzustellen. Alle Parteien, Organisationen, Verbände und Institutionen, die für eine Herabsetzung des Wahlalters eintreten, müßten „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ zur Mobilisierung der Bremer Bevölkerung beitragen.

Die wenig eindrucksvolle Beteiligung an der Volksabstimmung im Lande Hessen am 8. März zeigt in der Tat, wie notwendig eine breit angelegte Aufklärung über die Frage des Wahlalters ist. Nur 40,3 Prozent aller Wahlberechtigten gingen in Hessen zur

Urne. Würden sich im Lande Bremen auch nur 40,3 Prozent am Volksentscheid beteiligen, so wäre damit die Herabsetzung des Wahlalters unmöglich geworden.

Von einer „Mobilisierung“ der Bürger durch die im hessischen Landtag vertretenen Parteien war so gut wie nichts zu spüren. In Hessen waren es nur die Deutsche Kommunistische Partei und die Jugendverbände, die sich mit Flugblatt- und Aufklärungsaktionen in Wohngebieten und vor Betrieben aktiv an der Vorbereitung der Volksabstimmung beteiligten. Für die etablierten Parteien war die Abstimmung offensichtlich nur ein formaler Akt und kein Politikum. Wird es in Bremen anders sein?

(19. 3. 1970)

Mit der reaktionären Hetze des Franz-Josef Strauß und mit der Weigerung auch der neuen Bundesregierung, die NPD zu verbieten, beschäftigt sich Christian Götz (HBV-Bundesjugendsekretär) in der DGB-Jugendillustrieren

### Aufwärts

Unsere — auf Grund der Aussagen von vielen SPD-Politikern während des Wahlkampfes — durchaus berechtigten Hoffnungen, eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung würde beim Bundesverfassungsgericht unverzüglich einen Antrag auf Verbot der NPD stellen, haben sich leider nicht erfüllt. Am 12. Januar erklärte Innenminister Genscher gegenüber dem Bundestag, die neue Bundesregierung plane „unter den gegebenen Umständen“ keinen solchen Schritt. Das soll erst dann geschehen, „wenn unmittelbar eine Gefahr für den Bestand der freiheitlichen demokratischen Grundordnung droht“. Unsere jüngere Vergangenheit lehrt, daß es dann für einen Verbotsantrag schon viel zu spät wäre. Das sollte auch die Bundesregierung, über deren Haltung zum NPD-Verbot die Gewerkschaftsjugend tief enttäuscht ist, eigentlich wissen.

Franz-Josef Strauß und sein Bayernkurier sind als Vertreter der „legalen Rechten“ heute fast noch gefährlicher als die NPD. Anständigkeit und demokratische Gesinnung waren noch nie die stärksten Seiten des CSU-Vorsitzenden. Seit dem Regierungswechsel in Bonn und dem damit verbundenen Verlust des Ministeramtes, den er einfach nicht verwinden kann, hat er jede Kontrolle über sich und seine politischen Äußerungen verloren. Strauß strebt jetzt ganz offen eine politische Position an, die sich in keiner Weise mehr von der NPD unterscheidet. Das beweisen seine Reden und Interviews aus den letzten Monaten. Wer meint, hier würde in der Kritik überzogen, möge einmal einige Wochen regelmäßig den von Strauß herausgegebenen Bayernkurier lesen.

(3)

## Es gibt viele Möglichkeiten gegen Springer zu kämpfen!

Der Aufruf zum elan-Wettbewerb hat gezündet. Nach Erscheinen unserer März-Ausgabe erreichten uns unzählige Testbogen, Briefe mit Anregungen — und vor allem Bestellungen.

Am 15. 3. führte ein elan-Leserkreis in Dortmund mit über 50 Neubestellungen, gefolgt von der SDAJ-Gruppe Köln mit 34 Ex. und Münchener Freunden mit 16 Ex. Das kann sich aber schnell ändern. Der Wettbewerb geht weiter! Benutzt nebenstehenden Bestellschein! Sendet die Testbogen aus 3/70 ein!!!

### Bestellschein

An die  
Weltkreis-Verlags-GmbH.  
46 Dortmund  
Brüderweg 16

Ich bestelle ab \_\_\_\_\_ bis auf Widerruf, jedoch mindestens für ein Jahr, das Magazin für junge Leute „elan“ (Jahresabonnement einschl. Zustellgebühr DM 13,—)\*

Ich bestelle ab \_\_\_\_\_ bis auf Widerruf, \_\_\_\_\_ Exemplare des „elan“, mindestens jedoch 3 Stück, zum Weiterverkauf (Preis DM 0,70 je Exemplar)\*

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

Alter: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Name und Wohnort des Werbers: \_\_\_\_\_

\*) Nichtzutreffendes bitte streichen.

# Magazin

## Eine Woche der Vietnam-Solidarität

*Die Bundesrepublik stand vom 13. bis zum 22. 3. im Zeichen vielfältiger Aktionen*

*Von Rudolf Schultz, Kampagne für Demokratie und Abrüstung*

Zahlreiche Städte der Bundesrepublik waren in der Woche vom 13. bis 22. März 1970 Schauplatz von Aktionen der Vietnamkriegsopposition. In Übereinstimmung mit den amerikanischen Vietnamkriegsgegnern und der Stockholmer Vietnamkonferenz hatte die Initiative Internationale Vietnam-Solidarität zur aktiven Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk aufgerufen. Die Aktionswoche stand unter den folgenden Losungen:

- Bedingungsloser Abzug der amerikanischen Truppen und ihrer Alliierten aus Südvietnam!
  - Einwirken der Bundesrepublik auf die USA, die Aggression in Vietnam einzustellen!
  - Anerkennung der Demokratischen Republik Vietnam durch die Bundesregierung!
  - Unterstützung des 10-Punkte-Programms der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams!
- In vielen Orten wurden neue Vietnamkomitees gebildet, in denen Organisationen unterschiedlicher politischer Konzeptionen zusammenarbeiteten und weiter zusammenarbeiten wollen. Aus der Reihe der

vielfältigsten Aktivitäten seien hier einige Beispiele herausgegriffen:

In Nürnberg begann die Aktionswoche am 16. 3. mit einer Kundgebung in der Meistersingerhalle. Am Dienstag folgte eine öffentliche Diskussionsveranstaltung im Anschluß an die Vorführung von Vietnamfilmen. Am Mittwoch veranstaltete das Nürnberger Vietnamkomitee in Zusammenarbeit mit dem Jugendzentrum ein politisches Abendseminar über den Vietnamkrieg, am 19. stand eine Informationsveranstaltung unter dem Thema „Vietnam und die Dritte Welt“ auf dem Programm. Am Freitag, dem 20. März, fand eine weitere Kundgebung statt, auf der Vertreter der amerikanischen Vietnamkriegsopposition sprachen. Gemeinsam mit der evangelischen Berufsschul- und Industriejugend wurde am 21./22. März ein jugendpolitisches Bildungsseminar über Vietnam veranstaltet. Gleichzeitig waren überall in der Stadt Informationsstände aufgebaut. In Haus- und Straßensammlungen wurden Spenden, Medikamente und medizinische Ausrüstungen im Werte von rund 24 000,— DM gesammelt. Die Sammlungen zur materiellen Hilfeleistung werden auch in den nächsten Tagen noch fortgesetzt. In weiteren nordbayrischen Städten fanden öffentliche Diskussionsveranstaltungen statt, unter anderem in Schweinfurt, Aschaffenburg, Amberg und Sulzbach-Rosenberg.

Initiiert von der SJD — Die Falken und den Jungsozialisten des Bezirks Ostwestfalen-Lippe wurde in Bielefeld eine Kundgebung mit anschließender Demonstration und Filmveranstaltung durchgeführt. In Bielefeld und weiteren Städten wurden vor Betrieben und Schulen Flugblätter verteilt. In München fanden täglich Informations- und Diskussionsveranstaltungen statt, die ihren Abschluß in einer Demonstration durch München am 21. 3. fanden. — Öffentliche Kundgebungen wurden in Mannheim und Heidelberg veranstaltet. —

Für die Opfer von Son My wurde in Saarbrücken vor dem Amerikahaus ein Kranz niedergelegt, zu Informations- und Agitationsveranstaltungen kam es in zahlreichen Städten des Saarlandes. — In Hamburg wurde außer zahlreichen Diskussions- und Informationsveranstaltungen eine Blutspendenaktion gestartet, aus deren Erlös dem Roten Kreuz der DRV ein Ambulanzwagen im Werte von DM 40 000,— zur

Verfügung gestellt werden soll. Im Rhein-Ruhr-Gebiet lag der Schwerpunkt der Solidaritätswoche auf örtlicher Ebene. Örtliche Vietnamkomitees führten Diskussions- und Filmveranstaltungen, Fotoausstellungen und Straßensammlungen durch. Regionale Abschlußkundgebungen fanden am 21. März in Köln und Essen statt. Die Aktionen dieser Woche haben deutlich gemacht, daß politisch effektive Arbeit im



**elan-Redakteur in Vietnam!** Auf Einladung des Verbandes der Werktätigen Jugend „Ho Chi Minh“ ist am 13. März eine Delegation der SDAJ eingetroffen. Der Delegation, die vierzehn Tage Nordvietnam durchreist, gehört auch elan-Redakteur Hans-Jörg Hennecke (rechts, mit dem Rücken zur Kamera) an. Die Delegation wird geleitet vom SDAJ-Bundesvorsitzenden Rolf Priemer (3. von links), ihr gehören ferner Vera Stiller (München) (1. von links) und Jens Flegel (Hamburg) an. Unser Funkbild zeigt die Delegation bei einem Empfang, den der 1. Sekretär des Zentralkomitees des vietnamesischen Jugendverbandes, Vu Quang (2. v. l.), in Hanoi zu Ehren der Gäste gab.

Bei einer Pressekonferenz unmittelbar vor Abflug der Delegation aus Düsseldorf hatte der SDAJ-Bundesvorstand der Öffentlichkeit einen Briefwechsel mit dem Bundeskanzleramt übergeben. Willy Brandt war von der SDAJ zu einem Jugendforum eingeladen worden, um seine Haltung zum Vietnamkrieg kennenzulernen. Das Bundeskanzleramt wies auf Termenschwierigkeiten hin, die es Willy Brandt unmöglich machten, zur Jugend zu sprechen. In dem von Dr. Sahm unterschriebenen Brief wird die Darstellung der SDAJ als unzutreffend abgelehnt, die Bundesregierung leiste moralische und finanzielle Hilfe für den Vietnamkrieg der USA. Demgegenüber wies die SDAJ in einem Antwortbrief auf die Weigerung der Regierung hin, gegen die US-Massaker zu protestieren und FNL-Vertreter in die Bundesrepublik einreisen zu lassen. Bonns „Entwicklungshilfe“ für das Saigoner Marionettenregime und seine Devisenhilfe für die USA verlängerten die Leiden des vietnamesischen Volkes. Bundeskanzler Brandt wurde erneut eingeladen, auf einem Jugendforum in Essen seine Haltung zum Vietnamkrieg zu erläutern. „Ein geeigneter Termin wäre der 15. April, der in der ganzen Welt als Kampftag für die Beendigung der amerikanischen Aggression begangen wird,“ erklärte die SDAJ.

Rahmen der Vietnamkomitees geleistet werden kann. Es ist bedeutsam, daß in der dringenden Frage des Kampfes gegen den US-Aggressionskrieg in Vietnam eine derartige Zusammenarbeit verwirklicht werden kann. An die weitere Arbeit sind zwei Anforderungen zu stellen:

1. Die Organisation einer ständigen Kampagne auf allen Ebenen muß weitergeführt und intensiviert werden. Die Möglichkeit ähnlicher Aktionsmodelle für den Kampf gegen die Rüstungspolitik und für eine Politik der europäischen Si-

cherheit sollte jetzt diskutiert werden.

2. In Sachen Vietnampolitik muß diese Bundesregierung durch die weitestgehende Zusammenarbeit aller Vietnamkriegsgegner quer durch alle Organisationen und Gruppierungen gezwungen werden, ihre nach wie vor praktizierte Unterstützung der US-Aggressoren und ihrer Lakaien in Saigon aufzugeben. Dazu gehört es auch, daß die Vietnamkriegsopposition endlich die Einreise der vietnamesischen Diplomaten der Pariser Vietnamkonferenz erkämpft, denen die Bundesregierung wiederholt die Visa verweigert hat. ■

## Strauß und seine Freunde

Die Rechte bläst zum Sammeln

Von Wolfgang Bartels

Der Freundeskreis Himmler ist aus der unrühmlichen Geschichte des „Dutzendjährigen Reiches“ bekannt. Über den mächtigen industriellen Freundeskreis Strauß informierte eran seine Leser im November 1969. Am 14. März 1970 gründete sich nun in Bonn ganz offiziell ein Bundesverband der „Freundeskreise der CSU“. „Freundeskreis“ — ist der Name eine zufällige Parallele oder verbirgt sich dahinter mehr? Tatsache ist, daß der CSU-Vorsitzende Strauß nach der Bundestagswahl von der nazistischen „National-Zeitung“ als „Mann der Zukunft“ gefeiert wurde. Im Parteiblatt der NPD gar heißt es, Strauß sei der Mann, „der in der Stunde des politischen Wandels all diejenigen um sich scharen will, die ein starkes Deutschland wollen, die der Ausverkaufs- und Verzichtspolitik des Willy Brandt den Kampf ansagen. Viele sehen ihn als den rechten Oppositionsführer, wenn nicht gar als den Kanzlerkandidaten von 1973, der die Unionsparteien wieder an die Futtermühle der Macht führt und dann als Deutschlands starker Mann

gemeinsam mit allen nationalen Kräften das neue und größere Deutschland schafft.“

(„Deutsche Nachrichten“ 9. 1. 70).

Strauß und Thadden in trauer Gemeinschaft! Und um eine gemeinsame Front aller Deutschen zu bilden, die sich nicht unterwerfen wollen“ (DN 9. 1. 1970), bliesen die Rechten zum Sammeln. In allen Bundesländern schossen, wie auf ein Zeichen, die „Freundeskreise der CSU“ aus dem Boden. Mit nationalistischen Hetzparolen traten sie an die Öffentlichkeit: die neue SPD/FDP-Regierung sei ein „nationales Unglück“, das einen „nationalen Notstand“ hervorgerufen habe. Wer wundert sich, wenn die bayrische Landtagsfraktion der NPD sich gar erkühnte, Innenminister Genscher aufzufordern, ein Verbotverfahren gegen die SPD einzuleiten.

Noch hält sich Strauß zurück. Er gibt sich gegenüber den Freundeskreisen distanziert. Doch schon im Sommer 1968 hatte er gesagt: „Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind.“ Und wahrlich, in seinen Freundeskreisen findet man die reaktionärsten Kräfte: Als Vorsitzender des hessischen Freundeskreises, dessen Gründungsversammlung das „deutsche Volk“ aufrief, „mit uns Front zu machen gegen Verzichtsscham und Anerkennungshysterie“, fungiert Jürgen von Sychowski, bekannt als Autor in Revanchistenblättern. Er bekannte sich ausdrücklich: „Ich stehe zu der Tieräußerung von Strauß.“ Er ist auch „nicht gegen die unschuldigen Mitglieder“ der NPD, deren Mitarbeit

im Freundeskreis ohne weiteres möglich ist.

Straußens Vorkämpfer in Westberlin ist Branimir Jelic, ein enger Mitarbeiter der kroatischen „Ustascha“-Faschisten, die einst gegen Juden und die serbischen Minderheiten marschiert sind, nachdem Hitler Jugoslawien besetzt hatte. 600 000 Serben und tausende Juden fielen der „Ustascha“ zum Opfer.

Ein nordrhein-westfälischer Sprecher der Freundeskreise sagte noch offener, daß sich Gruppierungen, die der rechtsradikalen NPD nahestehen, „in den Freundeskreisen ansiedeln könnten“.

In Hamburg ist ein gewisser Jürgen Rieger, aktiv beim Nationaldemokratischen Hochschulbund und bei der NPD, besonders rührig — nicht nur beim Freundeskreis. Auf bestimmten Gebieten scheint er ein Experte zu sein. Titel eines von ihm verfaßten Pamphlets: „Rasse, ein Problem auch für uns“.

**Wollen Sie, daß Hamburg slawisch wird?**  
**Wußten Sie,**  
 daß der polnische Professor Wojciechowski Schlewig-Holstein als „urpolnisches Gebiet“ bezeichnete, daß der katholische Bischof von Lübeck, Kierpacz, 1966 das Skizzenwerk als heilige und verpflichtende Vision vor Augen stellte und davon sprach, daß die Slawen von den russischen Steppen bis zum Rhein hierher zu bewirtschaften dieser Erde“ waren, daß die amerikanischen Exiljuden sich seit 1963 für einen polnischen „Ellenbogenstaat“ (der Schlewig-Holstein und Hamburg umfassen soll) einsetzten?

**Der polnische Vornamereplan:**

Zone 1: bis 1930 gefordert  
 Zone 2: vor und während des 2. Weltkrieges angedacht und 1945 erreicht  
 Zone 3: („Ellenbogenstaat“ mit Hamburg und Lauenburg) mit Berlin/Univ.-verweisungsprofessor Sychowski, Zeitung die freien Polen seit 1963

**Warum fordern die Polen ein polnisches Hamburg?** Weil 23 Jahre, nachdem sie 1/3 Deutschlands geraubt, 2 Millionen deutsche Frauen, Gatten u. Kinder ermordet und 7 Millionen Deutsche vertrieben haben, viele deutsche Politiker sich damit abfinden und sogar dieses Unrecht anerkennen wollen. Die Polen sagen sich: Wenn die Deutschen so schnell wegräumen und verschwinden, dann können wir ihnen ja noch mehr wegnehmen, und noch mehr vertreiben und noch mehr ermorden. Das Verbrechen der Brandt-Regierung erweist die Polen zu weiteren Eroberungen.

**Wenn Sie kein slawisches Hamburg wollen, dann wählen Sie nicht die Bonner Verzichtsparteien!**

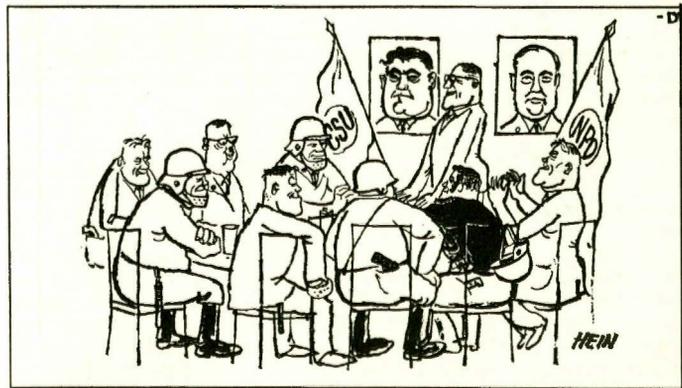
Veröffentlicht: 1968, 11. Ausgabe, 11. Hamburg 10, Lübeck 1

Ein Flugblatt des CSU-Freundes Rieger. Gegen den Autor hat die Hamburger Demokratische Aktion einen Strafantrag wegen Völkerverhetzung und Kriechschetze gestellt.

Der Vorsitzende der Bundesvereinigung der Freundeskreise schließlich ist kein geringerer als Professor Dr. Berthold Rubin. Er hat sich besonders hervorgetan als Gründer der rechtsextremistischen „Aktion Oder/Neiße“ (AKON). 1962 machte er sich mit Hammer und Meißel an der Berliner Mauer zu schaffen. Bald darauf sprang er mit einem Fallschirm über Schottland ab, um für die Freilassung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß aus dem Kriegsverbrecher-Gefängnis in Spandau zu demonstrieren. Während eines Sit-ins von Studenten raste er in seinem Auto mit Vollgas gegen die Tür der Kölner Universität. Und was meint Strauß zu all seinen Freunden?: „Es ist wahr, daß man mir jetzt viel Sympathie entgegenbringt, das ist ein Prozeß der Willensbildung.“ Wie sagt sinngemäß ein altes Sprichwort? Zeige mir deine Freunde und ich sage dir, wer du bist. ■



Professor Dr. Berthold Rubin



„Parteiangehörigen, ich beantrage, unsere Ortsgruppe zum Freundeskreis der CSU zu erklären!“

## Arbeiter und Kunst

*Ein Kokereiarbeiter liest eigene Gedichte für junge Arbeiter*

Von Horst Dieter Gölzenleuchter

Immer mehr Organisationen der Arbeiterbewegung gehen dazu über, die Bevölkerung der BRD durch Agitprop-sänger, politisch engagierte Lyriker und Grafiker mit Informationen über die Gesellschaft zu konfrontieren. Die Proletenpresse (siehe elan 10/69) veranstaltete z. B. mit der Landesleitung der Naturfreundejugend Westfalens

Agitpropabende in Lüdenscheid und Münster. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend in Wanne-Eickel lud vor kurzem den Arbeiterschriftsteller Richard Limpert in ihr Zentrum (Wanne-Eickel, Hermannstraße 7) ein. Limpert, einer der ersten Preisträger beim Reportagewettbewerb, der von einem Teil der Dortmunder Gruppe 6r und voll und ganz von den Werkkreisen organisiert wurde, befolgte diese Einladung nicht ungerne. Seine Texte sind nicht dazu geeignet, der Bourgeoisie den Tag zu versüßen. Sie setzen sich konkret mit der politischen Situation in der BRD auseinander. Seine Prosa zerstört die Illusion vom Wirtschaftswunderland Bundesrepublik, beweist, daß der 8-Stunden-Tag noch lange nicht verwirklicht ist, beweist, daß das Wirtschaftswunder zum großen Teil auf Ratenzahlung, Überstunden und Mit-



Richard Limpert

arbeit der Frau basiert; beweist auch, daß es allein deshalb mit der vielgepriesenen persönlichen Freiheit bei uns nicht weit her sein kann. Lyrische Texte Limperts rufen zur Solidarität im Kampf gegen eine auch jetzt noch drohende Rechtsentwicklung in der BRD auf. Er warnt davor, faschistische Tendenzen zu unterschätzen.

Die anwesenden Jugendlichen waren von Limperts verständlicher Sprache überrascht, begeistert darüber, daß er sich so kompromißlos für die sozialen Rechte der Arbeiter und für sozialistischen Fortschritt einsetzt. Die Tatsache, daß ein Kokereiarbeiter anspruchsvolle Literatur schaffen kann, bestärkt die Jugendlichen in ihrem Klassenbewußtsein; widerspricht den Unkenrufen bürgerlicher Kritik, die behaupten, daß die Arbeiterklasse keine kulturellen Werte hervorbringen kann. Die jungen Wanne-Eickeler Genossen sind der Meinung, daß solche Agitprop-Veranstaltungen nicht nur so nebenbei alle paar Monate gemacht werden sollten, sondern, um wirksam zu werden, regelmäßig wiederholt werden müssen. Sie planen darum innerhalb ihres Zentrums eine kleine Galerie einzurichten, in der fortschrittliche Malerei, Grafik und Literatur zur Wirksamkeit verholten werden soll: ■



### Die Arbeiterschriftsteller der Bundesrepublik wollen zusammenarbeiten.

Am 7. 3. 70 wurde in Köln der „Werkkreis 70“ (vorläufiger Name) gegründet. Der „Werkkreis 70“ ist ein Zusammenschluß von „Werkkreisen für Literatur der Arbeiterwelt“, die schon seit eineinhalb Jahren in der Bundesrepublik existieren. Die Werkkreise sind Gruppen von Arbeitern und Angestellten, die in örtlichen Werkstätten mit Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern zusammenarbeiten. Ihre Aufgabe ist die Darstellung der Situation abhängig Arbeitender, vornehmlich mit sprachlichen Mitteln. Auf diese Weise versuchen die Werkkreise, die menschlichen und materiell-technischen Probleme der Arbeitswelt als gesellschaftliche bewußt zu machen. Sie wollen dazu beitragen, die gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der Arbeitenden zu verändern. In dieser Zielsetzung wollen die Werkkreise ihre Arbeit mit dem Bestreben aller Gruppen und Kräfte verbinden, die für die demokratische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse tätig sind. Die Werkkreise halten eine entsprechende Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften als den größten Organisationen der Arbeitenden für notwendig.

## Rot ist der Mai

*Junge Arbeiter wollen den 1. Mai als Kampftag begehen*

Von Werner Maletz

„Die Geschlossenheit der Arbeiterschaft zerschlug den Putsch“, heißt es im Organ der IG Druck und Papier zur Erinnerung an den Generalstreik von 1920 gegen den Putsch der Kapp und Lüttwitz, die die junge Republik meucheln wollten. Zahllos waren im März die Artikel über die einheitlich handelnde Arbeiterklasse von 1920. Aber nur wenige Gewerkschaftszeitungen veröffentlichten auch die Erkenntnis der „Druck und Papier“ über die Frage, warum die Arbeiterbewegung nach jenem Generalstreik so viele Niederlagen hinnehmen mußte: „Weil die Arbeiterschaft uneins war und mit ihrem Erfolg nichts anzufangen wußte, geriet sie endgültig in die De-

tensive, fand sich der Sieger auf der Verliererstraße wieder.“

Die Aktionseinheit der Arbeiterschaft ist also die Lehre der Geschichte, die es heute zu beherzigen gilt. Wieder wird der 1. Mai vorbereitet. Wird es ein Tag der Aktion — und der Einheit? Noch sind die großen Streikkämpfe nicht vergessen, die die Arbeiter in ihrem Bewußtsein von der Lage ihrer Klasse in der Ausbeuterordnung stärkten. In der Arbeiterjugend haben sich die Erfahrungen aus dem Kampf um eine bessere Berufsausbildung und um Mitbestimmung ausgewirkt. Junge Arbeiter, Gewerkschafter sind es heute, die den 1. Mai wieder zum Kampftag der Arbeiter machen wollen.

So hat z. B. die DGB-Jugend in Hamburg zum Vorabend des 1. Mai zur zentralen Kundgebung der Gewerkschaftsjugend eingeladen. „Leere Lehre, volle Taschen — die Situation in der Berufsausbildung“ heißt das Thema. Franz Woschesch vom DGB-Bundesvorstand wird sprechen. Dieter Süverkrüp, Dietrich Kittner und die Hamburger Songgruppe wollen ihn agitatorisch unterstützen. Ebenfalls zum 1. Mai wird es gewerkschaftliche Veranstaltungen in Köln und Göttingen

geben: In Kölns Sartory-Sälen veranstaltet die IG-Metall-Jugend am 30. April ihre zentrale Mai-Kundgebung. In Göttingen findet am 1. Mai ein Jugendforum zur Frage der Mitbestimmung statt.

Die SDAJ plant Jugendforen, Diskussionen und Tanz in den Mai u. a. in München, Nürnberg und Dortmund.

Nach wie vor gilt als Erfolgsrezept für die Arbeiterklasse: gemeinsames Handeln. Wie vor genau 50 Jahren! Damals kämpften Gewerkschafter, So-

zialdemokraten und Kommunisten gegen Kapp und Lüttwitz und verteidigten gemeinsam mit Erfolg die in der Novemberrevolution erkämpften demokratischen Rechte.

Auf einem Grab in Pelkum, wo 83 zu jener Zeit von der Reichswehr erschossene Arbeiter begraben liegen, steht ein Stein mit der Inschrift: „Möge die Erde, in der ihr ruht, ganz eine freie werden.“ Es liegt an uns allen — nur an uns — dieses Vermächtnis zu erfüllen. ■

## Es stand im elan...

... daß Springers „BILD“ im Rahmen seiner Kampagne „gegen Ungerechtigkeit, Herzlosigkeit und Gleichgültigkeit“ die US-Aggression gegen das vietnamesische Volk ignoriert (elan 3/70 — „Bild ist Ihre Waffe!“) Leser Helmut Weinand erhielt jetzt eine Antwort auf seinen Brief zum Vietnam-Krieg. BILD-Redakteur U. Zachow: „Wir bitten Sie daher um Ihr Verständnis dafür, daß wir natürlich nicht immer wieder (!) über die gleichen Fälle von Ungerechtigkeit und Gleichgültigkeit berichten können.“ Aber: „Wir werden auch weiterhin über die interessantesten und erschütterndsten Fälle berichten...“ My Lai war wohl nicht erschütternd genug für die BILD-Kampagne 70.

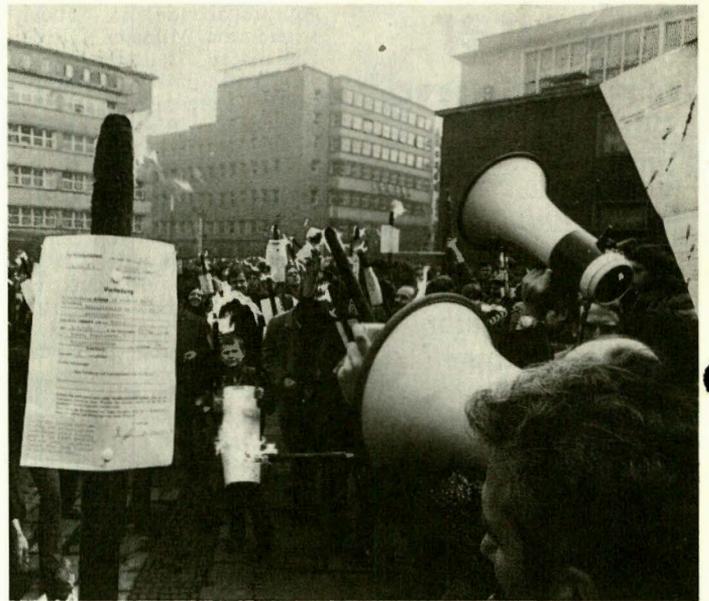
... die Political-Fiction über Springers Aktivitäten im Jahre 1977 (elan 3/70) — Als Springer und Strauß Willy Brandt stürzten. Das „Zusatzgerät, das zu einem Netzsystem gehört“ (elan) und „ähnlich den Telefonleitungen“ (elan) TV-Programme serviert, gibt es bereits. Wie die „Frankfurter Rundschau“ am 26. 2. 70 berichtete, will die Firma „Deutsche Kabelvision Berlin“ (Unternehmer: Wilhelm W. Sontag, Manager einer TV-Filmagentur namens „German Television News“, die höchstwahrscheinlich von Markenartikelfirmen bezahlt wird) Testsendungen in einem Westberliner Hochhaus für 500 Anschlüsse starten. Bundesminister Leber, der auch Chef der Bundespost ist, will jetzt die rechtliche Zuständigkeit dieses kaschierten Privat-Fernsehens prüfen lassen.

... daß zum 8. Mai 1970, dem 25. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation von Nazideutschland, zahlreiche Aktionen geplant sind (elan 3/70). Die VVN will aus diesem Anlaß in mehre-

ren Städten öffentliche Kundgebungen mit internationalen Referenten durchführen, so in Hannover (11. 4.), Hamburg (6. 5.), Bremen (8. 5.), München (8. 5.), Düsseldorf (9. 5.), Augsburg (9. 5.) und Nürnberg (9. 5.). Eine zentrale Kundgebung der VVN findet am 7. Mai in Bad Godesberg statt. Die SDAJ will alle diese Veranstaltungen unterstützen.

Das Präsidium der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes (VVN) hat zum 8. Mai die Forderung erhoben, diesen Tag zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Dafür solle der 17. Juni („nur zu dem Zweck geschaffen, die Gegensätze zwischen den beiden deutschen Staaten hochzuspielen und zu verschärfen“) als gesetzlicher Feiertag abgeschafft werden.

... daß ein Antrag der SDAJ, als Anschlußverband in den Bundesjugendring aufgenommen zu werden, abgelehnt wurde (elan 1-2/1970). Jetzt hat der Landesjugendring des Saarlandes als erster die Aufnahme der SDAJ vollzogen, ohne Gegenstimmen bei 10 Enthaltungen. Am 27. Mai 1970 wird sich auch eine Vollversammlung des Bundesjugendringes erneut mit einem Aufnahmeantrag der SDAJ beschäftigen.



**Vorladungen, Strafbescheide, Anklageschriften gingen in Flammen auf.** Auf dem Essener Kennedyplatz haben am 14. März Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter Schreiben der Politischen Polizei, der Gerichte und der Staatsanwaltschaften dem Feuer überantwortet — öffentlich. Sie werden unter anderem der „Volksverhetzung“, des „Aufruhrs“ und der „Teilnahme an verbotenen Veranstaltungen“ beschuldigt. In Wahrheit beteiligten sich die Beschuldigten an Protesten gegen das Auftreten der neonazistischen NPD. Bisher ist bekannt, daß gegen 470 Demokraten eine Polizei- und Justizkampagne eingeleitet worden ist, die tatsächliche Zahl wird auf über 1000 geschätzt. Ebenso wurden Journalisten, die in Ausübung ihrer Informationspflicht über die Auftritte der NPD berichteten, unter Anklage gestellt.

## Witz des Monats

*Frau Schnick und Frau Schnack im Treppenhaus.*

„Guten Tag, Frau Schnack. Sagen Sie, ist dieser junge Mann auch bei Ihnen gewesen? So ein netter, sauberer anständiger Mensch. So hübsch, gepflegt und wohl-erzogen. Wenn unsere ganze Jugend so wäre, so höflich, offen und ehrlich!“

„Haben Sie denn nicht die Zeitung gelesen, die er verteilte? Der war von der DKP!“

„Was ist denn das?“  
„Die Kommunisten.“

„Nein, so was. Die scheuen aber auch vor nichts zurück.“

(Eingesandt von Agnes Hüfner, Hamburg. — Jeder veröffentlichte Witz wird mit 10.— DM prämiert.)

**Aufgepaßt, liebe Leser!**  
Bitte vormerken: 31. 5. 1970. Das ist nämlich der letzte Tag, an dem Ihr kostenlos ein Polit-Poster des Jugendmagazins elan erhalten könnt.

Ihr könnt wählen zwischen Lenin, Ho Chi Minh, Mikis Theodorakis und Ernst Thälmann.

**Einzige Voraussetzung:** Zahlkarte, Postanweisung oder Bankscheck ausfüllen und die Abonnementskosten des elan bis einschl. Dezember 1970 bezahlen. Zur Erinnerung: Jahresabonnement incl. Zustellgebühr DM 13,—. Bitte gebt Euren Poster-Wunsch an! Diese Regelung gilt ab sofort. Wer zuerst einzahlt, hat zuerst sein Poster.  
Verlag und Redaktion elan

# Haschisch ist top!

...gt sich für wen?

Mannschaftswagen der Polizei rasen um 17.30 Uhr durch die Frankfurter Innenstadt. Ziel? „Na, ja, da demonstrieren sicher wieder die Studenten gegen irgendwas.“ Wenige Straßen vor dem Ziel erlischt das Blaulicht, und eingegliedert in den fließenden Verkehr gelingt es dann den Beamten der Bereitschaftspolizei, in der Bockenheimer Anlage „eine große Zahl herumstehender, süßliche Zigaretten rauchender — man kann wohl sagen — Hippies festzunehmen.“ Der „Coup“ der Polizei liefert wieder so an die 100 Zellen für die Lokalseiten der Zeitungen: „... bei einem jungen Mann (24) wurden mehrere Gramm Haschisch gefunden; da er ohne festen Wohnsitz ist, wurde er vorläufig festgehalten.“ Sicher kam der Tip aus der wachsamen Bevölkerung, denkt der unbefangene Leser.

Die zufälligen Zeugen dieses Polizeieinsatzes sahen jedoch mitten unter den Haschern jene jungen Männer in auffälliger „Ostermarschkleidung“ — made by Po Po (Politische Polizei) — die auf Vietnamdemonstrationen so eifrige Fotografen sind.

Schon lange munkelte man in der Königsteiner Straße in Frankfurt-Höchst, daß in diesem und jenem Haus „wilde Orgien“ gefeiert werden, „man sprach sogar von Rauschgift“. An einem jener ruhigen Freitagabende, die Straßen waren schon fast leergefegt, rollte aus der Frankfurter Innenstadt der Großeinsatz an: Mannschaftswagen, Spürhunde, Beamte des Rauschgiftdezernates (da will doch wohl niemand behaupten, er hätte auch Beamte der Popos gesehen?) bewaffnet mit Riechschneidern, daß ihnen auch nichts entgehe! Zunächst wird das Haus von allen Seiten sorgsam angestrahlt, sodann werden die Spürhunde kurz genommen, die Hausdurchsuchungsbefehle bereit gehalten und dann wird durchsucht. Beute: einige Ampullen, chemische Grundstoffe zur Herstellung von LSD, eine kaum nennenswerte Menge Haschisch und eine Anzahl medizinischer Geräte, die entweder aus Apothekeneinbrüchen stammen oder aus den benachbarten Farbwerken Hoechst AG. Einige Bewohner des Hauses, „das einen verkommenen Eindruck macht“, werden vorübergehend festgenommen. Unter den Festgenommenen befindet sich auch eine Gruppe von linken Lehrlingen der Farbwerke, die gerade „bei intensiver marxistischer Schulungsarbeit überrascht wurden“. Guten Fang gemacht, allerdings ein bißchen zu spät, die Abendausgabe der „Frankfurter Rundschau“ ist schon weg, es wäre eine zu schöne Schlagzeile gewesen... Das Rhein-Main-Gebiet gilt bei den Rauschgiftdezernaten als einer der größten Umschlagplätze für Drogen aller Art. „Die Bedingungen sind günstig“, erklärte kürzlich ein Sprecher der Polizei, „die stationierten US-Soldaten, Frankfurt als Messestadt, der Flughafen, hoher Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung usw. usf.“

Apropos Frankfurter Flughafen: zwar überstürzten sich die Meldungen über kleinere Verhaftungen in Sachen Rauschgift, zwar werden hier und da mal ein paar hundert Gramm Haschisch, das in der letzten Zeit zunehmend Kenner behaupten fast nur noch, mit Opium gemischt ist, beschlagnahmt. Jedoch all jene, die das Kraut billig im Ausland erstanden haben, flugs mal in Frankfurt Zwischenstation machen und es hier für DM 500,— bis DM 2000,— pro kg an die sogenannten „dealer“ (Händler) verkaufen, von jenen steht so selten etwas in den Zeilen der geschäftstüchtigen Reporter. Denn nicht nur der Preis für ein Gramm Haschisch ist in den letzten Monaten gestiegen, nein, auch der „Piavboy“ weiß über „Bewusstseinsweiterungen“ im „Jet Set“ zu berichten. (Für alle, die nicht wissen, wer unter dem Begriff „Jet Set“ beherbergt ist: das ist jene Schicht der faulenden Bourgeoisie, die „heute zwischen den Brennpunkten des internationalen Weltgeschehens pendelt, zwischen Saint Tropez, Acapulco und wegen der Jahreszeit St. Moritz.“ Also genau die, die nach der Veränderung der Machtverhältnisse das verdienen, was sie verdienen.) Aber uns interessiert weniger der Playboy, der einen kleinen „joint“ nimmt, um sein Bewußtsein zu erweitern.

## Freie Marktwirtschaft für Rauschgift

Gemäß der allgemeinen Preisentwicklung in der Bundesrepublik ist auch der Preis für ein Gramm Haschisch enorm gestiegen, denn „die Gesetze der freien Marktwirtschaft gelten auch für den Rauschgifthandel.“ (Ruhr-Nachrichten v. 22. 11. 69). Noch vor wenigen Monaten kostete das Gramm Haschisch DM 1,80, zur Zeit wird es für DM 5,00 gehandelt. Da die soziale Marktwirtschaft den Rauschgifthandel nicht so sehr durch Werbung begünstigt — wengleich die bürgerliche Presse viel Reklame dafür macht —, mußten die großen Händler, die übrigens zum überwiegenden Teil Rauschgift verabscheuen, zu anderen Mitteln der Markterschließung greifen. „Der



Leiter des Jugendamtes der Stadt Frankfurt, Faller, Dr. Wanke von der Nervenklinik und der Leiter der Fachstelle für Suchtkrankenhilfe, Jost, glauben, daß die Händler Opium und Heroin unter das Hanfkraut mischen, um sich einen Markt von süchtigen Heroin-Abnehmern zu sichern. Die in Frankfurt in letzter Zeit erstmals aufgetauchten großen Mengen Heroin stützen diese Theorie.“ (Frankfurter Rundschau v. 19. 9. 1969)

## Das Geschäft floriert

Die Kilo-Skala beschlagnahmter Haschischmengen stieg rapide. Es wurden beschlagnahmt:

1960	1,2 kg	Haschisch
1966	135	kg Haschisch
1967	167	kg Haschisch
1968	381	kg Haschisch
1969	1560	kg Haschisch, bis zum 31. 10. 69

Die Zollner der Bayrischen Grenzpolizei und des Hamburger Zollamtes sind inzwischen in einen edlen Wettstreit getreten. Frage: Wer hält den Beschlagnahmerekord? Letzte Meldung: den Bayern gelang in einer der letzten Woche der bisher größte Coup in der Bundesrepublik.

Aber es ist nicht nur von der quantitativen Veränderung des Rauschgiftkonsums in der Bundesrepublik zu berichten. Der Oberarzt der Psychiatrischen Klinik des Hamburger Universitätskrankenhauses, Prof. Dr. Burckhard berichtet: „Ich kann den neuen Schüler-Sport ‚Hasch-Rauchen‘ schon seit drei Jahren verfolgen.“ Selbst die letzte „Stern“-Umfrage berichtet von Schülern als überwiegend unter den Hasch-Rauchern: „In den Großstädten der Bundesrepublik hat jeder zweite Oberschüler über 15 Jahre schon Haschisch probiert. Und 20 Prozent dieser Schüler rauchen das Gift regelmäßig.“ Das Bundeskriminalamt veröffentlichte für das Jahr 1968 1891 aufgeklärte Fälle von Verstößen gegen das Rauschgiftgesetz. Der Chef des Westberliner Rauschgift-Dezernates, Oberkommissar Heinz Schulz dazu: „Das sind lächerliche Zahlen.“

# H

Hosch  
druckt von DIN A 6  
bis DIN A 1  
Bücher, Broschüren,  
Prospekte,  
Kataloge, Briefbogen,  
Preislisten,  
Drucksachen aller  
Art

# S

**HOSCH GmbH**  
6 Frankfurt am Main  
Heddernheimer  
Landstraße 78 a

# H

# Hasch ist top!

Wir rechnen — vorsichtig geschätzt mit einer 25mal so hohen Dunkelziffer.“ (Stern Nr. 31/1969)

Mit der quantitativen Veränderung des Hasch-Konsums hat sich die „Qualität“ der Drogen verändert. Neben dem Gemisch von Haschisch und Heroin oder Opium gelten derzeit als häufigste „joint“-Materialien: Heroin, LSD, Morphin und das zu den „Weckaminen“ zählende Captagon und das Halluzinogen Meskalin, die rezeptpflichtig in den Apotheken zu erhalten sind.

### Vom Hasch zu anderen Drogen

Monatelang füllte ein mehr oder weniger medizinischer Streit die Spalten der bürgerlichen Presse, nämlich der Streit um die Frage ob Haschisch oder Mariuhana nun süchtig machen oder nicht. Eines gilt bisher als sicher: Mariuhana und Haschisch sind nicht vergleichbar mit Heroin oder Opium in ihrer Wirkung auf den Organismus. Während das eingespritzte Heroin leicht süchtig macht, erreicht Haschisch „lediglich“ ein „habit-forming“, d. h. es schafft eine Gewohnheit, die gleichzeitig den Weg für stärkere Drogen öffnet. Auch im „habit-forming“ liegt keine Zwangsläufigkeit, ob jemand zu einer stärkeren Droge greift, hängt letztlich wesentlich von seiner psychischen Situation ab.

Seit einiger Zeit allerdings häufen sich die Berichte und Erzählungen von „spritzen“ Rauschgiftkonsumenten. In den USA stehen täglich neue Berichte über Todesopfer des Heroins in den Zeitungen; bekanntestes Beispiel, das das Gewissen der „freien Welt aufrüttelte“: der erst zwölfjährige Walter Vandermeer. Wie in den USA scheint auch bei uns Heroin den Hasch immer mehr vom Markt zu verdrängen. Die wesentlichsten Angaben zu drei der zur Zeit gebräuchlichsten Rauschmitteln: siehe Kasten.

Die starke Abhängigkeit von Heroin, der hohe Kaufpreis und die schwierigere Einnahme führten zu den seltsamsten Erscheinungen, Ausbrüchen und Konsequenzen. So wird zum Beispiel von stark Süchtigen berichtet, sie seien so weit, daß sie Vitamintabletten in Wasser auflösen und sich damit spritzen, „weil es sonst so entsetzlich weh tut.“ Gleichzeitig spritzen sie weiter Heroin oder Morphin.

Vor einigen Monaten wollte ein Mädchen, daß sich gerade auf der „Reise“ befand, einmal feststellen, wie es ist, wenn man tot ist. Leider konnte sie ihre reichlich geschöpften Erfahrungen niemandem mehr kundtun.

### Gefahr für die linke Opposition

Wir haben in der Nummer 1/2-70 des elan („Rauschgift und Klassenkampf“) bereits festgestellt, daß das ganze Problem nicht „moralisch“ gelöst werden kann, sondern seine Wurzeln zutiefst in dieser Gesellschaftsordnung zu suchen sind. Wir haben weiterhin behauptet, daß es auf diesem Weg ein leichtes für die Polizei sei, die demokratische und sozialistische Bewegung zu kriminalisieren. Die angeführten Beispiele dürften zeigen, für wen Hasch eigentlich top ist. Und wenn wir uns daraufhin einmal die Ergüsse des Springer-Konzerns anschauen, müßte allen Linken in der Bundesrepublik klar werden, wie und gegen wen sich letztendlich die „Kampagne für unsere Jugend“ (wessen Jugend?) richtet. „Haschisch und Mord, Hippie-Kult ist am Ende“, „... die menschenfresserischen Manifeste und Deklarationen verschiedener revolutionärer Kreise sind keineswegs bloße Literatur, bloßer Surrealismus, wie verschiedene Gutachter unermüdlich behaupten, sie sind im Gegenteil so ernst wie möglich meint.“ (Welt vom 6. 12. 1969, Seite 2)

„Um ‚high‘ zu werden, sind sie bereit, so gut wie alles auszuprobieren. Sie sind blind gegenüber der Gefahr und taub gegen alle Warnungen. Sie tun, als hätten sie nichts zu verlieren. Sie gebrauchen zur Rechtfertigung gefährlicher Praktiken ‚philosophische‘ Ausreden. Ein Teenager sagte: ‚Unsere Generation weiß, daß nur der falsche Finger den Knopf zu berühren braucht, und schon fliegt unsere ganze Welt in die Luft. Wir leben für das Heute, weil es ein Morgen vielleicht nie geben wird.‘“ (Bild am Sonntag v. 13. 2. 1970) Hier schaffen also jene, die verantwortlich sind für die Entstehung und Ausbreitung des Rauschgiftkonsums, gleichzeitig eine aktive Masse gegen alles, was „herumphilosophiert“, zu den Außenseitern gehört, zur Minderheit gezählt wird, Ausländer ist, kritisiert, an dieser Gesellschaftsordnung herumkrüttelt.

### Hasch macht so schön unpolitisch

Die herrschende Klasse in der Bundesrepublik sieht nur allzu gerne eine Bohemisierung eines Teils der linken Bewegung, denn mit dem Verweigern, mit der Reprivatisierung mit dem Boheme, der noch Reste von Nonkonformismus repräsentiert, entpolitisiert sich dieser Teil der Bewegung selbst. Nicht zu Unrecht fragt Klaus Rainer Röhl in der Nummer 5 der „konkret“: „Wird es eines Tages nicht mehr nötig sein, Tränengas gegen linke Demonstranten zu verschießen? Kommt der Haschisch-Werfer aus der Polizeisprühkanone?“

Sicher ist, daß wir mit vielen ehemals Linken, inzwischen zum niveaulosen Boheme Abgesackten, nicht mehr rechnen können, sicher ist auch, daß wir eine klare Abgrenzung einmal gegen jene finden müssen, deren einzige politische Betätigung darin besteht, „sich automatisch durch den Hasch-Konsum in Gegensatz zum System“ zu bringen. Zum ändern können und dürfen wir nicht in den Tenor der bürgerlichen Presse einstimmen und moralistisch und verurteilend, ohne die gesellschaftlichen Hintergründe zu erkennen und beim Namen zu nennen, über jene herfallen, die die Dekadenz und den Zerfall der Kultur des Kapitalismus signalisieren.

Erinnern wir uns, was Hascher am Haschisch angeblich so mögen: es macht ruhig. Ja brauchen wir denn Ruhe? Wer braucht denn Ruhe? Für wen denn Ruhe?

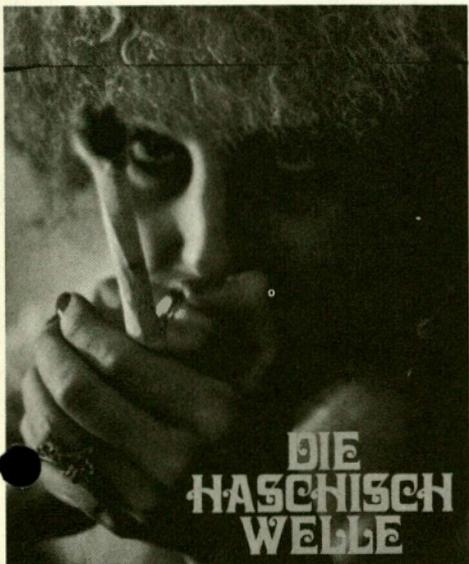
Es schafft Heiterkeit ohne jeden Grund. Die Gründe für Heiterkeit scheinen knapp zu werden. Es schafft Ausgeglichenheit gegenüber der Umwelt. Welcher Umwelt?

Marcella Heiseler-Knippling

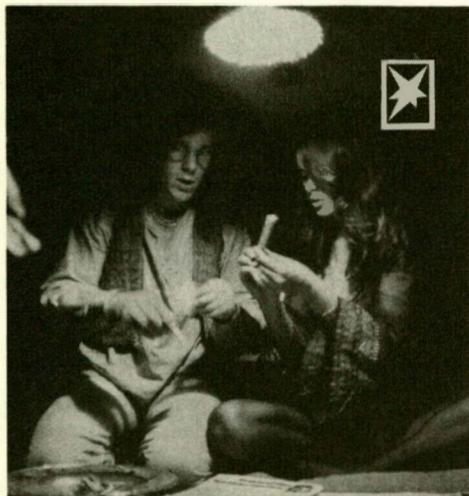
„Haschisch — Brot in der Not!“ Mit solchen Losungen probten 850 Polizeischüler in Göppingen die Bekämpfung von Demonstranten. Der Bevölkerung soll das Bild der verkommenen linken Gammier suggeriert werden.



Razzia in der Staatsuniversität von Ohio. Beschlagnahmt werden Mariuhana — aber auch Marx-Bände.



Hasch ist top — und sie machen kostenloses Reklame dafür: Nannens „Stern“ und Augsteins „Spiegel“, während die Springer-Presse Besorgnis heuchelt. Die Polizei kann zureifen, kann es aber auch unterlassen...



## Art und Wirkungsweise von Drogen

### Halluzinogene

**Name in der Umgangssprache:**  
LSD, Acid

**Bestandteile und Herstellung bzw. Herkunft:**  
LSD ist eine Ableitung der Lysergsäure-Diäthylamid. Mescaline ist eine chemisch gewonnene Substanz des Peyote-Kaktus. Psilocybin ist synthetisch hergestellt von mexikanischen Pilzen.

**Einnahmeformen**  
In Tablettenform, Kapseln, Ampullen oder auf gesättigten Zuckerstückchen.

**Erstwirkung:**  
Alle Mittel erzeugen Halluzinationen, Erheiterung oder Depressionen, sie können zu plötzlichen Sinnesänderungen führen, zu psychopathischen Ausbrüchen mit selbstmörderischen und mörderischen Tendenzen.

**Wirkungen bei dauernder Einnahme**  
Bei dauernder Einnahme unterzieht sich der Einzelne einem völligen Wechsel oder Wandel seiner Persönlichkeit. Die Sinneswahrnehmungen wechseln, er sieht Gerüche, hört Farben, er versucht zu fliegen, oder ihn ständig umkreisende Insekten zu töten. Seine Handlungen werden nicht rational steuerbar.

**Gefahren**  
Nur eine geringe Menge des LSD kann stundenlange „Reisen“ bieten oder psychische Episoden bieten, die Monate nach der Injektion sich wiederholen können. Die Frage, ob es dauernde Geistesgestörtheit hervorruft, ist weiterhin strittig. Eine Vernichtung bzw. Verletzung des Chromosomenhaushalts und damit Schädigung der Nachkommen sind nachgewiesen.

### Mariuhana (Haschisch)

**Namen in der Umgangssprache:**  
Joint, Grass, Pot, Indian hay, Mary Jane, Rette uva.

**Bestandteile und Herstellung bzw. Herkunft**  
Mariuhana ist die getrocknete Spitze der weiblichen Hanfpflanze Cannabis, gewöhnlich indischer Hanf genannt. Normalerweise sieht sie wie feiner grüner Tabak aus. Haschisch wird aus dem Hanf hergestellt und oral in verschiedenster Form eingenommen.

**Einnahmeform:**  
Mariuhana wird in Zigaretten oder Pfeifen geraucht. Haschisch wird selten in Zuckerform oder mit Honig gemixt oder als Brotaufstrich genommen. Häufigste Einnahmeform ist ebenfalls durch rauchen.

**Erstwirkung:**  
Selbst bei geringen Dosen (ca. 0,5 g) wird bereits von besonders großer Aufnahmefähigkeit und Freude, von Bewußtseinerweiterung berichtet. Gedächtnisverlust, Verlust der Zeitempfindungen und besondere räumliche Wahrnehmungsfähigkeiten

und Heiterkeit ohne jeden Grund sind weitere Erfahrungen.

**Wirkungen bei dauernder Einnahme:**  
Haschisch und Mariuhana sind nicht direkt suchtfördernd. Sie schaffen dem Einnehmenden aber ein wohlige Gewohnheitsgefühl, das bald stärkeren Drogen Tür und Tor öffnet. Da dem in der Bundesrepublik gehandelten Hasch überwiegend andere Rauschgifte beigemischt sind, ist auch der „einfache“ Hanf nicht mehr „völlig gefahrlos“.

**Gefahren:**  
Wegen der dargestellten Bewußtseinerweiterungen und Erheiterungen, die die Einnahme von Mariuhana oder Haschisch bringen, verliert der Einnehmende auf die Dauer das rationale Verhältnis zur Wirklichkeit, er verliert leicht Verantwortungsgefühl nicht nur für sein, sondern auch für das Leben anderer. Eine psychisch (nicht körperliche) Abhängigkeit führt zum Außenseiterdasein und begünstigt die Einnahme stärkerer Drogen.

### Heroin

**Name in der Umgangssprache:**  
Schnee, Stoff, Junk u. a.

**Bestandteile und Herstellung bzw. Herkunft:**  
Heroin ist Diacetyl-Morphium, ein von Morphium hergeleitetes Alkaloid, es gehört nicht zu den Opiaten. Es ist ein weißes, durchsichtiges, oder braunes kristallines Pulver. Es ist inzwischen in den USA wieder das beliebteste Mittel der Süchtigen. Sein Besitz ist illegal.

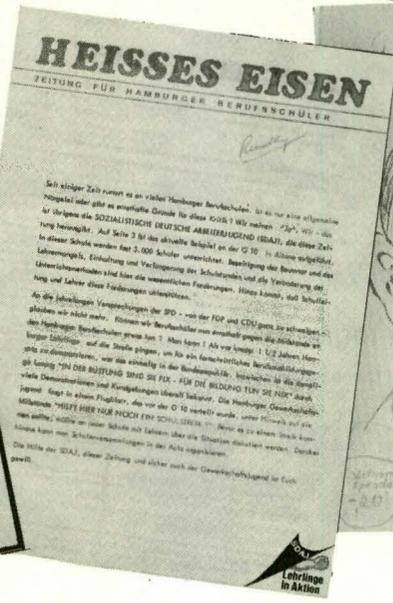
**Einnahmeform:**  
Wird meist injiziert. In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, daß unter das „normale Haschisch“ Heroin gemischt wird, das dann mit Haschisch zusammen geraucht wird. Damit schaffen sich die Händler neue Süchtige (kauffreudiger Markt).

**Erstwirkung:**  
In jeder Hinsicht wie Morphinum nur mit intensiverer und schnellerer Wirkung, d. h.: Meist beruhigende und schmerzstillende (äußerst selten erheiternde) Wirkung. Die erste Wirkung ist für die meisten Menschen unangenehm, aber es beruhigt seelische Verdrängungen, und — abhängig von der Dosis — führt zum Koma und schließlich zum Tode durch Ausbleiben der Atmungsfähigkeit.

**Wirkungen bei dauernder Einnahme:**  
Starke Verkürzung des Anfangstadiums. Erzeugt künstliche Ruhe, Gleichgültigkeit, Oberflächlichkeit mit niedrigem Puls und schwerer Atmung.

**Gefahren:**  
Es tritt eine schnelle Abhängigkeit ein. Der erzeugte Hang zur Abhängigkeit ist ungewöhnlich hoch. Der Mensch reagiert sehr empfindlich auf die Atmungsberuhigung bis sich eine Abstumpfung des Körpers entfaltet hat. Psychische und körperliche Abhängigkeit sowie Abstumpfung entfalten sich gleichzeitig mit einem charakteristischen Isolationsbestreben. (Der Süchtige zieht sich von allen zurück.)

# So macht man Lehrlingszeitung



Am Freitag, dem 27. Februar 1970, wurden die beiden Betriebsjugendvertreter der Hauni-Werke in Hamburg-Bergedorf, Thomas Jacubasch und Ernst Peter Donath, fristlos entlassen. Seit einem dreiviertel Jahr hatten diese Jugendvertreter in dem 2.200-Mann-Werk (80 Prozent des Weltmarktes für Zigarettenmaschinen) die Interessen der Lehrlinge und Jungarbeiter vertreten. Und sie waren wegen ihrer sozialistischen Überzeugung dem Hauni-Boß und politischen Schöngest Körber (Lieblingsthema Mitbestimmung und Vermögensbildung) auf den Wecker gefallen. Dies u.a. durch die Herausgabe und Verbreitung einer Lehrlingszeitung. Die Quittung: Rauswurf der beiden Jugendvertreter und Aufforderung an alle Mitarbeiter der Lehrlingszeitung, in der konzerneigenen Werkszeitschrift mitzuarbeiten. . . .

Für Jacubasch und Donath werden jetzt Solidaritätsaktionen gestartet. Die Bergedorfer APO demonstriert. Die IG Metall gewährt Rechtsschutz gegen die verfassungsfeindliche Haltung der Hauni-Führung. Und es erscheinen weiterhin Lehrlingszeitungen. In Bergedorf und anderswo! Den „Lehrlings-Info“ für die Dortmunder Hoesch-Lehrlinge hat elan bereits vorgestellt (Nr. 3/70, Seite 10). Herausgeber ist der Arbeitskreis Dortmunder Lehrlinge, für den Inhalt verantwortlich eine nicht bei Hoesch tätige Arbeiterin – damit niemand rausfliegen kann wie bei Hauni.

Die Zahl der Lehrlingszeitungen wächst, ebenso das Unbehagen der Bosse über das Kampfmittel Arbeiterpresse. Die SDAJ gibt das „Heiße Eisen“ (Zeitung für Hamburger Berufsschüler) heraus. Bei den Deutschen Edelstahlwerken in Krefeld publiziert ein Lehrlings-Kollektiv den „Hammer“. „Die Dreckschaufel“ ist die Zeitung der Lehrlinge in den Altenessener Betrieben, Herausgeber SDAJ. Im „Knacks“ empfiehlt der Arbeitskreis Lehrlinge Neuwied: „Rubbel die Chem!“ Die „Tarantel“ flog ganz ohne Impressum auf den elan-Tisch. Und „Ruhe sanft“ wird für Recklinghäuser Lehrlinge gemacht.

Doris Wichard, Jugendsprecherin in Dortmund und Lehrlings-Info-Redakteurin schildert hier, wie man eine Lehrlingszeitung macht.

In Jugendgruppen, in Jugendvertretungen, in Lehrlingskomitees steht man oft vor dem Problem: wie betreiben wir am besten Öffentlichkeitsarbeit? Wie können wir am schnellsten und am wirksamsten die Interessen der Jugend vertreten und durchsetzen, und wie informieren wir auch weitere Kreise über unsere Absichten? Das wirksamste Mittel ist hier wohl ein Flugblatt oder, wenn dies nicht ausreicht, eine kleine Zeitung. Solche Zeitungen machen heute vielfach Lehrlinge für Lehrlinge.

Die technische Herstellung einer Lehrlingszeitung kann oft nur mit den einfachsten Mitteln erfolgen. Im Kleinoffsetverfahren angefertigt oder auf billigem Papier in DIN A 4-Format abgezogen und zusammengeheftet, erfüllen sie an vielen Orten ihren Zweck der Entlarvung empörender Zustände und der Information der Jugend.

**Wie finanzieren?**

Schon beim ersten Erscheinen schlagen die Zeitungen von Lehrlingen für Lehrlinge – und ihre Bosse – ein wie Bomben. Wird die Zeitung interessant gestaltet, ist sie ein wirkliches Sprachrohr und nimmt kein Blatt vor den Mund, prangert unerschrocken Mißstände an und trägt zu ihrer Abschaffung bei, so dürfte auch die Frage der Finanzierung zu

lösen sein. Wenn die Umstände es nicht erlauben, einen kleinen Unkostenbeitrag zu erheben, finden sich bestimmt einige Kollegen, die finanzstark und dazu bereit sind, einen kleinen Solidaritätsbeitrag zu leisten. Es kommt immer darauf an, ob man es versteht, die Zeitung zu einem wirklichen Podium zu machen, an dem sich auch aus dem Betrieb heraus beteiligt wird, und es kommt darauf an, welchen Nutzen die Blätter dem Leser bringen.

Sehr wichtig für die Finanzierung ist: prüfen, inwieweit man die Hilfe gewerkschaftlicher Einrichtungen in Anspruch nehmen kann. Aufnahme von Kleinanzeigen, wie der Sparkasse, eines Modegeschäftes u.ä. darf nicht vergessen werden!

Der Vertrieb kann, wenn die Umstände es erlauben, durch Kollegen innerhalb des Betriebes vorgenommen werden. Besser und sicherer ist es, vor dem Werkstor, vor Berufsschulen und ähnlichen Einrichtungen zu verteilen; möglichst des morgens, um eine regen Diskussion in Klassen und Lehrwerkstätten zu garantieren. Es empfiehlt sich, von jeder Ausgabe ein Exemplar an die örtliche Presse zu schicken. Beispiele haben gezeigt, daß die Presse nicht immer abgeneigt ist, die Lehrlingszeitungen auszuwerten. Der Grad der Publizität erhöht sich dadurch für die Lehrlinge.

# eine ng!

Lehr  
links  
Info



Schafft Lehrlingszeitungen!  
Denn schon Lenin sagte:  
„In der ‚guten alten  
bürgerlichen Zeit‘ hat die  
‚Allerheiligste‘, die inneren  
Zustände in den in  
privaten Händen befind-  
lichen Fabriken, in den  
Privatbetrieben, nie  
angetastet. Diese  
Gepflogenheit entsprach  
den Interessen der  
Bourgeoisie. Wir müssen  
damit radikal Schluß  
machen.“

## Schnell reagieren

Da beim Herstellen und Verteilen der Zeitung von allen Seiten Schwierigkeiten auftreten können, ist es nicht angebracht, einen festen Termin zu setzen. Man muß darauf achten, daß etwa alle vier Wochen ein Info erscheint. Dies soll zur Gewohnheit, jedoch nicht zur festen Norm werden. Treten plötzlich unerwartete Reaktionen auf Artikel des Papers auf, sind Extrablätter immer angebracht, interessant und billig.

Bevor die erste Nummer der Zeitung erscheint, muß die Redaktion sich im klaren darüber sein, was erreicht werden soll, wo die Zeitung erscheint, ob in einer ganzen Stadt oder in einem Betrieb. Der anzusprechende Kreis muß so weit bekannt sein, daß man die Reaktion auf die Zeitung in etwa abschätzen kann. Besonders bei Betriebszeitungen sollten mindestens zwei Kollegen in der Redaktion mitarbeiten, die täglich in dem Betrieb, der beliefert wird, beschäftigt sind.

## Wie verbreiten? Wie ansprechen?

Aber das wichtigste an der ganzen Zeitung ist wohl ihre Gestaltung. Der Info soll ja nicht Selbstzweck sein. Er soll hauptsächlich gelesen werden von jungen Menschen, die von allen Seiten entpolitisiert und zu passivem Verhalten gedrängt werden. Denen man es durch Umgebung und Behandlung in Betrieb und Schule unmöglich machen will, sich in der Freizeit mit ihren wirklichen Problemen zu beschäftigen. Die wirklichen Probleme sind nun mal die Widersprüche, die der Klassenkampf mit sich führt; der Kampf gegen diejenigen, die mit allen Mitteln versuchen, ihre ökonomische und politische Vormachtstellung zu erhalten.

## Zum Technischen und zur Agitationsform

Lehrlingszeitungen sollten daher nur in übersichtlicher Schreibweise und mit Zeichnungen aufgelockert – im Kleinoffsetverfahren oder mit Matrizen vervielfältigt – herausgegeben werden. Längere Artikel lassen sich manchmal kaum vermeiden. Hier muß eine geringe Satzbreite gewählt werden, die das Überfliegen des Artikels schon in kurzer Zeit erlaubt. Untertitel und Heraushebungen wichtiger Punkte durch Sperrdruck erleichtern dies noch. Bilder und Skizzen kann man aus fortschrittlichen Zeitungen entnehmen. (Die Redaktion des elan gestattet es jedenfalls gern; man darf nur den Quellenhinweis nicht vergessen.)

Die Artikel sollten möglichst mit einem Fakt beginnen, der großen Informationswert für den Leser hat. Er muß sachbezogen sein und in allen Punkten der Wahrheit entsprechen. Das schließt jedoch eine bil-

derreiche Ausdrucksweise nicht aus. Gerade durch Ironie kann so mancher Chef seine guten Vorsätze vergessen. Wie oft kommt in solchen Situationen sein wahrer Charakter zum Vorschein.

Information braucht nicht nur in Wort und Schrift vermittelt zu werden. Dies kann auch sehr gut mit Hilfe einer Karikaturenreihe erfolgen. Bestimmt findet sich im Bekanntenkreis des Redaktionsteams ein begabter Amateurzeichner, der Spaß daran hat, Vorgänge in einem Betrieb bildlich darzustellen.

Die Zeitung muß Fragen aus dem Leben der Arbeiterjugend aufwerfen und zur Diskussion anregen. Sie muß an anderer Stelle klare Antworten geben und Argumente liefern, die im Gespräch verwendet werden können. Man sollte die wichtigsten Themen der Zeitung im Auge behalten. Von Nummer zu Nummer weiterlaufen, Erfolge und Mißerfolge dazu aufzeigen, also ein bestimmtes Problem für längere Zeit zum Leitmotiv der Zeitung machen. Nach mehrmaligem Erscheinen kann vom Redaktionskomitee zu einer Diskussion mit den Lesern aufgerufen werden, verbunden mit einem Gag, der von der Zeitung vorher angekündigt wird.

Auch, wenn die Zeitung noch so knallhart politisch ist, darf ein gewisser Anteil an Unterhaltung nicht

ausfallen. Dazu gehören z.B. das Aufzeichnen von Zitaten, ulkige Gedichte, optische Gags, rätselhafte Zeichnungen, Kreuzworträtsel mit charakteristischem Inhalt (z.B.: beliebtes Werkzeug der Lehrlinge – Besen). Hinweise auf wichtige regionale Veranstaltungen der nächsten Zeit sollten auf keinen Fall fehlen.

## Im Vordergrund: Die Situation der jungen Arbeiter im Betrieb

Eine Arbeiterjugendzeitung hat den Zweck, die Kollegen im Betrieb zu informieren. Kommentare sind zwar notwendig, sie sollten jedoch nicht mehr als 20 % des Inhalts ausmachen. Das Interesse an einer Betriebszeitung steht und fällt mit ihrem Informationswert. Wird der Anteil der sachlichen Faktenerläuterung verringert, gleicht sich eine Betriebszeitung an den Stil einer normalen Zeitung an, so tritt der Mißerfolg sehr schnell ein. Wir dürfen auf keinen Fall versuchen, mit den normalen Zeitungen auf dem Markt zu konkurrieren. Das, was wir mit unserer Zeitung erreichen wollen ist: eine Lücke schließen, die vom Zeitungsmarkt nicht erreicht wird; die Situation in einem oder mehreren gleichgelagerten Betrieben erläutern, konkrete Diskussionen zustandebringen, zur Aktion anregen. ■

## Der geschriebene Brief des Monats

*Hauni*

WERKE  
KÖRBER & CO. KG.  
HAMBURG

2050 HAMBURG 80-BERGE DORF, 27. Febr. 70  
POSTFACH 800460

Herrn  
Thomas Jacobasch

2050 H a m b u r g 80  
August-Bebel-Straße 71 II

Betr.: Ihr Lehrvertrag

Wir beziehen uns auf unser Schreiben vom 31.10.69, in dem wir Ihnen eindeutig erklärten, daß wir Ihnen keine Genehmigung erteilen können, eine Veröffentlichung, die hauni-interne Angelegenheiten enthält, innerhalb oder außerhalb unseres Unternehmens herzustellen oder zu verteilen.

Wir brachten klar zum Ausdruck, daß wir eine Mißachtung dieser Entscheidung als schweren Verstoß gegen die von Ihnen als Auszubildenden zu beachtenden Pflichten werten müßten.

Da Sie sich an diese Anweisung nicht gehalten haben, sehen wir uns leider gezwungen, den mit Ihnen und Ihren Eltern bestehenden Lehrvertrag fristlos zu kündigen.

Um Ihren weiteren Berufsweg offenzuhalten, haben wir trotz dieses Vorfalles sichergestellt, daß Sie im Herbst 1970 Ihre Lehrabschlussprüfung ablegen können.

H A U N I - W E R K E  
Körber & Co. KG.

ppa.

i.v.

# Kleben für die Bundeswehr

elan-Philatelist Bert Holt spionierte im Bundespostministerium

Im Kampf für Ruhe und Ordnung in der Bundesrepublik traf das Bundespostministerium eine mannhafte Entscheidung: „Bei einem geeigneten Anlaß“, so ließ es verlauten, sollen Briefmarken mit Motiven „aus dem Bereich der Verteidigung“ herausgegeben werden. Das stärkt die Moral der Truppe. Und das zeigt auch dem Ungedienten, wie teuer uns die Armee ist. Nur den Laien wird ein solcher Druck-Plan überraschen. Denn zum ersten und bisher letzten Mal wurden deutsche Soldaten auf zwei Markenserien der Jahre 1943 und 1944 verherrlicht.

Leider jedoch fiel der Starfighter just in die Koalitionsverhandlungen nach der Wahl, so daß der Termin ungenützt verstrich. Es waren überdies Stimmen aus dem Generalstab von Heer und Marine laut geworden, die sich gegen eine derart einseitige Herausstellung der Luftwaffe wandten. Trotzdem blieb der Entwurf — mit neuer Gedenkziffer — weiter im Gespräch.

Experten raten ohnehin eher zu einer ganzen Serie von Sondermarken, da die den Verteidigungswillen des deutschen Volkes voraussichtlich bedeutend intensiver stärken würden. Bei einem entsprechenden großformatigen Entwurf steht selbstverständlich ebenfalls die Tra-

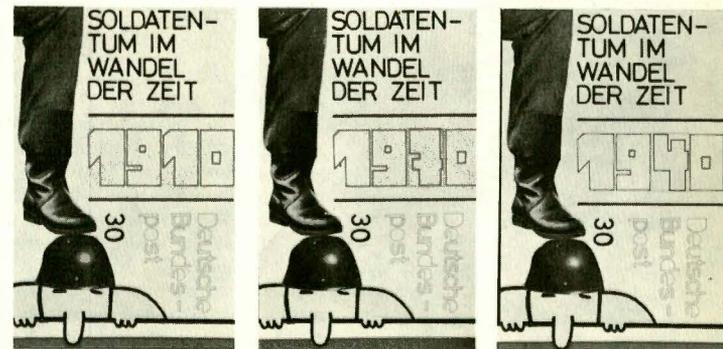
ditionspflege im Vordergrund. Es soll gezeigt werden, daß Deutschland nie ohne Soldaten auskommen mochte.

Durch eine gekonnte grafische Darstellung wird bei dieser Markenserie das „Soldatentum im Wandel der Zeit“ versinnbildlicht.



Mehr Chancen hat jedoch, wie verlautet, eine Gedenkmarke zum 5500tägigen Bestehen der Bundeswehr — in Anlehnung an den Brauch unter Wehrpflichtigen, die Tage zu zählen, die sie noch beim „Bund“ dienen müssen.

Eine solche Marke böte eine gute Gelegenheit, eine neue Tradition zu schaffen. Denn das 5750tägige Bestehen unserer neu-deutschen Armee wäre dann natürlich ebenso einer Sondermarke würdig wie das 6000tägige und das 6250tägige. Georg Leber soll jedoch dem Vernehmen nach — im Gegensatz zu namhaften Militärs — der Meinung sein, daß alle Dreivierteljahr eine Bundeswehr-Marke ein wenig zu viel des Guten sei.



Wobei durch geschickte Farbgebung der Umbruch vom Kadavergehorsam vergangener Jahre (1910) bis hin zum mitdenken Soldaten unserer Tage (1970) verdeutlicht werden könnte. Jeder auf-rechte Deutsche jedoch hofft im Grunde seines Herzens, Georg Leber könne sich zu einem anderen Entwurf entschließen, bei dem — wie ehemals in den Serien des Reichs-

postministeriums — durch realistische Darstellungen aus dem Armees-Alltag dem gemeinen Zivilisten ein kleiner Eindruck von Beruf und Berufung des Soldaten vermittelt wird.

Solche realistisch gestalteten Marken könnten gleichzeitig erläutern, was unter Begriffen wie „Innere Führung“ oder „Staatsbürger in Uniform“ zu verstehen ist.

Und auch damals galt es ja, die Glorie der Armee den Zivilisten an der Heimatfront näherzubringen, damit die den Verteidigern des Vaterlandes den Rücken stärkten.

Ein „geeigneter Anlaß“ wird sich bestimmt leicht finden, schließlich sind guter Wille und Lobby reichlich vorhanden. Und die ersten Entwürfe liegen bereits in Georg Lebers Über-Ministerium vor. „elan“ zeigt exklusiv eine kleine Auswahl daraus. So war von einem namhaften Künstler der 100. Absturz eines Starfighters der Luftwaffe zu einer geschmackvollen Gedenkmarke verarbeitet worden, die in Stil und Ausführung dem Jubiläum voll gerecht wurde.



Der Leser theoretischer Abhandlungen hat ja zumeist völlig abwegige Vorstellungen darüber, wie diese Grundsätze unserer Bundeswehr Eingang in die Truppe gefunden haben. Eine solche Serie würde in die Reihe „Für die Jugend“ eingegliedert werden (in der bisher andere Märchenmarken erschienen), da dann das Motto der Zuschlags-Serie gleichzeitig als zugkräftiger Werbeslogan wirken könnte. Da Militärs und Werbestrategen jedoch das Motto „Männer sind nicht immer Soldaten — aber Soldaten sind immer Männer!“ für bedeutend wirksamer halten in ihrem Bemühen, eine schlagkräftige Truppe harter Bienen aufzustellen, haben Darstellungen aus dem Kampfgeschehen beim Verteidigen des Vaterlandes noch größere Chancen, angeleckt zu werden. Außerdem könnte man so den alten Brauch der Wohlfahrtsmarken „Helfer der Menschheit“ wieder aufleben lassen — mit Sonderzuschlag zur Aufstockung des Verteidigungshaushaltes. Sollte dieser Plan verwirklicht werden, will man auf die Entwürfe des letzten Verteidigungsfalles zurückgreifen.



Wobei selbstverständlich die Beschriftungen „DEUTSCHES“ beziehungsweise „GROSSDEUTSCHES REICH“ abgeändert werden in „DEUTSCHE BUNDESPOST“.

Wie immer man sich entscheidet: In enger Zusammenarbeit mit dem Generalstab und einschlägigen Verbänden wird die Werbewirksamkeit der Briefmarke sicherlich voll genutzt. Und sicherlich wird die Bundespost auch in diesem Fall — wie bei der Behandlung von katholischer und evangelischer Kirche, bei Handwerk hie und Industrie da, bei den verschiedenen Bundesländern und Wohlfahrtseinrichtungen, die regelmäßig gleichermaßen mit Sondermarken bedacht werden — den Gleichheitsgrundsatz verwirklichen. Und „bei einem geeigneten Anlaß“ eine Markenserie über den antimilitaristischen Kampf folgen lassen. ■

## Uli Stein

### sieben geschichten vom schützen w.

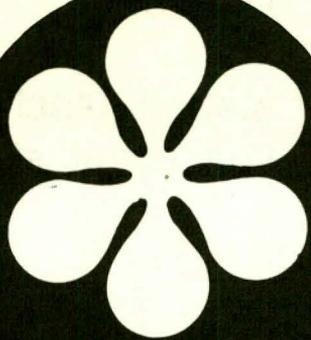
1. dort  
sagte der feldwebel und zeigte nach osten  
dort sitzt der feind.  
doch so sehr sich schütze w. auch anstrenge  
er konnte nichts entdecken.  
das macht nichts  
sagte er feldwebel  
das kommt schon noch, warten sie's nur ab. sie  
sind ja auch erst eine woche hier.
2. einmal sprach schütze w.  
zu einem vorgesetzten  
von grundrechten und menschenwürde.  
von da an  
war er verdächtig.
3. natürlich herrscht auch hier bei der bundeswehr  
das recht auf freie Meinungsäußerung  
sagte der leutnant  
zu seinen rekruten:  
jeder hat hier das recht meine meinung zu sagen.  
das war schütze w. nichts neues.
4. erstens heißt es nicht kalkulator  
sondern kalkutta  
und zweitens habe ich sie nicht gefragt wo sie herkommen  
sondern was sie von beruf sind  
schnauzte der unteroffizier.  
schütze w. hatte schon verstanden.
5. selbstverständlich haben sie jederzeit das recht  
sich zu beschweren  
sagte der feldwebel zum schützen w.  
ich würde es ihnen nur nicht raten. sie verstehen?  
schütze w. nickte nur.
6. ein gefreiter ist mehr wert, als ein schütze  
ein obergefreiter ist mehr wert, als ein gefreiter  
ein hauptgefreiter ist mehr wert, als ein obergefreiter  
ein unteroffizier ist mehr wert als ein hauptgefreiter  
ein stabsunteroffizier ist mehr wert als ein unteroffizier  
ein feldwebel ist mehr wert als ein stabsunteroffizier  
ein oberfeldwebel ist mehr wert als ein feldwebel  
ein hauptfeldwebel ist mehr wert, als ein oberfeldwebel  
ein stabsfeldwebel ist mehr wert als ein hauptfeldwebel  
schütze w. mußte es vorwärts und rückwärts aufsagen  
dann hatte er auch  
die dienstgrade gelernt.
7. einmal brüllte ihn ein unteroffizier an:  
mensch, w. können sie nicht grüßen, sie drecksau?  
da freute sich schütze w.  
zum ersten mal hatte ihn jemand mit  
mensch  
angeredet.

## Bundeswehr

Auf den Seiten 4—7 berichten wir über den Soldaten Wolfgang Hoffmann. Nach Redaktionsschluß hatte Wolfgangs Auftreten weitere Folgen.

Am 18. Januar 1970 wurde ich im Anschluß an eine Demonstration gegen den Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk in Düsseldorf von Feldjägern in Zivil festgenommen. Kurz darauf bekam ich ein Solidaritätsschreiben von meinem Kameraden Georg Rhode vom Panzerbataillon 1./84 in Lüneburg. Dieses Solidaritätsschreiben wurde von 22 weiteren Soldaten mitunterzeichnet. Einige Tage darauf wurde Georg Rhode vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) verhört. Es galt, die Namen aller 23 zu ermitteln. Georg wurde mit 8 Tagen verschärfter Ausgangsbeschränkung bestraft. Weiter drohte man ihm, falls er seine „unzulässige politische Betätigung“ fortsetzen würde, ihn fristlos zu entlassen. Georg Rhode ist nicht der einzige Soldat, der wegen seines Auftretens bestraft wurde. In Weiden wurde der Soldat Peter Tuchscherer wegen Teilnahme an einer Vietnam-Demonstration zu 18 Tagen verschärfter Ausgangsbeschränkung verurteilt.

Am 2. März wurde ich von den Fernmeldern in Köln zu den Panzergrenadiern nach Westerburg/Westerwald versetzt. Als Grund für die Versetzung wurde angegeben, ich gefährde als Mitglied der DKP die Sicherheit der Truppe und könnte Spionage betreiben. Wer gefährdet eigentlich die Sicherheit der Bundeswehr und der Bundesrepublik, kritische Soldaten oder Nazi-Offiziere? Meine Versetzung und die Bestrafung der Soldaten Georg Rhode und Peter Tuchscherer decken eindeutig den antidemokratischen Charakter der Bundeswehr und ihrer Führung auf. Wir kritischen Sol-



# POST

An  
Redaktion „elan“  
46 Dortmund  
Brüderweg 16

**Leserbriefe können  
oftmals  
leider nur gekürzt  
veröffentlicht  
werden. Wir bitten  
um Verständnis.  
Die Briefe  
erscheinen nicht  
unter  
Verantwortung der  
Redaktion.**

daten werden bestraft, die alten Nazi-Offiziere um Schnez dagegen können weiter ihre faschistischen Gedanken unter dem Deckmantel der „freiheitlichen Demokratie“ verbreiten.

WOLFGANG HOFFMANN,  
z. Zt. Westerburg

## Völkerrechtlich!

In „Lieber Leser“ Nr. 3/70 wies Ulrich Sander auf die Gefahr hin, daß die SPD-FDP-Regierung dem Druck der CDU/CSU nachgibt.

So ein Verhalten nützt nur den antidemokratischen und faschistischen Kräften.

Das bringt uns auf dem Wege der Anerkennung der DDR und der bestehenden Grenzen nicht weiter, sondern führt zur Politik der Stärke, wie sie Adenauer und Kiesinger praktizierten, zurück. Unsere Forderung an die sozialdemokratische Führung, an Bundeskanzler Willy Brandt und seine Minister: Wehrt die erreaktionären Kräfte, die Kriegstreiber in der Bundesrepublik ab und verwirklicht die völkerrechtliche Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des europäischen Friedens.

KARL JURGSCHAT, Essen

## „Kapital aus dem Kapital“

Über geistigen Diebstahl durch Kräfte des Westberliner SDS, angereichert mit einigen Fälschungen, berichtete M. Buchholz im elan 3/70.

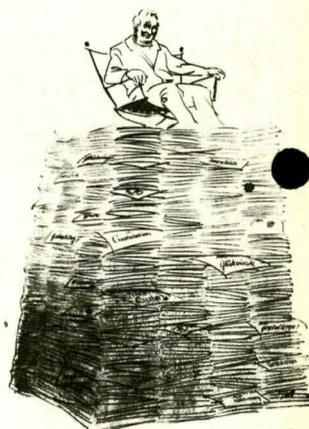
Ein fast unverzeihlicher Fehler ist der Artikel „Kapital aus dem Kapital“. So etwas dürfte unter Linken nie passieren, daß eine polemisierende Spaltungspolitik betrieben wird, wie in diesem Artikel. Der Artikel ist unsachlich von der ersten bis zur letzten Zeile.

Dem Artikelverzapfer ist selbst aufgefallen, daß die Studieneinführung für eine ganz spezielle Zielgruppe geschrieben ist; und diese Zielgruppe erfordert eine spezielle Themenauswahl (die DDR kommt eben bei dieser Gruppe nicht gut an, wenn man sie global und undifferenziert, also positiv, hinstellen will), genauso wie eine angemessene Formulierung (psychologisches Grundwissen), wenn ein effektiver Stellenwert beabsichtigt ist. Dieser Martin Buchholz braucht sicher noch einige Nachhilfestunden in politischer Taktik.

HANS JOSEPH WILLMES,  
Bad Kreuznach

## Ernst Busch

Die Redaktion des elan gratulierte Ernst Busch zu seinem 70. Geburtstag, den er am 22. Januar beging. Mit dieser Karte bedankte sich der Sänger für die Glückwünsche.



HIER SITZ' ICH  
AUF DEM MEILENSTEIN  
UND SEHE  
FRÖH-VERWINDERT:  
NOCH NIE  
HAB ICH SO HOCH GETHRONT  
SEIT ANNO 1900

*herzlichen Dank  
ich mache weiter  
Ernst Ernst Busch*

## Wahlalter

Die CSU in Bayern will den Volksentscheid über die Herabsetzung des Wahlalters verzögern. Zahlreiche Organisationen der Jugend haben protestiert (Jan 3/70, S. 22). Die SDAJ Nürnberg zur Herabsetzung des Wahlalters:

Wenn man weiß, daß ganze Wirtschaftszweige sich nur an den Bedürfnissen der Jugend orientieren und diese Monopolvertreter diktatorisch die Wünsche der Jugendlichen bestimmen und man weiterhin weiß, daß der junge Arbeiter und Angestellte mit 18 Jahren als vollwertige Arbeitskraft in den Arbeitsprozeß eingegliedert wird, wobei seine Interessen im Zuge der technisch-wissenschaftlichen Revolution nicht berücksichtigt werden, dann ist es kein Wunder, daß die Jugend Mitbestimmung in Staat und Gesellschaft fordert. Ein Schritt dazu ist die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, was zugleich die Volljährigkeit des 18jährigen beinhalten sollte.

SDAJ Nürnberg

## Militante Rattenfänger?

Reaktionäre Politiker biedern sich bei der Jugend an. Ein Beispiel schildert uns ein Leser aus Norddeutschland.

Der Pinneberger CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Gottfried Wolff hat sich in der letzten Februar-Sitzung des Landtages von Schleswig-Holstein für „mehr politische Mitbestimmung der jüngeren Generation“ eingesetzt. Bravo! Wer wäre nicht dafür? Doch die eräuernden Äußerungen von Dr. Wolff machen deutlich, daß es sich nur um unverbindliche Lippenbekenntnisse handelt.

Nach der Auffassung dieses Abgeordneten erübrigt sich die Mitbestimmung bei „Gammliern“, „Hippies“, den „völlig unbeteiligten Schülern“, Studenten und sonstigen Jugendlichen sowie „militanten Rattenfängern“. Dazu zählt der MdL die vorgeschriebenen Selbstverwaltungsorgane wie die Allgemeinen Studentenausschüsse (ASTAs) und die Schülermitverwaltung (SMV), aber auch politische Organisationen von „militanten Rattenfängern“ in diesem Zusammenhang zu sprechen, zeigt die bodenlose Arroganz und Selbstüberschätzung eines reaktionären Landtagsabgeordneten der CDU gegenüber der kritischen Jugend.

UWE SCHEER, Halstenbek bei Hamburg

## SDAJ-Hausboot

Ein ganz besonderes Zentrum hat die SDAJ-Gruppe Geesthacht/Elbe — mitten im Wasser. Auf einem Hausboot hat sie ihr Quartier aufgeschlagen.

Am 7. Februar weihte die SDAJ-Gruppe Geesthacht ihr Jugendzentrum „Hausboot“ im Geesthachter Hafen ein. Es wurde die Notwendigkeit herausgestellt, dieses Hausboot für die Jugend und alle demokratischen Kräfte zu einem kulturellen und politischen Treffpunkt zu machen.

Die SDAJ hat jetzt dank des Hausbootes die Möglichkeit, noch stärker als bisher für die Rechte der Jugend einzutreten. In Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien, Organisationen und Gruppen gibt sie ihnen die Gelegenheit, sich die idealen Bedingungen dieses entstehenden Treffpunktes für ihre Arbeit zunutze zu machen.

OTTO CLAUSSEN, Geesthacht

Jagow versichert (fast) alles — auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH!

Udo Jagow Versicherungen  
2 Hamburg 73,  
Wildschwanbrook 95  
Tel. 678 09 93

## Es lohnt sich!



Preise stark herabgesetzt für Schreibmaschinen aus Vorführung und Retouren, trotzdem Garantie u. Umtauschrecht. Kleinste Raten. Fordern Sie Gratiskatalog C 286

**NÖTHEL** Deutschlands großes Büromaschinenhaus  
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Die junge und schicke Art Urlaub zu machen: alle Prospekte Sommer 70 sind eingetroffen! Bitte anfordern!

Agentur Flegel und Jagow

Reisedienst

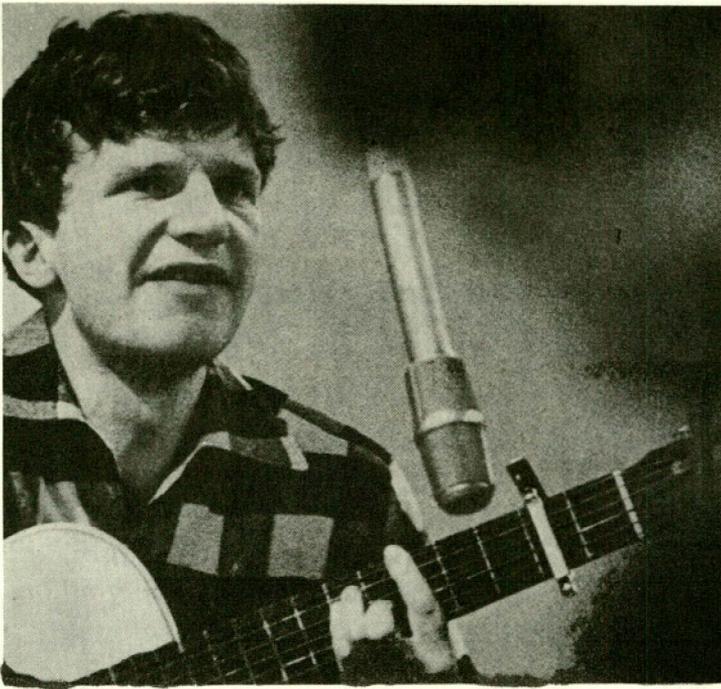
2 Hamburg 22, Kanalstr. 73,

Tel.: 2 29 96 66



Bist Du schon Mitglied der SDAJ?

Informationen:  
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend  
43 Essen, Bersonstr. 11  
Tel. 23 23 27/37  
Spenden:  
Postscheck Essen 18 65 84



„Wenn man in dieser Gesellschaft politische Ansichten gewonnen hat und sich entschlossen hat, an diesem System etwas zu ändern, so kann man in jedem Bereich nur noch etwas Politisches machen. Man kann nur noch politische Filme drehen, politische Plakate entwerfen und drucken, politische Texte schreiben und unter anderem auch politische Lieder machen.“

# AGITATIONS LIEDER GEGEN DIE KONSUMIERBARKEIT DER ROTEN SONGS

Walter Mossmann wurde 1941 in Karlsruhe geboren. Er studierte Soziologie, Germanistik und Politik. Seit 1964 wurde er bekannt durch lyrische Chansons und individuelle Lieder. Die Fülle an dichterischen Bildern, Zitaten aus Musikstücken und persönlichen Erfahrungen machten seine anspruchsvollen Texte gelegentlich unverständlich. Geschult an demokratischen Versen Heinrich Heines und durch die Erkenntnisse seiner politischen Studien über Imperialismus und Ausbeutung der „Dritten Welt“ veränderten sich mit der sich radikalisierenden Situation in der Bundesrepublik Deutschland auch Mossmanns Liedtexte. Einfacher und genauer in Aussage und Ziel wurden viele von ihnen zu ad-hoc-Liedern, die bei Aktionen gebraucht wurden. Walter Mossmanns Analysen zur Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik sind verkürzt formuliert in seinen antikapitalistischen Agitationsliedern. Er selbst gibt ein ständiges Beispiel vom Stellenwert des sozialistischen Liedermachers. Engagiert sind nicht nur seine Lieder, sondern der Sänger funktioniert Konzerte um in politische Diskussionen, und er versucht durch seine leidenschaftliche, doch stets sachlich informierende Gesprächsführung jedes Mal konkrete Wege der politischen Arbeit in bestehenden radikal-demokratischen Organisationen aufzuzeigen. Durch seine kompromißlosen, radikalen, scharf geschliffenen Lieder und Diskussionsbeiträge wurde Walter Mossmann zu einem Sprecher der kritischen Generation der letzten zwei Jahre. Und während sich einer der bekanntesten der politischen Liedersänger, Franz-Josef Degenhardt, den Gesetzen des kapitalistischen Marktes unterwirft – seine Popularität wird gemessen an der Auflage seiner Platten, und nicht von ungefähr erscheint als „twin-Platte des Monats“ im April „Die unbequemen Lieder des Franz-Josef Degenhardt“ – bleibt der jüngste der profilierten Agitationssänger konsequent in der Verweigerung des Systems: da er nicht bereit ist, seine Lieder zu entschärfen und sie so konsumierbarer zu machen, geriet er in Schwierigkeiten mit einem großen Verlag, der seine Lieder nur drucken wollte.

elan-Mitarbeiter  
Carsten Linde  
sprach mit dem  
Freiburger  
Liedermacher  
Walter  
Mossmann

elan: Walter Mossmann, du bist bekannt als politischer Liedermacher. Wie du begründest, warum politische Lieder in dieser Gesellschaft notwendig sind?

Mossmann: Wenn man in dieser Gesellschaft politische Ansichten gewonnen hat und sich entschlossen hat, an diesem System etwas zu ändern, so kann man in jedem Bereich nur noch etwas Politisches machen. Man kann nur noch politische Filme drehen, politische Plakate entwerfen und drucken, politische Texte schreiben und unter anderem auch politische Lieder machen. Walter Benjamin hat diese Haltung und Aufgaben gut in einem bekannten Satz ausgedrückt, daß man nämlich als Kommunist der „fascistischen Ästhetisierung der Politik die Politisierung der Kunst entgegenstellen muß“.

elan: Du hast früher fast ausschließlich poetische Chansons vorgetragen. Wie bist du dazu gekommen, dich so stark politisch zu engagieren?

Mossmann: Die Forderung nach einer politischen Biographie braucht im Grunde kaum individuell beantwortet zu werden, weil sie typisch ist und hineingehört in eine große Gruppe, die sich nachträglich als verspätete Phase einer Studentenbewegung in der Bundesrepublik bestimmen läßt. Diese setzt sich zusammen aus verschiedenen Komponenten. Das eine waren die nachdrücklichen Informationen über den Imperialismus und daraus eine versuchte Analyse, wie er sich in der dritten Welt auswirkt und besonders dort, wo die Widersprüche am schärfsten sind – etwa im Krieg in Vietnam oder in der Unterdrückung und dem Terror in Lateinamerika. Das zweite waren die systemimmanenten Widersprüche innerhalb des Bildungssektors, z.B. an der Universität. Diese Spannungen, die es gab, haben uns alle

## Wartesaal

Im Wartesaale wartend auf den Zug der neuen Zeit,  
der sicher nicht in Baden-Baden hält,  
beweisen wir die These von der Konsumierbarkeit  
der roten Songs, und nehmen dafür Geld.  
Und ob wir scharf im Bild sind, ob die Kamera Zick-Zack fährt,  
wir werden über einen Kamm geschoren;  
und abgesehn vom Singen (wenn das seinen Mann ernährt):  
Was haben wir denn hier verloren?

Im Fernsehstudio wie im Kaufhaus und Bordell  
wird nur verkauft, was auch verkäuflich ist.  
Und beim Verkaufen ändert sich ein Lied so schnell,  
wie man es aus dem Munde fahren läßt.  
Und ob wir scharf im Bild sind ...

Zum Beispiel trage ich jetzt ein Septemberlied vor:  
da fehlt der Essener Eisenhammer-Chor,  
da fehlen Ort und Zeit, da fehlt die Situation,  
und vorn und hinten fehlen

Information  
Diskussion  
Agitation.

(Psalmodiert)

Als sich die Wirtschaft im Lande Teu-La von voran-  
gegangenen Schlägen wiedererholt hatte, erfuhren die  
Arbeiter in der Fabrik Hö-Hö, daß die steigenden Ge-  
winne an Aktionäre verteilt wurden (die keinen Anteil  
an der Arbeit hatten), während sich die Lage der Ar-  
beiter nicht besserte. Sie unterließen es zwar, jene Pa-  
rasiten an der Thomasbirne zu versengen, beschlossen  
jedoch, die Arbeit niederzulegen, die Hochöfen nicht  
mehr zu beschicken, das Erz nicht mehr zu kochen  
und das flüssige Eisen nicht mehr abzustechen. Da  
nun zur selben Zeit die Herrscher in Teu-La gezwun-  
gen waren, dem Volk ein freundliches Gesicht zu zei-  
gen, bekamen die Arbeiter bei Hö-Hö genausoviel Pfen-  
nige, wie sie gefordert hatten. In realistischer Einschät-  
zung der vorläufigen Lage begannen diese daraufhin  
wieder zu arbeiten. Zuvor sangen sie noch ein Lied:  
SO EIN TAG, SO WUNDERSCHÖN WIE HEUTE, SO  
EIN TAG, DER DÜRFT NIE VERGEHN ...

Dieser Tag aber verging.

So ein Streik, so wild und schön wie heute,  
der muß am Abend noch zu Ende gehn;  
und streiken heut auch 30 000 Leute  
und bleiben alle Räder stille stehn:  
Euch wird der Pfennig in den Hals geschmissen,  
wie man die Münze schmeißt in Automat,  
dann werdet ihr mit Preisen wieder beschissen,  
damit wer seine Dividende hat.

Sie wer'n von eurer Arbeit profitieren,  
die Bosse, schaut nur ihre Häuser an,  
solang bis wir uns selbst ORGANISIEREN  
zu einem Streik, den kein Parlamentieren  
und keine Angst zu früh beenden kann.

Im Wartesaale wartend auf den Zug der neuen Zeit,  
der sicher nicht in Baden-Baden hält,  
bewies ich hier die These von der Konsumierbarkeit  
der roten Songs, und dafür nehm ich Geld.

Ein großes Treffen der Lieder-  
macher fand im Oktober 1969 im  
Baden-Badener Bahnhof statt. Es  
sangen und spielten u. a. Wolf  
Brannasky, Lerryn, Floh de Co-  
logne, Hanns Dieter Hüsch, Rein-  
hard Mey, Walter Mossmann,  
Schobert & Black, Dieter Süver-  
krüp und Hannes Wader. Das  
SFV-Fernsehen zeichnete die  
Veranstaltung auf, strahlte sie  
aus und zählte an die Mitwirk-  
enden Gagen.

Walter Mossmann

über ganz konkrete Probleme in die  
politische Arbeit hineingezogen.  
Zum dritten lernte ich aus der zu-  
stimmenden Reaktion eines größe-  
ren Publikums bei Rundfunk- und  
Fernsehsendungen – dem man  
nichts vermitteln kann, weil es priva-  
te Äußerungen sind und bleiben –  
den Zugriff der Massenmedien ziem-  
lich rasch durchschauen. Aus den  
Fragen dieser drei Bereiche sind eine  
Reihe von Lernprozessen entstan-  
den, aus denen sich mein politisches  
Engagement herleitet.

elan: Wie siehst du die Funktion  
des politischen Liedersängers?

Mossmann: Das ist wieder ein Rol-  
lenbegriff, dem ich nicht ganz zu-  
stimmen kann. Der Begriff „Politi-  
scher Liedersänger“ ist so etwas wie  
eine Nachfolgeformel von „Protest-  
Sänger“ geworden, der wiederum  
eine Situation entstammte, die auf  
Sokal aufbaute, auf den Interes-  
sen der Plattenindustrie, den Bedürf-  
nissen von Rundfunk und Fernsehen  
und bestimmten Elementen moder-  
ner Jugendkultur. Politische Lieder  
haben allerdings im Unterschied zum  
Protestsong einen bestimmten Stel-  
lenwert in der Agitation – sie sind  
ein Agitationsmittel unter vielen an-  
deren. Ein „politisches Lied“, das  
man nicht innerhalb von Aktionen  
in Gebrauch nehmen kann, ist kein  
politisches Lied. Die besten politi-  
schen Lieder müßten eigentlich kol-  
lektiv aus direkten politischen Situa-  
tionen heraus entstehen, was den  
individuellen Begriff des politischen  
Liedersängers überflüssig machen  
würde. So ist das spontane Miauen  
und Krähen bei Strauß' Aachener  
Rede nach seinem Tierzitat über die  
APO eines der funktionalsten politi-  
schen Lieder.

elan: Bist du der Meinung, daß  
politische Sänger lediglich Informa-  
tionen weitergeben und dadurch zu  
Diskussionen auffordern sollen oder  
vertrittst du die Auffassung, daß ihre  
Aufgabe auch darin zu sehen ist,  
durch direkte Agitation Menschen  
für politische Arbeit in zuzugewin-  
nen?

Mossmann: Man muß davon ausge-  
hen, daß es bessere Mittel gibt,  
Informationen zu verbreiten, ande-  
rerseits aber die Medien, die über das  
hochorganisierte Informationssy-  
stem verfügen, durch Manipulation,  
Unterschlagung und Verfälschung  
von Nachrichten natürlich alles ande-  
re machen als Informationen zu ver-  
mitteln. Lieder können Informa-  
tionen nicht leichter verbreiten als  
nüchterne, in Prosa gekleidete Nach-  
richten. Lieder sind aber ein Kom-  
munikationsmittel, dem große Be-  
deutung zugewachsen ist.

Zur Agitation: die Schwäche des  
isolierten Agitations-Appells wird an  
einem Beispiel schnell deutlich.  
Wenn ich irgendwo singe und an  
einem aktuellen Fall die Ohnmacht  
des einzelnen aufgezeigt habe und  
daraufhin die Zuhörer auffordere,  
sich zusammenzuschließen und dann  
fortgehe, wird nicht viel passieren.  
Auch wenn ich bleibe und mit ihnen

diskutiere, kann so lange nichts geschehen, als es für den konkreten Anlaß keine Organisation gibt, auf die ich hinweisen kann oder diese Organisation schon im Anschluß an die Lieder schon diskutiert. Dort wo man singt, sollte man es im Zusammenhang tun, sich selbst eingliedern in die Agitation, die betrieben wird und in die politische Aufgabe, welche die jeweilige Organisation sich vorgenommen hat.

**e l a n:** Hast du schon Erfahrungen gemacht, daß durch Diskussionen und Hinweise auf bestehende Organisationen Zuhörer die Konsequenz der politischen Arbeit gezogen haben und deine Lieder etwas bewirkt haben?

Mossmann: Das kann ich schlecht nachprüfen. Bei Veranstaltungen, zu denen ich eingeladen werde, nur um zu singen, entzieht sich mir diese Nachprüfung fast ganz – auch wenn ich ständig versuche, mit dort ansässigen Gruppen Ansätze zur Politisierung zu schaffen. Wichtiger ist es, nachzuprüfen, inwiefern Lieder praktikabel geworden sind, und zwar innerhalb konkreter Situationen und Kampagnen, für die sie bewußt geschrieben wurden, wie z.B. das „Dabel-Lied“ oder das „Lied vom Goldenen Buch“. Von beiden Liedern weiß ich genau, daß sie ihren Gebrauchswert hatten, der sich natürlich nicht beliebig wiederholen läßt, weil die Lieder ja an Ort und Zeit und Vorfall gebunden waren.

**e l a n:** Kannst du den Hintergrund zu einem dieser beiden Lieder erläutern und zeigen, wie und wo sie eingesetzt und gebraucht wurden?

Mossmann: Das „Dabel-Lied“ steht in Zusammenhang mit einer Kampagne gegen ein Freiburger Wochenblatt, das kostenlos verteilt wird und sich durch Aufträge von Anzeigenkunden finanziert. Diese Zeitung hat sechs Wochen lang die Studenten-, Schüler- und Lehrlingsgruppen in übelster Weise beschimpft und gegen uns gehetzt, nachdem wir den Film „The Green Baretts“ boykottiert hatten, der daraufhin abgesetzt wurde. Wir haben herausgefunden, daß der Chefredakteur und Herausgeber dieses Blattes ein Mitarbeiter des Nazi-Reichsjugendführers Baldur von Schirach war und viele Bücher für die Hitlerjugend, nationalsozialistische Erziehungsbücher und Kampfbücher wie „Mit dem Krad durch Polen“ geschrieben hatte, die von antisemitischen Äußerungen strotzten. Die Sprache und die Beschimpfungen, mit denen er gegen die Linke hetzte, stimmten überein mit Formulierungen aus früheren Schriften.

Wir haben eine Kampagne gestartet mit Flugblättern und Dabels Lebenslauf zur Information seiner Anzeigenkunden. Wandzeitungen wurden in der Stadt aufgestellt und das „Dabel-Lied“ wurde bei diesen Kundgebungen gesungen. Schüler haben es aufgegriffen und z.B. im Musikunterricht diskutiert, was nicht nur formal geschah, sondern

hauptsächlich inhaltlich-politisch. So verbreitete sich dieses Lied und bekam begrenzten Gebrauchswert. Die Aktionen endeten damit, daß wir uns an den größten Anzeigenkunden Dabels – einen Lebensmittelkonzern – wandten und mehrfach anfragten, warum er solch einem Blatt noch Aufträge erteile. Ich weiß von verschiedenen Fällen, daß Anzeigenkunden Einfluß auf Dabel nahmen und ihn dazu veranlaßten, nicht mehr gegen uns zu hetzen.

**e l a n:** Auch in Hamburg trug eines deiner Lieder zu einer wichtigen Aktion bei...

Mossmann: Es handelte sich um eine Kampagne der persischen Studenten wegen Geheimprozessen in Teheran. Hier mußte zunächst eine breite Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Dies war eine Frage der solidarischen Hilfe für die vom Tode bedrohten Studenten. Es war notwendig, internationale Juristen nach Teheran zu schicken, damit die Prozesse wirklich verfassungsgemäß verlaufen konnten. Für ein Teach-in der evangelischen Jugend in „Planten un' Blumen“ schrieb ich das „Perserlied“. Bahman Nirumand hat zuvor den politischen Hintergrund der Prozesse dargestellt und die Forderungen erhoben, um die es ging. Es mußte unbedingt eine größere Demonstration stattfinden, damit die Öffentlichkeit aufmerksam wurde. Ganz konkret darauf zielte mein Lied und hat – wie ich hörte – auch ein Stück zur Mobilisierung beigetragen.

**e l a n:** Du hast ein Lied „Von der Konsumierbarkeit der roten Songs“ geschrieben. Siehst du die Gefahr, daß Lieder als Ware – wenn sie nämlich von Fernsehen und Rundfunk gekauft werden – ihren politischen Gebrauchswert einbüßen?

Mossmann: Wenn ich aus meinen Liedern eine Ware mache, muß ich schon damit rechnen, daß sie ihren Gebrauchswert verlieren. Wenn ich beispielsweise ein Lied ans Fernsehen verkaufe, das in einer Situation einen echten Gebrauchswert besaß, so bin ich mir vorher sicher, daß dieser Gebrauchswert schon lange nicht mehr drin ist. Durch den Akt des Verkaufs ändert er sich sowieso, da das Fernsehen normalerweise nur aufnehmen kann, was das System – auf dem es beruht – nicht gefährdet. Das bedeutet: jedes systemsprengende Produkt würde sich dadurch auszeichnen, daß es tatsächlich sprengt – daß es z.B. die Fernsehredaktion sprengt oder überhaupt nicht gesendet wird. Ich möchte damit nicht sagen, daß es keine Möglichkeiten gibt, in kleinen Stücken Gegeninformationen zu bringen, die manchmal auch nutzbringend sind.

**e l a n:** Du bist zwar Liedermacher, möchtest aber nicht nur durch deine Lieder wirken. Deshalb engagierst du dich stark in politischen Gruppen, um auch auf andere Weise und auf anderen Gebieten politisch aufzuklären.

Mossmann: Das Liedermachen hat augenblicklich einen sehr geringen Stellenwert bekommen. Das liegt auch daran, daß momentan so etwas wie eine „Ausnüchterungskrise“ in der Studentenbewegung vor sich geht und die Frage der Organisation an Bedeutung gewinnt. Seit zwei Jahren gehöre ich dem SDS an, und seit längerer Zeit arbeite ich hauptsächlich in der Projektgruppe „Internationalismus“, die Informationen aus der Dritten Welt auswertet und vermittelt, die hier unterschlagen werden. Wir versuchen auch, von großen, imperialistischen Konzernen Analysen zu machen, die für die Betriebsarbeit sehr wichtig sind.

**e l a n:** Wahrscheinlich hast du verfolgt, daß sich der DKP und ADF nahestehende Gruppen immer häufiger zu Agitprop-Gruppen und Songgruppen zusammenschließen. Wie beurteilst du diese Entwicklung?

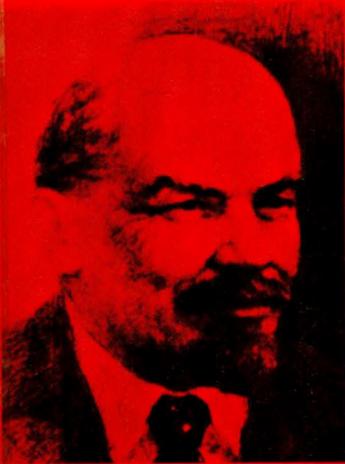
Mossmann: Das Problem von Agitprop setzt da ein, wo man versucht, eine blinde Öffentlichkeit zu agitieren. Unter „blinder Öffentlichkeit“ verstehe ich, daß man sich an einer beliebigen Ecke in einer Stadt hinstellt und eine beliebige Gruppe von zufälligen Zuhörern agitiert. Die Zuhörer werden aus mehreren Schichten stammen und z.T. nie mit politischen Organisationen in Verbindung kommen. Das ist dann meistens eine ineffektive Agitation – es sei denn, sie würde aufgefangen von einer politischen Organisation.

Dort, wo es um politische Entscheidungen geht, die von der Öffentlichkeit gefällt werden und wo man deswegen möglichst viele Leute mobilisieren muß, ist Agitprop brauchbar als Auslöser solcher Aktionen. Das hat sich bei den verschiedenen Aktionen gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife gezeigt. Am wichtigsten wird Agitprop bei Streiks sein. Dort können Agitprop-Gruppen innerhalb der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen den notwendigen Zusammenhalt herstellen.



Völlig recht hat der Mann:  
Ein politisches Lied, das  
man nicht bei Aktionen  
gebrauchen kann, ist kein  
politisches Lied.

„Dort, wo es um politische Entscheidungen geht, die von der Öffentlichkeit gefällt werden und wo man deswegen möglichst viele Leute mobilisieren muß, ist Agitprop brauchbar als Auslöser solcher Aktionen.“



# ZUM 100. GEBURTSTAG VON W. I. LENIN

## **Zum 100. Geburtstag von Wladimir Iljitsch Lenin**

Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion  
64 Seiten - Broschiert —,50 M

## **Der Siegeszug des Leninismus**

Tafelwerk  
Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED  
86 Tafeln - In einer Mappe, etwa 10,— M

## **Ideen, die die Welt verändern**

Ein Lenin-Lesebuch  
Institut für Marxismus-Leninismus  
beim ZK der SED  
Etwa 400 Seiten - Ganzleinen etwa 6,— M

## **Arnold Reisberg Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung**

Institut für Marxismus-Leninismus  
beim ZK der SED  
Etwa 480 Seiten - Ganzleinen etwa 12,80 M

## **P. J. Schelest Die historische Mission der Jugend**

Etwa 200 Seiten - Mit 48 Kunstdruckseiten -  
Ganzleinen 4,80 M

## **Ernst Haack/Hannes Wunderlich Grundkurs zu Lenins Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“**

Etwa 300 Seiten - Broschiert etwa 3,50 M

W. I. Lenin

## **Ausgewählte Werke in drei Bänden**

Institut für Marxismus-Leninismus  
beim ZK der KPdSU

7. Auflage

Band I - 982 Seiten - Mit 1 Bild  
und 2 Faksimiles - Kunstleder 7,50 M

Band II - 904 Seiten - Mit 1 Bild  
und 6 Faksimiles - Kunstleder 7,50 M

Band III - 956 Seiten - Mit 1 Bild  
und 4 Faksimiles - Kunstleder 7,50 M

W. I. Lenin

## **Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus**

Allgemeinverständlicher Abriß  
12. Auflage - 158 Seiten - Broschiert 1,— M

W. I. Lenin

## **Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution**

9. Auflage - 174 Seiten - Broschiert 1,50 M

W. I. Lenin

## **Karl Marx — Friedrich Engels**

Eine Einführung in den Marxismus  
17. Auflage - 68 Seiten - Broschiert —,50 M

W. I. Lenin

## **Staat und Revolution**

Aufgaben des Proletariats in der Revolution  
Die Lehre des Marxismus vom Staat und die  
Aufgaben des Proletariats in der Revolution  
13. Auflage - 152 Seiten - Broschiert 2,— DM

W. I. Lenin

## **Was tun?**

Brennende Fragen unserer Bewegung  
9. Auflage - 288 Seiten - Broschiert 2,50 DM



# **Dietz Verlag - Berlin**

DDR-1025 Berlin - Wallstraße 76-79

# SCHMIDT MACHT'S MÖGLICH



1

Soldat sein muß wieder eine Aufgabe sui generis sein und Beruf wie jeder andere!



2

Die Abschreckung ist dann glaubwürdig, wenn die Armee bereits im Frieden einen hohen Grad an Einsatzwillen zeigt, zur Disziplin erzogen und zur Ausdauer und Härte ausgebildet worden ist!



3

Schließlich muß überwunden werden, daß die Truppe weithin zur Geschichtslosigkeit verurteilt und ohne verpflichtendes Traditionsbewußtsein ist!



4

Für immer noch böswillig renitente Soldaten müssen endlich wieder Sondereinheiten bzw. Strafbataillone eingerichtet werden. Schon die Tatsache ihres Bestehens könnte der Disziplin allgemein dienen!

(Die Zitate stammen aus der Studie über die „Innere Ordnung der Bundeswehr“ von Heeresinspekteur Schnez.) Arno Ploog

